

I. Einführung

1. Fragestellung und Herangehensweise

Diese Untersuchung über das Abbild des nationalsozialistischen deutschen Judenmordes in der polnischen Presse steht in einer doppelten historiographischen Tradition. Sie will zum einen neue Erkenntnisse gewinnen über das Dreiecks-Verhältnis zwischen Tätern, Opfern und „Zuschauern“ und damit einen Beitrag zur Erforschung des Judenmordes während des Zweiten Weltkriegs leisten. Sie reiht sich als beziehungs geschichtliche Forschungsarbeit aber auch ganz bewußt ein in die historiographische Literatur über das polnisch-jüdische Mit-, Neben- und Gegeneinander¹ und will damit ein Beitrag zur Klärung und Versachlichung der sehr kontrovers gedeuteten, bisher jedoch kaum wirklich erforschten Geschichte des polnisch-jüdischen Verhältnisses im 20. Jahrhundert sein.

Wichtigstes Ziel dieser Untersuchung ist es im ersten Hauptteil, Aufschluß darüber zu erhalten, auf welche Weise politisch bewußte und gesellschaftlich aktive Polen auf den nazideutschen Judenmord reagierte, wie sie ihn emotional und intellektuell verarbeitet und wie sie sich infolgedessen gegenüber dem für die Botschaften der Untergrundpresse empfänglichen Teil der ‚Öffentlichkeit‘ im besetzten Polen geäußert haben.² Im Mittelpunkt der Studie sollen daher zunächst Äußerungen von Angehörigen der intellektuellen Führungsschicht der polnischen Gesellschaft stehen.³ Dabei geht diese Untersuchung davon aus, daß die zeitgenössischen Einstellungen der *inteligencja* gegenüber der NS-Besatzung Polens in der politisch sehr differenzierten konspirativen Presse zum Ausdruck kommen. Die Publizisten versuchten nämlich Einfluß darauf zu nehmen, wie sich die Bevölkerung angesichts des Judenmordes verhalten sollte, und die machten deutlich, welches Verhalten sie für wünschenswert hielten. Danach richtete sich, welche (tadelnswerten oder vorbildlichen) Verhaltensweisen sie für mitteilenswert erachteten. Zugleich spiegelt sich hierin wider, wie die polnische Bevölkerung – in der Wahrnehmung der das öffentliche Leben aufmerksam beobachtenden

¹ Vgl. grundlegend das sozialgeschichtliche Standardwerk von JOSEPH MARCUS: *Social and Political History of the Jews in Poland, 1919-1939*, Berlin u.a. 1983 (Studies in the Social Sciences); sowie PAWEŁ KORZEC: *Juifs en Pologne. La question juive pendant l'entre-deux-guerres*, Paris 1980; und zuletzt: MAREK JAN CHODAKIEWICZ: *Żydzi i Polacy 1918-1955. Współistnienie – zagłada – komunizm* [Juden und Polen 1918-1955. Koexistenz – Vernichtung – Kommunismus], Warszawa 2000.

² Vgl. zum allgemeinen Hintergrund die Inhaltsanalyse von STANISŁAWA LEWANDOWSKA: *Prasa okupowanej Warszawy 1939-1945* [Die Presse im besetzten Warschau 1939-1945], Warszawa 1992, S. 310-523; vgl. auch die kurze Charakteristik der Presse in: CHRISTOPH KLEBMAN: *Die Selbstbehauptung einer Nation: nationalsozialistische Kulturpolitik und polnische Widerstandsbewegung im Generalgouvernement 1939-1945*, Düsseldorf 1971 (Studien zur modernen Geschichte, 5), S. 146-151.

³ Eingehender zum Begriff des Intellektuellen in der unmittelbaren Nachkriegszeit in Polen vgl. KRYSZYNA KERSTEN: *Między wyzwoleniem a zniewoleniem. Polska 1944-1956* [Zwischen Befreiung und Knechtung. Polen

Zeitungsmacher – auf den Judenmord reagiert hat. Diese Zeugnisse aus der Untergrundpresse bieten mithin eine überaus wichtige Quellengrundlage, welche mittels einer Analyse ihrer Aussagen Differenzierungen deutlich und Entwicklungen nachvollziehbar machen kann und tragfähige Schlußfolgerungen ermöglicht. Schließlich hat die illegale polnische Presse zwischen 1942 und 1944/45 eine Fülle von Aussagen über die damalige – im weitesten Sinne – Wahrnehmung und Einordnung des Zeitgeschehens durch die konspirativen Publizistinnen und Publizisten hinterlassen. Ihre Einstellungen schlugen sich in einer politisch und weltanschaulich äußerst vielfältigen Untergrundpresse nieder und können mit Hilfe einer Diskursanalyse nachgezeichnet werden.

Anliegen der vorliegenden Studie ist es, auf der Grundlage einer aussagekräftigen Quellenbasis zu zeigen, welches Meinungsspektrum in der polnischen Presse während des Untersuchungszeitraums vertreten war. Der Zeitrahmen ist im ersten Hauptteil auf die Jahre von 1942 bis 1944 begrenzt. Den Ausgangspunkt bildet die Phase der Großen Vernichtungsaktion gegen das Warschauer Getto, d.h. dessen brutale Räumung und die Deportation seiner Insassen in die NS-Tötungszentren seit Juli 1942, als die völkermörderische Dimension der nationalsozialistischen Judenverfolgung für die polnische Bevölkerung – oder zumindest ihre in Warschau ansässige intellektuelle Führungsschicht – unübersehbar deutlich zu Tage trat. Für die Menschen im Generalgouvernement (GG) bildete der Mord an der jüdischen Bevölkerung einen Teil der sie tagtäglich umgebenden Realität. Der Holocaust war dann bis Ende des Jahres im GG weitgehend abgeschlossen. Einige zehntausend Juden⁴ vermochten im besetzten Polen zu überleben, indem sie – fürs erste – Zwangsarbeit in (bis 1944 fast sämtlich aufgelösten) Lagern verrichteten oder indem sie in steter Furcht vor Denunzianten oder Judenerpressern auf der „arischen Seite“ eine neue Identität annahmen, um in der nichtjüdischen Umgebung unterzutauchen, oder sich, von Nichtjuden unterstützt, in Verstecken verbargen. Den Endpunkt bildet im August 1944 der nationalpolnische Warschauer Aufstand, als sich die konspirativen

1944-1956], Londyn 1993, S. 101-108.

⁴ Aus Zweckmäßigkeitsgründen wird in dieser Untersuchung der Begriff „Jude“ nach der Festlegung in den Nürnberger Gesetzen von 1935 verstanden, welche i.a. als Grundlage für die antijüdischen Diskriminierungs- und Verfolgungsmaßnahmen der NS-Judenpolitik in den besetzten europäischen Ländern diente. Das entscheidende Kriterium ist hier also weder das nationale, sprachlich-kulturelle oder religiöse Empfinden der Verfolgten selbst, noch dasjenige der polnischen nichtjüdischen Bevölkerung, welche die assimilierten und akkulturierten – und im eigentlichen Sinne: polnischen – Juden als „zu uns Gehörige (*swoi*)“ von der großen Masse der wenig oder nicht assimilierten sog. „Fremden (*obcy*)“ unterschied, sondern die aus der real verschärften Verfolgungssituation – bis hin zur planmäßigen und organisierten physischen Massenvernichtung – resultierende besondere Bedrohung der von den nazideutschen Besatzern als Juden definierten Bevölkerungsgruppe. Vgl. auch TERESA PREKEROWA: *Konspiracyjna Rada Pomocy Żydom w Warszawie 1942-1945* [Der konspirative Rat für Judenhilfe in Warschau 1942-1945], Warszawa 1982, S. 331, Anm. 18; KERSTEN, *Żydzi – władza komunistów* [Die Juden und die Herrschaft der Kommunisten], in: *Polacy – Żydzi – komunizm. Anatomia półprawd 1939-1968* [Die Polen, die Juden und der Kommunismus. Eine Anatomie von Halbwahrheiten 1939-1968], Warszawa 1992, S. 76-89, hier S. 76 ff.

Blätter ganz dem Tagesgeschehen und den Kämpfen um die Beherrschung des Stadtgebiets zuwandten. Die Zerstörung der Stadt während der Niederschlagung des Aufstands durch die Wehrmacht, SS und deutsche Polizei hatte zur Folge, daß die Zeitungsredaktionen und Druckereien der polnischen Widerstandsorganisationen ihre Tätigkeit einstellen mußten. Nur wenigen Blättern gelang es, sich in Krakau oder in der Provinz kurzzeitig neu zu etablieren. Die bestorganisierten Zeitungen von Heimatarmee und Regierungsdelegatur hören Anfang bzw. spätestens Mitte 1945 auf zu erscheinen. Es besteht daher keine ungebrochene Kontinuität zu den konspirativen antikommunistischen Zeitungen und Flugblättern, die 1945 und 1946 an verschiedenen Orten spontan herausgegeben wurden.

Der zweite Hauptteil dieser Untersuchung ist zunächst dem Problem gewidmet, welches Nachleben die polnische Zeugenschaft des Judenmords in der kommunistischen Parteipresse und der kommunistischer Zensur unterworfenen Presse in der Phase des Übergangs von der nazideutschen zur sowjetischen Fremdherrschaft in Polen hatte. Hier steht die durch das kommunistische Regime in der Rückschau der Jahre 1944 bis 1946 gerierte Abbildung des NS-Judenmords und dessen forcierte Benutzung zu (tages-)politischen Zwecken im Mittelpunkt⁵, darunter die als ein Instrument der Politik mißbrauchte Opferzahl-Statistik. Dem wird das Bild vom Judenmord in katholischen und PSL-Zeitungen gegenübergestellt. Insbesondere ist nach Nachwirken, Fortentwicklung und Instrumentalisierung der polnischen Einstellungen zum Judenmord in den ersten beiden Jahren nach der NS-Besatzung zu fragen. Darüber hinaus ist hier als Vergleichsgröße auch der Standpunkt der antikommunistischen Untergrundblätter zur jüdischen Gemeinschaft in Polen herauszuarbeiten. Den Endpunkt des Untersuchungszeitraums bildet die Jahreswende 1946/47, als mit den Wahlen vom 19. Januar 1947 die Hoffnungen auf einen Sturz der Machthaber zerstoßen und im Laufe des Jahres immer deutlicher wurde, daß die Kommunisten den Kampf um die Macht gewonnen hatten.⁶

Mit Hilfe des hier angewandten Ansatzes soll zwei historischen Aspekten des polnisch-jüdischen Verhältnisses in einer gemeinsamen Problemstellung erstmals eingehend nachgegangen werden, die bis in die jüngste Zeit weitgehend unverbunden betrachtet wurden: Welche Beziehung besteht zwischen den Einstellungen in der ethnisch polnischen Bevölkerung gegenüber dem Judenmord auf der einen Seite und einer von Gewalt und Ablehnung geprägten Haltung gegenüber den überlebenden Juden unmittelbar nach dem Ende der nazideutschen

⁵ Neben der Presse spielte der von den Machthabern kontrollierte polnische Rundfunk damals eine eher unbedeutende Rolle, da die Sendeleistung gering war und es nur wenige Empfangsgeräte gab. STANISŁAW KUŚMIERSKI: Propaganda polityczna Polskiej Partii Robotniczej w latach 1944-1948 [Die politische Propaganda der PPR 1944-1948], Warszawa 1976, S. 148.

Besatzung auf der anderen Seite? Hier geht es darum, im Lager der 1944 die Macht übernehmenden Kommunisten und deren Bündnispartnern, in den Zirkeln der legalen Oppositionspartei PSL, in einflußreichen katholischen Gruppierungen und unter den illegalen Widerstandsgruppen etwaige die politischen Schranken überspringende Interpretationsmuster ausfindig zu machen und womöglich Traditionslinien aufzuzeigen, die beiden Phasen der – erst nationalsozialistischen, dann sowjetischen – Fremdbeherrschung über die Zäsur vom Mai 1945 hinweg gemeinsam sind.

Wünschenswert wäre es gewesen, für die hier untersuchte Fragestellung den Gesamtbestand der polnischen Presse der betreffenden Jahre einzubeziehen. Aus Gründen der Arbeitsökonomie mußte ich mich angesichts von weit über tausend Einzeltiteln der Untergrundpresse im Generalgouvernement beschränken. Mit dem Ziel, eine hinreichend aussagekräftige Materialbasis zu erhalten, habe ich mich dafür entschieden, für diese Untersuchung aus dem Gesamtbestand der Pressetitel eine Auswahl zu treffen. In diesem Sinne wurden unter der Maßgabe weitreichender Repräsentativität die nach politischem Gewicht, Auflagenhöhe, Erscheinungsdauer und -frequenz bedeutendsten Blätter der zentralen polnischen Presse aus verschiedenen politischen Lagern, daneben aber auch einige kleinere Blätter, berücksichtigt. Diese sind – abgesehen von fehlenden bzw. nicht überlieferten Nummern u.ä. – über den Untersuchungszeitraum hinweg vollständig ausgewertet worden und mit den einschlägigen Fundstellen in die Analyse mit eingeflossen. Eine Kontrolle der Ergebnisse dieser Untersuchung ist zudem dadurch gegeben, daß sie mit der Forschungsliteratur abgeglichen wurden. Ich gehe daher ausführlich auf den Forschungsstand über die Untergrundpresse unter der NS-Okkupation ein, den ich bei der Arbeit an dieser Studie vorgefunden habe.

Mit der Installierung des deutschen Besatzungsregimes blieben seit Ende 1939 im Generalgouvernement nur Restbestände eines von den neuen Machthabern geduldeten polnischen kulturellen Lebens erhalten. Unter anderem wurde zunächst fast die gesamte polnische Presse- und Verlagstätigkeit untersagt. Die Besatzer übernahmen Anfang Oktober 1939 das Warschauer Dom Prasy Polskiej (Haus der Polnischen Presse) und untersagten wenige Wochen später jegliche Publikationstätigkeit im GG ohne amtliche Genehmigung. Ein „Zeitungsverlag Krakau-Warschau“ übernahm das Eigentum der aufgelösten polnischen Zeitungsverlage und Pressehäuser. Das Generalgouvernement unterschied sich von den übrigen besetzten Gebieten dadurch, daß es keine legale, unter eigener Verantwortung der Besetzten

⁶ Vgl. KERSTEN, *Między wyzwoleniem*, S. 84.

herausgegebene Presse hatte.⁷ In der Zweiten Polnischen Republik waren weit über 2000 Periodika erschienen. 130 kamen auf jiddisch und hebräisch heraus und richteten sich an die jüdische Bevölkerung. Hatte die Gesamtauflage in den Vorkriegsjahren etwa 2,6 Millionen Exemplare jährlich betragen, so schrumpfte sie seit September 1939 auf einen Bruchteil dessen zusammen. Später stieg die Gesamtauflage auf 1,5 Millionen (1942) und die der Zeitungen von 88.000 auf 700.000 (1944); die Anzahl der Zeitungsexemplare im Verhältnis zur Bevölkerungszahl ging in der kargen Presselandschaft des GG drastisch zurück. Gleichzeitig wurde der polnischen Bevölkerung die Benutzung von Rundfunkgeräten verboten.

Der Knebelung des polnischen Journalismus stand ein wachsender Informationshunger gegenüber: Die Menschen waren begierig, über Maßnahmen und Pläne der Besatzungsorgane und den weiteren Verlauf des Kriegsgeschehens Nachricht zu erhalten. Zugleich suchten politisch und gesellschaftlich engagierte Parteien und Gruppen, gezwungen, in der Konspiration weiterzuwirken, ein Mittel, den Anhängern und den interessierten Landsleuten ihre politischen Vorstellungen und Standpunkte zum aktuellen Geschehen zu vermitteln⁸ – zumal zu einem so unerhörten Vorgang, wie ihn der Mord an der jüdischen Bevölkerung des Landes darstellte.

Diesen beiden Zwecken entsprechend, wurden unter der NS-Okkupation weit über tausend periodisch erscheinende Publikationen konspirativ herausgegeben, davon allein rund 700 in Warschau, dem Zentrum der polnischen Untergrundpresse.⁹ Die Zahl der Titel stieg bis 1943 an.¹⁰ Die weit überwiegende Mehrzahl erschienen wöchentlich, zweiwöchentlich oder im Monatsabstand.¹¹ Für den ersten Hauptteil (III) habe ich die Blätter der polnischen konspirativen Presse für den Zweck dieser Analyse in sieben Gruppen, meist grob orientiert an den politischen und weltanschaulichen Lagergrenzen der Vorkriegsjahre, unterteilt.¹² Sie blieben über die frühen Okkupationsjahre hinweg wirksam. Eine Ausnahme war freilich die größte Koalition der Untergrundbewegung, die sich erst infolge der Niederlage vom September 1939 – und in

⁷ Vgl. CZESŁAW MADAJCZYK: *Faszyzm i okupacje 1938-1945. Wykonanie okupacji przez państwa Osi w Europie* [Faschismus und Okkupationsregime 1938-1945. Die Ausübung der Okkupation durch die Achsenmächte in Europa], 2 Bde., Warszawa 1983-1984, hier Bd. 2, S. 525.

⁸ WŁADYSŁAW DUNIN-WĄSOWICZ: *Dziennikarze w okresie okupacji* [Journalisten unter der Okkupation], in: *Wojna i konspiracja*, S. 159-164; TADEUSZ GARCZYŃSKI: *W konspiracji* [In der Konspiration], ebenda, S. 173-180, sowie in: *Wspomnienia dziennikarzy*, S. 43-51; WITOLD GIEŁŻYŃSKI: *Dziennikarski ruch oporu* [Die journalistische Widerstandsbewegung], ebenda, S. 79-90, sowie in: *Wojna i konspiracja*, S. 199-207.

⁹ STANISŁAWA LEWANDOWSKA: *Polska konspiracyjna prasa informacyjno-polityczna 1939-1945* [Die politische und Nachrichtenspresse des polnischen Untergrunds, 1939-1945], Warszawa 1982, S. 265; DIES., *Prasa okupowanej Warszawy*, S. 73, 135 f.

¹⁰ Von 1940 147 auf 1941 210, 1942 278 und 1943 343; 1944 kamen in Warschau 332 Blätter heraus. LEWANDOWSKA, *Prasa okupowanej Warszawy*, S. 135.

¹¹ Vgl. LEWANDOWSKA, *Polska konspiracyjna prasa*, S. 266 f.; DIES., *Prasa okupowanej Warszawy*, S. 136.

¹² Unter insgesamt 1095 Untergrundzeitungen fungierten u.a. als Herausgeber: ZWZ bzw. AK (244), Regierungsdelegatur (72), Bauernbewegung (183), PPS-WRN (38), Stronictwo Narodowe (51), Szaniec (51), Partei der Arbeit (26), Sanacja (45), PPR und kommunistisch gesteuerte Gruppen (160), Linkssozialisten, d.h. RPPS und nahestehende (40). LEWANDOWSKA, *Polska konspiracyjna prasa*, S. 267.

Opposition zum Vorkriegsregime der ‚Sanacja‘¹³ – als demokratische Alternative herausbilden sollte. Ich befaße mich daher zunächst mit den wichtigsten Blättern der bedeutendsten militärischen Organisation des polnischen Widerstands – also der Heimat- oder Landesarmee (*Armia Krajowa*, AK¹⁴) – und der Organe der Regierungsdelegatur, die von der ‚Informations- und Propagandaabteilung der Delegatur der Regierung der Republik Polen für das Land (*Departament Informacji i Propagandy Delegatury Rządu RP na Kraj*)‘¹⁵ herausgegeben wurden. Seit 1943 gab es zwischen beiden Einrichtungen regelmäßige Unterredungen auf der Leitungsebene mit dem Zweck, die politische Lage zu erörtern.¹⁵ Differenzen ergaben sich am ehesten aus der Tatsache, daß die Organe und Vertreter der Regierungsdelegatur – orientiert an der sie bildenden Drei- bzw. Vier-Parteienkoalition – politisch eindeutiger festgelegt waren, während die AK sich als überparteilich verstand und danach trachtete, die nationale Einheit zu fördern und die gesamte Gesellschaft hinter sich zu bringen.¹⁶ Aufgrund einer weitgehenden Übereinstimmung ihrer politischen Vorstellungen, einer vielfältigen organisatorischen Zusammenarbeit und zahlreicher persönlicher Kontakte und personeller Verbindungen erscheint es berechtigt, die zentralen konspirativen Zeitungen der *Armia Krajowa* und der Informations- und Propaganda-Abteilung der Regierungsdelegatur in einem gemeinsamen Kapitel abzuhandeln.

Im Kapitel zur *Lewica* wird die Berichterstattung in bezug auf den Judenmord in den Zeitungen der polnischen Linken thematisiert, die dominiert wird von den Organen der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS), der größten Partei im linken politischen Spektrum. Daneben werden aber auch die Blätter kleinerer sozialistischer und zweier in Krakau erschienener linksdemokratischer Gruppierungen berücksichtigt. Das Kapitel zur *Prawica* befaßt sich sodann mit den Blättern der polnischen nationalistischen Rechten. Das Spektrum reicht hier von solchen, welche die Hauptströmung der Nationaldemokratie repräsentieren, bis hin zu Organen rechtsextremer und faschistischer Gruppen. Es folgen Abschnitte über katholische, meist mit dem *Stronniectwo Pracy* (Partei der Arbeit, SP) verbundene Blätter, die konspirativen Presseorgane der ‚Bauernbewegung (*Ruch Ludowy*)‘¹⁶ und ihrer wichtigsten Partei *Stronniectwo Ludowe* (SL), über Blätter der ehemaligen ‚Sanacja‘-Gruppierungen und schließlich über die der Kommunisten. Die Auflage schwankte meist zwischen zweihundert bis tausend Exemplaren bei den bloß vervielfältigten Blättern, bis zu einigen tausend bei den gedruckten

¹³ *Sanacja* (Gesundung) war das Schlagwort, unter dem nach Józef Piłsudskis Mai-Umsturz 1926 in Polen ein autoritäres Regime etabliert wurde, das die instabile parlamentarische Parteiendemokratie zu ‚sanieren‘ vorgab.

¹⁴ Ihre formellen Bezeichnungen waren in chronologischer Reihenfolge *Śłużba Zwycięstwu Polski* (Dienst am Sieg Polens, SZP) und *Związek Walki Zbrojnej* (Verband des Bewaffneten Kampfes, ZWZ). Die Einführung der Bezeichnung *Armia Krajowa* erfolgte am 14. Februar 1942. Vgl. KUNERT, *Ilustrowany przewodnik po Polsce Podziemnej*, S. 443 ff.

¹⁵ Vgl. MAZUR, S. 87.

¹⁶ Vgl. MAZUR, S. 294.

Zentralorganen¹⁷; die höchste Auflage hatte 1944 das AK-Organ *Biuletyn Informacyjny* mit 43.000 Stück.

Jedes Kapitel zu den Untergrundblättern bietet zunächst eine knappe Charakteristik der analysierten Zeitungen. Die Auswertung besteht jeweils aus einem Überblick über die damaligen Mitteilungen über nazideutsche Mordaktionen an polnischen Juden und geht sodann auf Aussagen ein, wer für den Judenmord mitverantwortlich gemacht wird. Den Schwerpunkt der Analyse bilden Stellungnahmen zur Verfolgung und Ermordung der Juden, im weiteren Sinn zum Verhältnis zwischen polnischer und jüdischer Bevölkerung, wobei dieses Hauptthema nach Bedarf in spezielle Aspekte weiter ausdifferenziert wird. Dabei geht es sowohl um die Einstellung des jeweiligen Blattes als auch darum, welches Bild dieses von der Reaktion der ethnisch polnischen Bevölkerung auf den Judenmord zu entwerfen pflegte.

Der Übergang von der nazideutschen Besatzungsherrschaft zur Etablierung des sowjetisierten politischen Systems war geprägt von ethnopolitisch widersprüchlichen Entwicklungen. Einerseits bekannte sich das usurpatorische Regime des Polnischen Komitees der Nationalen Befreiung (*Polski Komitet Wyzwolenia Narodowego*, PKWN, auch ‚Lubliner Komitee‘ genannt) in seinem Manifest vom Juli 1944 zur staatsbürgerlichen Gleichberechtigung ungeachtet der ethnischen (oder sonstigen) Herkunft des einzelnen; die Juden waren die einzige im Manifest namentlich erwähnte nationale Minderheit. Antisemitismus wurde politisch verurteilt und juristisch verfolgt. Wie schon die polnischen Kommunisten in den späteren Kriegsjahren bemühte sich der PKWN andererseits – vergeblich – um Anerkennung durch eine ihm ganz überwiegend ablehnend oder gar feindselig gegenüberstehende Bevölkerung und nutzte daher zu seiner politischen Legitimierung ein von der Rechten entliehenes Repertoire nationalistischer Parolen.¹⁸ Es propagierte als sein ethnopolitisches Ziel, das neue Polen müsse ein Staat ohne Minderheiten sein.

Das Ende des Zeitrahmens dieser Analyse bildet die Übergangsphase vom Sommer 1946 bis zu den Sejmwahlen vom 19. Januar 1947, als sich in der heftigen Pressedebatte um die Ursachenforschung nach dem Pogrom in Kielce (4. Juli 1946) widerstreitende Interpretationen

¹⁷ LEWANDOWSKA, *Polska konspiracyjna prasa*, S. 268.

¹⁸ Vgl. MARCIN ZAREMBA: *Próba legitymacji władzy komunistycznej w latach 1944-1947 poprzez odwołanie się do treści narodowych* [Wie die kommunistische Staatsmacht in den Jahren 1944 bis 1947 versuchte, sich unter Berufung auf nationale Inhalte zu legitimieren], in: *Polska 1944/45-1989. Studia i materiały*, Bd. 2, Warszawa 1996, S. 35-61, und die richtungweisende Studie von DEMS.: *Komunizm, legitymacja, nacjonalizm. Nacjonalistyczna legitymacja władzy komunistycznej w Polsce* [Kommunismus, Legitimierung, Nationalismus. Die nationalistische Legitimierung der kommunistischen Machthaber in Polen], Warszawa 2001 (W krainie PRL).

und politisierte Argumente herauskristallisierten. Schon im Spätsommer ist allgemein ein – wohl politisch gesteuertes – deutliches Abflauen des publizistischen Interesses an der Thematik der polnisch-jüdischen Beziehungen erkennbar. Die von den Machthabern gefälschten Wahlen stellten dann einen wichtigen Schritt bei der Pseudolegitimierung der kommunistischen Machtübernahme dar.

Quellengrundlage des zweiten Hauptteils der Untersuchung bilden zunächst die offiziellen Blätter der von Presselenkung und Zensur geprägten polnischen Presselandschaft in den ersten beiden Nachkriegsjahren, wobei ich mich auf eine Auswahl der bedeutendsten zentralen Tageszeitungen beschränke: *Rzeczpospolita* (seit August 1944), *Robotnik*, *Głos Ludu* (beide seit November 1944) und *Polska Zbrojna* (seit Januar 1945). Darüber hinaus wird das Hauptstadtblatt *Życie Warszawy* (seit Oktober 1944), beschränkt auf die ersten beiden Jahrgänge, und werden die Kulturzeitschriften *Odrodzenie* und *Kuźnica* sowie eine Anzahl weiterer Zeitschriften herangezogen. Ihnen gewissermaßen als Korrektiv zur Seite gestellt ist eine Reihe von nichtkommunistischen Blättern, die – wenngleich einer Zensur unterliegend – gegenüber politischen oder ideologischen Vorgaben von staatlicher Seite unabhängiger agierten. Dabei handelt es sich zum einen um Blätter der Bauernpartei PSL – vor allem die Tageszeitung *Gazeta Ludowa* –, zum anderen um unter dem Schirm der katholischen Kirche stehende Zeitungen – insbesondere *Tygodnik Powszechny* und *Tygodnik Warszawski*. Die Pressebeiträge der unmittelbaren Nachkriegsjahre sind noch nicht pure Propaganda, sondern Ausdruck einer Vielstimmigkeit vor dem Hintergrund eines immer stärker beschränkten Pluralismus. Dem Zugriff der Zensur entzogen war die illegale Presse, die unter dem kommunistischen Macht- und Verfolgungsapparat unter ungleich schwierigeren Bedingungen und jedenfalls nur sehr eingeschränkt (weiter-)wirken konnte. Hier werden, beginnend mit der Reaktion der nichtkommunistischen Untergrundorgane auf den mit der Ausrufung des PKWN am 22. Juli 1944 dokumentierten Machtanspruch der Kommunisten, die Jahrgänge von 1944 bis 1946/47 ausgewertet.

Odrodzenie und *Kuźnica* veröffentlichten schon in den allerersten Ausgaben eine Reihe von fiktionalen Verarbeitungen polnischer bzw. polnisch-jüdischer Schriftsteller, die sich auf persönliche Erfahrungen unter der Okkupation stützten. Der Rückblick auf das Schicksal der Juden und auf den Judenmord war häufig Thema in Publikationen von Kazimierz Brandys, Ludwik Hering, Zofia Nałkowska, Adolf Rudnicki, Artur Sandauer u.a. Eine Zusammenstellung und Auswertung dieser frühen Zeugnisse wäre eine eigenständige Untersuchung wert, für die vorliegende Analyse konnten die in der PKWN-Presse abgedruckten literarischen Texte aber nicht berücksichtigt werden, zumal die meisten erst um die Jahreswende 1946/47 zu erscheinen

begannen. Ebenfalls nicht berücksichtigt wird in dieser Untersuchung die jüdische – d.h. für einen jüdischen Leserkreis herausgegebene – Presse. Die Untergrundpresse aus dem GG ist nur in geringen Restbeständen überliefert, und an eingehenden Untersuchungen fehlt es.¹⁹ Über deren Themen heißt es, das Interesse habe sich um das innere Gettoleben und um das Kriegsgeschehen gedreht, allgemein polnische Themen seien nicht angesprochen worden. Auch „Losungen, die darauf abzielten, eine Haltung des aktiven Widerstands zu wecken“, seien nur verhalten geäußert worden.²⁰ In der kommunistisch gelenkten Presselandschaft spielten regelmäßig herausgegebene Blätter unabhängiger jüdischer Gruppierungen zwischen 1944 und 1946 kaum eine Rolle.²¹ Gleichfalls außer acht bleibt die von den nazideutschen Besatzern seit Ende 1939 angefertigte polnischsprachige Presse. Als NS-Propagandainstrument eingesetzt und systematisch gelenkt, können deren Inhalte nicht als Ausdruck von polnischen Einstellungen angesehen werden – sondern bestenfalls als das, was sich die beteiligten Besatzungsstellen darunter vorstellten bzw. was sie davon im Interesse ihrer Propaganda öffentlich zur Sprache bringen wollten. Nach dem Judenmord im GG wurden 1943/44 in den Organen der deutschen polnischsprachigen Propaganda Antisemitismus und Antibolschewismus immer enger miteinander verknüpft.

2. Polen unter nazideutscher und sowjetischer Fremdherrschaft: Überblick über den historischen Kontext

In seinem in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre verfaßten Aufsatz über das Verhältnis der Polen bzw. der polnischen Publizistik zum Holocaust gab Andrzej Friszke gleich zu Beginn die Warnung aus: „Wenn man sich mit dem Problem des Verhältnisses der Polen zur Judenvernichtung befaßt, muß man immer damit rechnen, starke Emotionen hervorzurufen. In der Publizistik, aber auch in der wissenschaftlichen Forschung überwiegen Schwarz-Weiß-Urteile.“²² Und in einer Untersuchung über die Berichterstattung des offiziellen Organs der

¹⁹ Die Titel der jüdischen Untergrundpresse werden cursorisch abgehandelt in: IRANEK-OSMECKI, *Kto ratuje*, S. 47-50, und LEWANDOWSKA, *Polska konspiracyjna prasa*, S. 145-148, 268. Vgl auch die Edition: *Ittônût-ham-maheret hay-yehûdît be-Warša. The Jewish Underground Press in Warsaw*, 6 Bde., hrsg. von JOSEF KERMISH u.a., Jerusalem 1979-1997.

²⁰ Ebenda, S. 72: *Zainteresowania obracały się wokół zagadnień życia wewnętrznego w ghektach i wokół wydarzeń wojennych. Nie było w żydowskiej prasie konspiracyjnej tematyki ogólnopolskiej. Hasła zmierzające do rozbudzenia postawy czynnego oporu były nieśmiałe. [...] Poddawano się biernie przemocy.*

²¹ Die Lodzer Wochenschrift „Dos Naje Leben“ erschien seit April 1945, das jiddischsprachige PPR-Blatt „Folks-Štime“ (Folks-Sztyme) wurde – nach zwei Eintagszeitungen im Februar und April 1946 – nicht vor Juni 1946 in regelmäßigen Abständen herausgegeben.

²² ANDRZEJ FRISZKE: *Publicystyka Polski Podziemnej wobec zagłady Żydów 1939-1944* [Die Publizistik des Polnischen Untergrunds angesichts der Judenvernichtung 1939-1944], in: *Polska – Polacy – mniejszości narodowe*, Wrocław u.a. 1992, S. 193-213, hier S. 193: *Kiedy się podejmuje problem stosunku Polaków do zagłady Żydów*,

polnischen Exilregierung „Dziennik Polski“ (Polnische Zeitung) hat Piotr Wróbel unlängst treffend zusammengefaßt: „Polish-Jewish relations during the Second World War are among the most controversial subjects in the entire history of Poland. [...] Thousands of books and articles have been devoted to this important subject [...]“.²³ Um verständlich zu machen, warum über die Klärung dieser Frage so leidenschaftlich gestritten wurde und wird, erscheint es sinnvoll, hier zunächst einen Blick auf den historischen Kontext zu werfen.

Seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert wurde die jüdische Lebenswelt in den polnischen Teilungsgebieten immer stärker mit äußeren Einflüssen durchdrungen. Während im Posenschen die deutsche Sprache und Kultur Anziehungskraft ausübte und im österreichisch beherrschten Galizien die deutsche mit der polnischen konkurrierte, überwogen im russischen Teilungsgebiet (d.h. in ‚Kongreßpolen‘), wo die meisten Polen und auch die meisten Juden lebten, polnische Einflüsse. Die Assimilierungswilligen einerseits wurden durch die polnische Gesellschaft jedoch häufig nicht als Teil der sich herausbildenden polnischen Nation anerkannt und die ihren Traditionen verhaftet bleibenden Juden andererseits von vielen Polen als Fremdkörper empfunden. Viel trug dazu der Aufstieg der rechten und antijüdisch ausgerichteten Nationaldemokratie (*Narodowa Demokracja* oder *Endecja*) bei.²⁴

Der Prozeß von Assimilation und Akkulturation beschleunigte sich nach der Wiederentstehung des polnischen Staates 1918.²⁵ Zunächst belasteten pogromartige Gewaltakte das Verhältnis zwischen der zweitgrößten und über das Land am weitesten verstreuten Minderheit im polnischen Nationalstaat und dem tonangebenden Staatsvolk.²⁶ Am bekanntesten wurden die antijüdischen Ausschreitungen von Teilen der polnischen Armee in Lemberg (poln. Lwów, ukr. L'viv). Während polnisch-ukrainischer Kämpfe um die Stadt kam es Ende November 1918 zu Pogromen, Brandschatzungen und Plünderungen. In Pińsk ließ im Jahr darauf ein polnischer Offizier über 30 Juden, die eine zionistische Veranstaltung besucht hatten,

zawsze trzeba się liczyć wywołaniem silnych emocji. W publicystyce, ale także w badaniach naukowych przeważają sądy skrajne. In einem Standardwerk über die Vorgeschichte der von mir untersuchten Problematik äußert Joseph Marcus: „Polish anti-Semitism became vehement, reaching in the 1930s, and even after the catastrophic experience of the Second World War, psychopathic proportions and an intensity which, except for Nazi Germany, is probably without precedent in the history of the Jewish people.“ MARCUS, *Social and Political History*, S. 8.

²³ PIOTR WRÓBEL: *Dziennik Polski, the Official Organ of the Polish Government-in-Exile, and the Holocaust, 1940-1945*, in: *Gal-Ed*, Nr. 17 (2000), S. 57-83, hier S. 57.

²⁴ Vgl. BRIAN PORTER: *When Nationalism Began to Hate. Imagining Modern Politics in Nineteenth-Century Poland*, New York u.a. 2000.

²⁵ Zahlreiche bibliographische Einzelnachweise zu den im folgenden angeführten Angaben in meinem Literaturbericht: *Juden und jüdisch-polnische Beziehungen in der Zweiten Polnischen Republik (1918-1939)*. Neuere Literatur, in: *ZfO* 46 (1997), S. 535-560.

²⁶ Einen Überblick über die ethnische Situation im Vielvölkerstaat Polen nach 1918 bietet GABRIELE SIMONCINI: *The Polyethnic State: National Minorities in Interbellum Poland*, in: *Nationalities Papers* 22, *Ergänzungsbd.* Nr. 1 (1994): *Ethnopolitics in Poland*, S. 5-28. Zur Politik der jüdischen Minderheit vgl. JOLANTA ŻYNDUL: *Państwo w państwie? Autonomia narodowo-kulturalna w Europie Środkowowschodniej w XX wieku [Ein Staat im Staate? Die national-kulturelle Autonomie in Ostmitteleuropa im 20. Jahrhundert]*, Warszawa 2000.

eigenmächtig erschießen, da ihnen zur Last gelegt wurde, sie hätten einen Aufruhr geplant. Berüchtigt war seinerzeit der Antisemitismus von seiten der Soldaten aus der preußischen Provinz Posen (Poznań), der sich in Übergriffen gegenüber Juden wie Bartabschneiden und Plünderungen jüdischer Verkaufsstände und Geschäfte äußerte.

Die Nationaldemokratie war die größte politische Bewegung auf dem rechten Spektrum in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Sie zählte zu den bedeutendsten politischen Kräften vor dem Zweiten Weltkrieg. Ihr parlamentarischer Arm war seit 1919 der „Związek Ludowo-Demokratyczny (*Volks-Nationaler Verband, ZLN*)“. Die politische Ideenwelt der Nationaldemokraten leitete sich von den Schriften ihres Gründers Roman Dmowski her, der das polnische Volk von drei Feinden bedrängt sah: den Deutschen im Westen, den Russen bzw. Sowjets im Osten und den Juden im Innern des polnischen Siedlungsgebiets. In der Praxis suchte der Politiker Dmowski in St. Petersburg die Wiedererrichtung Polens als Staat in Anlehnung an das große slawische Brudervolk zu erreichen. Nach der bolschewistischen Revolution in Rußland, die als von Juden an- und durchgeführter Umsturz wahrgenommen wurde, richtete sich die Nationaldemokratie freilich streng antisowjetisch und antikommunistisch aus. Währenddessen war für Dmowski der Katholizismus ein ureigener Ausdruck des Polentums, zumal sich über ihn eine klare Unterscheidung von den ‚Fremden‘ erzielen ließ: von den mehrheitlich protestantischen Deutschen im Westen der als polnisch reklamierten Gebiete, den orthodoxen Slawen östlich deren Grenzen und den ‚alttestamentarischen‘, nichtchristlichen Juden. Ende 1926, nach dem Mai-Umsturz Piłsudskis, gruppierten sich die radikaleren, überwiegend der jüngeren Generation angehörenden Aktivisten unter der Führung Dmowskis neu in einem außerparlamentarischen „Lager für ein Größeres Polen (*Obóz Wielkiej Polski, OWP*)“. Den Platz des ZLN nahm 1928 das Stronnictwo Narodowe (Nationalpartei, SN) ein. In diese neue Partei traten die meisten OWP-Aktivisten über, nachdem dieser 1933 von den Behörden aufgelöst worden war. Das Stronnictwo Narodowe hatte vor dem Beginn des Zweiten Weltkriegs 180.000 bis 200.000 Mitglieder und war damit die größte, mitgliederstärkste Partei in Polen.²⁷

In den Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg stand diese Rechte in Opposition zum regierenden Sanacja-Regime des Lagers der Nationalen Vereinigung (*Obóz Zjednoczenia Narodowego, OZON*), dessen Politik als ‚national‘ zu wenig entschieden erachtet wurde. Vor allem in Hinblick auf die ‚Judenfrage‘ wurde zunehmend Druck ausgeübt, die ökonomische, soziale und politische Diskriminierung der jüdischen Bevölkerung entschlossener zu betreiben. Zahlreiche antijüdische

²⁷ ANTONI DUDEK, GRZEGORZ PYTEL: Bolesław Piasecki. Próba biografii politycznej [Versuch einer politischen Biographie], Londyn 1990, S. 69; SZYMON RUDNICKI: Koncepcje niepodległego państwa polskiego w myśli politycznej obozu narodowego [Vorstellungen über den unabhängigen polnischen Staat im politischen Denken des Nationalen Lagers], in: *Wizje przyszłej Polski*, S. 145-165, S. 152.

Ausschreitungen hatten ihren Ausgangspunkt in der Agitation der Nationaldemokraten. In den 1930er Jahren spalteten sich unter dem Einfluß von Faschismus und Nationalsozialismus immer wieder radikalere Gruppen von der Hauptströmung ab. Die Parteienzersplitterung der Rechten wurde indes durch die Vorstellung eines Nationalen Lagers (*Obóz Narodowy*) gemildert, in dem man sich gemeinsam auf Dmowski berief, so daß über die nationalpolitischen Grundsätze Einigkeit herrschte. Hatte sich schon innerhalb des OWP ein radikaler ausgerichteter Ruch Młodych (Bewegung der Jungen) organisiert, so gründeten dessen Aktivisten im April 1934 als rechtsextremes Sammelbecken den *Obóz Narodowo-Radykalny* (Nationalradikales Lager, ONR).²⁸ Der ONR verlangte u.a. eine „Polonisierung (*unarodowienie*)“ des Wirtschaftslebens durch eine Übertragung ausländischer und jüdischer Unternehmen an polnische Eigentümer und den Aufbau eines hierarchisch organisierten „Nationalstaates (*państwo narodowe*)“, und er verwarf die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der jüdischen Bevölkerung. Während die Agitation für ihre forcierte Auswanderung aus Polen um sich griff, wurden Juden nurmehr als Mitbürger auf Zeit angesehen. Bewaffnete Stoßtrupps verliehen den Forderungen mit Überfällen auf jüdische Geschäfte, mit psychischem und moralischem Terror Nachdruck. Kurz nach seiner Gründung verboten, setzte der ONR seine Tätigkeit in der Illegalität fort, während sich die Organisation 1935 in zwei jeweils nach ihren Presseorganen benannte Gruppen – ONR-„ABC“ und ONR-„Falanga“ –, aufspaltete.

Mit der krisenhaften Zuspitzung der Wirtschaftslage in den 1930er Jahren ging dann eine zunehmende Toleranz der von der pilsudskistischen *Sanacja* gebildeten Regierungen gegenüber antisemitischen Bestrebungen einher. Eine breiter werdende Strömung innerhalb der polnischen Gesellschaft unterstützte Bemühungen, Juden aus ihren Positionen – besonders in Wirtschaft und Handel und im Kultur- und Bildungswesen – hinauszudrängen. Verschiedene Initiativen zielten nun – nach dem Vorbild des nationalsozialistischen Deutschland – auf einen minderen Rechtsstatus der jüdischen Bevölkerung ab. Mitte der 1930er Jahre nahm die Agitation zu, die den Ausschluß der als moralisch minderwertig erachteten jüdischen Bevölkerungsgruppe aus der Gesellschaft forderte.²⁹ Rechte Aktivisten praktizierten unterdessen den ökonomischen Boykott jüdischer Freiberufler, Handwerker, Händler und Ladenbesitzer. Große symbolische Bedeutung

²⁸ SZYMON RUDNICKI: *Obóz Narodowo-Radykalny. Geneza i działalność* [Das Nationalradikale Lager. Seine Entstehung und sein Wirken], Warszawa 1985.

²⁹ Eine größere Zahl detaillierter Lokalstudien liegt bislang nur für die westpolnische Küstenregion (Pomorze) vor, wo die Konflikte weniger heftig verliefen als in den übrigen Landesteilen, vgl. die einschlägigen Beiträge in den Sammelbänden: *Mniejszości narodowe i wyznaniowe w województwie pomorskim w okresie międzywojennym (1920-1939)* [Nationale und religiöse Minderheiten in der Wojewodschaft Pomorze in der Zwischenkriegszeit, 1920-1939], hrsg. von MIECZYSLAW WOJCIECHOWSKI, Toruń 1991; *Emancypacja - asymilacja - antysemityzm. Żydzi na Pomorzu w XIX i XX wieku* [Emanzipation, Assimilation, Antisemitismus. Juden in Pommerellen im 19. und 20. Jahrhundert], hrsg. von ZENON HUBERT NOWAK, Toruń 1992, sowie *Gminy wyznaniowe żydowskie w województwie pomorskim w okresie międzywojennym (1920-1939)* [Jüdische Kultusgemeinden in der Wojewodschaft Pomorze in der Zwischenkriegszeit (1920-1939)], hrsg. von JAN SZILING, Toruń 1995.

hatte die Auseinandersetzung um das von Teilen des Parlaments angestrebte Schächtungsverbot. Die katholische Kirchenhierarchie, welche die größte Religionsgemeinschaft im Land vertrat, hing wie ihre Gläubigen einem traditionellen Antijudaismus an und verband diesen mit antiliberalen, antikommunistischen und kulturkritischen Standpunkten.³⁰ Die Regierung bemühte sich, die Lösung der sozioökonomischen Probleme des Landes zu erreichen, indem sie die Massenauswanderung der Juden in Aussicht nahm – für die ansonsten jedoch die Voraussetzungen fehlten. Manche Juden reagierten darauf mit einer Hinwendung zu sozialistischen oder kommunistischen Parteien.³¹ Andere wirkten für die zionistische Bewegung und sahen einen Ausweg in der Auswanderung der polnischen Juden nach Palästina.

Unterdessen ging die Propaganda mit einem aktiv-kämpferischen Antisemitismus einher, der nicht zuletzt von der jungen Intelligenz getragen wurde. Von zahlreichen Gewaltakten begleitet, setzten radikalisierte nationalistische Studentengruppen ihren Ehrgeiz daran, jüdische Studenten durch tätliche Übergriffe und Schikanen aus den Universitäten hinauszuekeln. Steten Störmanövern an polnischen Universitäten gelang es Mitte der 1930er Jahre, einen antijüdischen Numerus clausus durchzusetzen; in den Hörsälen mußten Juden besondere Sitzplätze (sog. Getto-Bänke) einnehmen. Gleichzeitig wurde – von Behörden und der katholischen Kirche und ihren Presseorganen wohlwollend toleriert – die wirtschaftliche Existenz der Juden durch Boykottkampagnen bedroht. Regierungschef Sławoj Składkowski verurteilte in seiner Regierungserklärung 1936 die Gewaltakte, begrüßte jedoch mit seinem vielzitierten „Owszem! (Selbstverständlich!)“ den handgreiflichen wirtschaftlichen Konkurrenzkampf, der sich des Boykottaufrufs und der Kundenbelästigung bediente. Wiederholt kam es zu größeren judenfeindlichen Ausschreitungen, bei denen Tote und Verwundete zu beklagen waren.³² Polnischen Juden entstand daneben ein erheblicher materieller Schaden durch eingeworfene

³⁰ Vgl. RONALD MODRAS: *The Catholic Church and Antisemitism: Poland, 1933-1939*, Chur u.a. 1994; UTE CAUMANN, MATTHIAS NIENDORF: *Von Kolbe bis Kielce. Ein Heiliger, seine Presse und die Geschichte eines Pogroms*, in: „Der Fremde im Dorf.“ Überlegungen zum Eigenen und zum Fremden in der Geschichte. Rex Rexheuser zum 65. Geburtstag, Lüneburg 1998, S. 169-194; und zuletzt: VIKTORIA POLLMANN: *Untermieter im christlichen Haus. Die Kirche und die „jüdische Frage“ in Polen anhand der Bistumspresse der Metropole Krakau 1926-1939*, Wiesbaden 2002.

³¹ Zum Anteil von Juden an der kommunistischen Bewegung in Polen vgl. MOSHE MISHKINSKY: *The Communist Party of Poland and the Jews*, in: *The Jews of Poland between Two World Wars*, hrsg. von YISRAEL GUTMAN u.a., Hanover 1986, S. 56-74; GABRIELE SIMONCINI: *The Communist Party of Poland 1918-1929. A Study in Political Ideology*, Lewiston u.a. 1993; DERS.: *Ethnic and Social Diversity in the Membership of the Communist Party of Poland: 1918-1938*, in: *Nationalities Papers* 22, Ergänzungsbd. Nr. 1, S. 55-92 (mit einer Mitgliederliste der KPP), sowie JULIA BRUN-ZEJMIS: *The Origin of the Communist Movement in Poland and the Jewish Question, 1918-1923*, ebenda, S. 29-54.

³² Vgl. die auf einer Presseauswertung basierende Analyse von JOLANTA ŻYNDUL: *Zajścia antyżydowskie w Polsce w latach 1935-1937 [Die judenfeindlichen Ausschreitungen in Polen 1935-1937]*, Warszawa 1994 – allerdings gehörte es seinerzeit zu den Hauptanliegen der Zensurbehörden „to prevent the reportage of internal disorder“, JOHN M. BATES: *Freedom of the Press in Inter-War Poland: The System of Control*, in: *Poland between the Wars, 1918-1939*, hrsg. von PETER D. STACHURA, London u.a. 1998, S. 87-108, hier S. 104. Vgl. auch PIOTR GONTARCZYK: *Pogrom? Zajścia polsko-żydowskie w Przytyku 9 marca 1936 r. Mity, fakty, dokumenty [Ein Pogrom? Die polnisch-jüdischen Ausschreitungen in Przytyk am 9. März 1936. Mythen, Fakten, Dokumente]*, Biała Podlaska u.a.

Fensterscheiben in jüdischen Geschäften und Wohnungen, verwüstete Marktstände und Ladeneinrichtungen u.ä. Gemeinsames Merkmal bei der juristischen Verfolgung der judenfeindlichen Ausschreitungen war, daß ihre Teilnehmer mit lächerlich geringen Strafen abgeurteilt wurden. Juden, die sich gegen die Übergriffe zur Wehr setzten, hatten dagegen mit strengen Urteilen zu rechnen.

Währenddessen setzten sich der nationalistische ONR und die mit ihm verbundenen Parteien und gesellschaftlichen Kräfte der radikalen und extremen Rechten lautstark und z.T. gewaltsam für eine „Entjudung (odzydzenie)“ der polnischen Gesellschaft ein. Der Nationalsozialismus wurde von ihnen einerseits für seine Methoden und Erfolge bewundert, andererseits durchaus als eine verschärfte Bedrohung durch den nun aggressiveren nazideutschen „Drang nach Osten“ empfunden.³³ Schon seit Ende des Ersten Weltkriegs bediente sich die Rechte des Propagandaschlagworts von der „Judenkommune (żydokomuna)“, und weit darüber hinaus war die Ansicht verbreitet, daß der Kommunismus von Juden inspiriert und gesteuert sei.³⁴

Die Einstellung des für den Staat namengebenden Mehrheitsvolkes gegenüber der jüdischen Minderheit unterschied sich also von einer bloßen Abneigung, wie sie anderen „Fremden im polnischen Haus“ (Ukrainern, Deutschen, Litauern) entgegengebracht wurde. Der Antisemitismus als „Überzeugung, daß die Interessen von Polen und Juden im Widerstreit liegen“³⁵ nahm bei vielen die Form einer „historiosophischen Vorstellung“ an, mit deren Hilfe versucht wurde, jegliches Unheil mit einer Ursache, „den Juden“, erklärbar zu machen. Sie fand nun nicht zuletzt unter dem politisch bewußten Teil der Bauernschaft Verbreitung.³⁶ Unter Aktivisten der Partei für ein Größeres Polen (*Stronnictwo Wielkiej Polski*) gab es auch Anleihen beim Rassismus.³⁷ Dieser wandte sich jedoch anders als der deutsche nur gegen Juden und bezog sich auch nicht primär auf den „Mythos des Blutes“, sondern war auf die Behauptung einer psychischen, ‚geistigen‘ Andersartigkeit der Juden und Jüdischstämmigen gestützt. „Ein Jude bleibt immer ein Jude“ verkündete nun ein Grundsatz der polnischen Rechtsradikalen, womit die

2000 (Vis historiarum, 3).

³³ Vgl. ALBERT S. KOTOWSKI: Hitlers Bewegung im Urteil der polnischen Nationaldemokratie, Wiesbaden 2000 (Studien der Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund, 28), passim.

³⁴ Vgl. STEPHANIE ZLOCH: „Jüdischer Bolschewismus“. Zur Identifikation von Juden und Kommunismus im polnisch-sowjetischen Krieg 1919/20. Ereignis und Wirkung (MS im Besitz des Verfassers, Druck in Vorbereitung); ANDRÉ GERRITS: Antisemitism and Anti-Communism: The Myth of „Judeo-Communism“ in Eastern Europe, in: EEJA 25, H. 1 (Sommer 1995), S. 49-72, bes. S. 59.

³⁵ WŁODZIMIERZ MICH: Obcy w polskim domu. Nacjonalistyczne koncepcje rozwiązania problemu mniejszości narodowych 1918-1939 [Fremde im polnischen Haus. Nationalistische Entwürfe zur Lösung des Minderheitenproblems 1918-1939], Lublin 1994, S. 5.

³⁶ Vgl. EDWARD D. WYNOT: The Polish Peasant Movement and the Jews, 1918-1939, in: The Jews of Poland, S. 36-55.

³⁷ Vgl. MICH, Obcy, S. 65 ff. Vgl. auch ANNA LANDAU-CZAJKA: The Ubiquitous Enemy. The Jew in the Political Thought of Radical Right-Wing Nationalists in Poland, 1926-1939, in: Polin 4 (1989), S. 169-203 (poln Fass.: Wszecobecni wrogowie. Niektóre elementy światopoglądu skrajnej prawicy nacjonalistycznej 1926-1939, in: Przegląd Historyczny 1988, H.1).

Möglichkeit der Assimilation (d.h. vollständigen Polonisierung der Juden) in den 1930er Jahren zunehmend verworfen wurde.³⁸

Scheinbar unbeeinflusst von den sich schwieriger gestaltenden Lebensbedingungen der jüdischen Minderheit entfaltete sich das jüdische Kulturleben, das Pressewesen und der Film, spielten Juden auch in der Avantgarde der polnischen Literatur eine immer größere Rolle. In der Zweiten Republik blühte somit ein facettenreiches politisches, religiöses, soziales und kulturelles jüdisches Leben, das in weiten Teilen autonom war: Es entfaltete sich eine spezifische jüdische, auf dem Jiddischen basierende Kultur. Juden wählten ihre Parteien, lasen ihre jiddischen, hebräischen oder auch polnischsprachigen Zeitungen, besuchten jüdische Theater und ermöglichten das Entstehen einer regen jiddischen Literaturszene.

Welche Bedeutung den antisemitischen Strömungen der Vorkriegszeit für die von den deutschen Besatzern ins Werk gesetzte „Endlösung der Judenfrage“ zukam, ist in der Forschung heftig umstritten. Manche nichtpolnische Beobachter dramatisieren die Lage der polnischen Judenheit in den 1930er Jahren, sehen sie „am Rande der Vernichtung“³⁹, „zwischen Leben und Tod“⁴⁰ und bewerten die Zwischenkriegszeit als „beginnende Katastrophe“⁴¹. An der Lage in der Wojewodschaft Pomorze läßt sich vor einem regionalen Hintergrund die Wirkung der antisemitischen Agitation auf die polnische Gesellschaft ermessen: Ihre Gegner befanden sich auf seiten der politischen Linken⁴² und unter den schwachen liberal-demokratisch orientierten Kräften, und sie wurde – trotz überkommener antijudaistischer Überzeugungen – von der Mehrheit der polnischen Bevölkerung nicht aktiv unterstützt. Von deren Affinität zu antijüdischen Parolen zeugt freilich, daß das Stronniectwo Narodowe bei den Kommunalwahlen von 1938 40% der Stimmen erhielt. Mit Recht läßt sich also schlußfolgern, daß viele Wählerinnen und Wähler – und sei es nur stillschweigend – deren antisemitisches Programm und damit auch die Pläne zur Ausgrenzung der polnischen Juden billigten.⁴³ Die Linke und das kleine Häuflein der Kommunisten interpretierten in den Vorkriegsjahren den Antisemitismus als Störmanöver des Klassengegners, Ausdruck des Kapitalismus und einer chauvinistischen, minderheitenfeindlichen Politik, welche die Aufmerksamkeit der Gesellschaft von den für ‚die Massen‘ wesentlichen Angelegenheiten ablenke.⁴⁴

³⁸ Ebenda, S. 66. Vgl. auch LANDAU-CZAJKA, *Ubiquitous Enemy*, S. 175 ff.

³⁹ CELIA S. HELLER: *On the Edge of Destruction. Jews of Poland between the Two World Wars*, New York 1977, Detroit ²1994, passim.

⁴⁰ HARRY M. RABINOWICZ: *The Legacy of Polish Jewry. A History of Polish Jews in the Inter-War Years 1919-1939*, New York, London 1965, bes. S. 45-63.

⁴¹ ERHARD R. WIEHN: *Kaddisch. Totengebet in Polen*, Darmstadt 1984, bes. S. 28-39.

⁴² Vgl. ABRAHAM BRUMBERG: *The Bund and the Polish Socialist Party in the Late 1930s*, in: *The Jews of Poland*, S. 75-94.

⁴³ MIECZYSLAW WOJCIECHOWSKI: *Antysemityzm na Pomorzu w okresie międzywojennym* [Antisemitismus in Pommerellen in der Zwischenkriegszeit], in: *Emancypacja*, S. 43-59, hier S. 57 f.

⁴⁴ Vgl. MISHKINSKY, *Communist Party*, S. 69; BRUMBERG, *Bund*, S. 83 f., 88, 92 f. Siehe auch unten Kap. III.2.4

In den unter deutsche Herrschaft geratenen polnischen Gebieten lebten Ende 1939 600.000 Juden in den vom Reich annektierten Territorien und 1,5 Millionen im sog. Generalgouvernement (GG).⁴⁵ Nur wenige Zehntausend konnten hier den von den Besatzern angestrebten totalen Judenmord überleben. Noch einmal fast anderthalb Millionen von den Nationalsozialisten als Juden betrachtete polnische Staatsbürger, darunter auch eine große Zahl Flüchtlinge aus dem Westen des Landes⁴⁶, lebten im zunächst sowjetisch besetzten Ostpolen.⁴⁷ Von den ca. 5,6 Millionen Todesopfern der Schoa – der planmäßigen Massenvernichtung der europäischen Judenheit – wohnten vor dem Zweiten Weltkrieg weit mehr als die Hälfte in der Zweiten Polnischen Republik. Insgesamt lebten dort am Vorabend des Zweiten Weltkriegs – je nach Selbst- oder Fremddefinition – 3 bis 3,5 Millionen Juden. 200.000 bis 300.000 von ihnen konnten zu Kriegsbeginn (zunächst) auf sowjetisches Gebiet fliehen oder wurden von den Deutschen dorthin vertrieben. Nahezu drei Millionen Juden, die auf dem polnischen Vorkriegsterritorium lebten, kamen infolge der nationalsozialistischen Besatzung Polens um. Innerhalb der Grenzen der Zweiten Polnischen Republik sind ca. 1,8 Millionen Juden in den Tötungszentren und jeweils Tausende in vielen „normalen“ nazideutschen Konzentrations- und Zwangsarbeitslagern ums Leben gekommen sowie ca. 900.000 erschossen worden.⁴⁸ Nicht mehr als 300.000 haben den Judenmord überlebt.

Die NS-Besatzungspolitik gegenüber den auf dem eroberten Gebiet vorgefundenen Volksgruppen war an den ideologischen Vorgaben der neuen Machthaber ausgerichtet. Seit September 1939 wurde die nationalsozialistische Rassenideologie auf den deutsch besetzten Teil Polens übertragen, wobei sich die Situation der Juden rapide verschlechterte. Juden wurden im

und Kap. IV.1.5.1.

⁴⁵ Bibliographische Einzelnachweise zu den hier und im folgenden angeführten Angaben in dem Literaturbericht: KLAUS-PETER FRIEDRICH: Juden in Polen während der Schoa. Zu polnischen und deutschen Neuerscheinungen, in: ZfO 47 (1998), S. 231-274, passim. Zum historischen Kontext ferner die einschlägigen Abschnitte in: Deutsch-polnische Beziehungen 1939 – 1945 – 1949. Eine Einführung, hrsg. von WŁODZIMIERZ BORODZIEJ und KLAUS ZIEMER, Osnabrück 2000 (Einzelveröff. des Deutschen Historischen Instituts Warschau, Bd. 5).

⁴⁶ Vgl. MACIEJ SIEKIERSKI: The Jews in Soviet-Occupied Eastern Poland at the End of 1939: Numbers and Distribution, in: Jews in Eastern Poland and the USSR, S. 110-115. Er beziffert die Zahl der Ende 1939 in Ostpolen lebenden Juden auf 1,6 Millionen, darunter 1,3 Millionen einheimische und 300.000 Flüchtlinge aus dem Westen des Landes (S. 113).

⁴⁷ Ihre Überlebenschance sollte sich als bedeutend größer erweisen, da zwischen 1939 und 1941 viele nach Nordrußland oder Sibirien deportiert wurden bzw. sofern sie sich dem Wüten der sog. Einsatzgruppen, die im Sommer 1941 im Rücken der Wehrmacht mit Massenerschießungen unter der jüdischen Zivilbevölkerung begannen, durch rechtzeitige Flucht entziehen konnten.

⁴⁸ Vgl. DIETER POHL: Der Völkermord an den Juden, in: Deutsch-polnische Beziehungen 1939 – 1945 – 1949, S. 113-134, hier S. 130, sowie die Zahlenangaben aus der Forschungsliteratur bei FRANK GOLCZEWSKI: Polen, in: Dimension des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus, hrsg. von WOLFGANG BENZ, München 1991, S. 411-497, hier S. 419.

Sinne der nationalsozialistischen rassistischen Ideologie systematisch verfolgt und vernichtet – mittelbar durch Absonderung in überfüllten und mit Lebensmitteln und Medikamenten absichtlich unterversorgten Zwangswohnvierteln (amtlich sog. Jüdischen Wohnbezirken) mit den Folgen des Verhungerns, der Verbreitung von Seuchen etc., und unmittelbar durch Erschießen, Totschlagen, Ersticken in Gaskammern. Die Behandlung der polnischen Bevölkerung durch die Angehörigen des deutschen Besatzungsapparats verfolgte hingegen primär politische und ökonomische Ziele im Kontext einer brutalen, völkerrechtswidrigen deutschen Ausbeutungs- und ‚Volkstumspolitik‘. Diese stand von Anfang an in einem gewissen Zusammenhang mit weitergehenden Vorstellungen der NS-Führungselite über die künftige ‚rassenpolitische‘ Gestalt des polnischen Territoriums, das in deutschen Lebensraum umgewandelt werden sollte. Doch war die Tötung von Polen kein Selbstzweck: Selbst die brutale Verfolgung der Eliten war weit davon entfernt, mit der gleichen mörderischen Konsequenz und gewissenlosen Akribie betrieben zu werden, wie sie seitens des Vernichtungsapparats sogar den kleinsten Gettos zuteil wurde. Schließlich waren Millionen polnischer Arbeitskräfte für die Kriegswirtschaft unentbehrlich, und sie hatten die deutschen Kriegsanstrengungen auf diese Weise nolens volens zu unterstützen.

Nicht zuletzt durch den Judenmord hat Polens Sozial- und Wirtschaftsstruktur in den Kriegsjahren einen grundlegenden Wandel erfahren. Die Juden bildeten nach den Ukrainern die mit etwa 10% der Staatsbevölkerung zweitgrößte Minderheit, waren aber anders als diese in allen Landesteilen vertreten, und überaus zahlreich unter der Einwohnerschaft der Städte und Kleinstädte. In bestimmten Wirtschaftsbereichen – insbesondere im Kleinhandel und -handwerk, aber auch im Gewerbe der freien Berufe – war ihr Anteil stark überproportional. Unter dem NS-Regime vollzog sich von 1939 bis 1941 die erste Phase einer tiefgreifenden ökonomischen Neuordnung, einer ‚Arisierung‘ von oben, d.h. des Übergangs jüdischer ökonomischer Existenzgrundlagen in die Verfügungsgewalt von Deutschen, sog. Volksdeutschen, Polen und Ukrainern.⁴⁹

Ende 1940 zwangen die Besatzer die jüdische Bevölkerung Warschaus, die rund 30% der Einwohnerschaft in der polnischen Hauptstadt stellte⁵⁰, in einen ‚jüdischen Wohnbezirk‘ umzuziehen. Unter dem Anschein, ein Selbstverwaltungsorgan zu schaffen, wurde die Verwaltung innerhalb dieses Zwangswohnviertels einem sog. Judenrat übertragen, der für die Umsetzung der deutschen Anordnungen verantwortlich gemacht wurde. Von der übrigen Stadt

⁴⁹ Vgl. zu dieser Problematik: KLAUS-PETER FRIEDRICH: Kollaboration und Antisemitismus in Polen unter deutscher Besatzung (1939-1944/45), in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 45 (1997), S. 818-834, sowie ausführlicher DERS.: Über den Widerstandsmythos im besetzten Polen in der Historiographie, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 13 (1998), H. 1, S. 10-60.

⁵⁰ GABRIELA ZALEWSKA: Ludność żydowska w Warszawie w okresie międzywojennym [Die jüdische Bevölkerung in Warschau in der Zwischenkriegszeit], Warszawa 1996, S. 49, 53.

von Tag zu Tag spürbarer isoliert, hatten die 350.000-450.000 eingepferchten Bewohner des Sperrgebiets – zusehends an Hunger, unter unzulänglichen hygienischen Bedingungen und Seuchen leidend – immer geringere Überlebenschancen. Viele resignierten angesichts des ihnen aufgezwungenen Kampfes ums Dasein. Die Zahl der Selbstmorde nahm zu. Andere leisteten hingegen ‚zivilen Widerstand‘, bauten eine Sozialfürsorge auf, schufen ein konspiratives Bildungswesen, entwickelten kulturelle Initiativen und gründeten ein geheimes Archiv, das die Verbrechen der Besatzungsherrschaft der Nachwelt überliefern sollte.⁵¹ Gegen die vom Judenrat des Gettos betriebene hinhaltende Zusammenarbeit mit den Besatzungsorganen bildete sich eine wachsende Opposition. Doch konnte auch sie nicht verhindern, daß die Menschen der direkten Vernichtungsphase ohnmächtig gegenüberstanden.

In der polnischen Gesellschaft büßte unterdessen der politische Antisemitismus an Bedeutung kaum ein, denn anders als in Westeuropa wurde die nationalistische, antisemitisch eingestellte Rechte von den Besatzern verfolgt und gehörte zu den Kräften des Widerstands.⁵² Es herrschte die Auffassung, der Krieg sei weniger ein Konflikt zwischen Staaten als vielmehr zwischen Völkern, wobei Polen und Juden sich von ihren jeweiligen Interessen leiten lassen müßten.⁵³ Und diese schienen in der polnischen Wahrnehmung für beide Kollektive nicht die gleichen zu sein, wurde doch der jüdischen Bevölkerung insgesamt nachgesagt, sie hege Sympathien für die Bestrebungen des Sowjetregimes und habe in Ostpolen mit dessen Okkupationsmacht seit dem 17. September 1939 eifrig kollaboriert⁵⁴, während für die polnische Bevölkerung ein mythisierter unbeugsamer Widerstand reklamiert wurde.⁵⁵ 1941 befanden sich die interethnischen Beziehungen somit auf einem neuen Tiefpunkt.⁵⁶

Im Juni/Juli 1941 wechselte die Besatzungsmacht im östlichen Polen, wo die ukrainische, teils aber auch die ethnisch polnische und weißrussische Bevölkerung die Invasionstruppen der Wehrmacht mit Erleichterung begrüßte. Im Westen der Wojewodschaft Białystok kam es zu einer Reihe von pogromartigen Massenmorden an der jüdischen Bevölkerung. Ihre Täter waren zum Teil die polnischen Nachbarn⁵⁷, denen die deutschen Besatzer freie Hand für dergleichen

⁵¹ Vgl. dazu RUTA SAKOWSKA: *Menschen im Ghetto*, Osnabrück 1999 (Klio in Polen, 2).

⁵² Vgl. ALEKSANDER SMOLAR: *Unschuld und Tabu*, in: *Babylon*, Nr. 2 (1987), S. 40-71, hier bes. S. 54 f.

⁵³ Vgl. DARIUSZ STOLA: *Nadzieja i Zagłada. Ignacy Schwarzbart – żydowski przedstawiciel w Radzie Narodowej RP (1940-1945)* [Hoffnung und Vernichtung. Ignacy Schwarzbart, der jüdische Vertreter im Nationalrat der Polnischen Republik], Warszawa 1995 (Biblioteka polonijna, 31), S. 300 f.

⁵⁴ Vgl. MARTIN DEAN: *Collaboration in the Holocaust. Crimes of the Local Police in Belorussia and Ukraine, 1941-1944*, New York 2000; MAREK WIERZBICKI: *Polacy i Żydzi w zaborze sowieckim. Stosunki polsko-żydowskie na ziemiach północno-wschodnich II RP pod okupacją sowiecką (1939-1941)* [Polen und Juden im sowjetischen Teilungsgebiet. Polnisch-jüdische Beziehungen in den nordöstlichen Gebieten der Zweiten Polnischen Republik unter der sowjetischen Besatzung (1939-1941)], Warszawa 2001.

⁵⁵ *Wizje Polski. Programy polityczne lat wojny i okupacji 1939-1944* [Visionen Polens. Politische Programme der Kriegsjahre 1939-1944], eingel., ausgew. und bearb. von KAZIMIERZ PRZYBYSZ, Warszawa 1992, S. 9.

⁵⁶ Vgl. SMOLAR, *Unschuld und Tabu*, S. 45 ff.

⁵⁷ Vgl. JAN TOMASZ GROSS: *Sąsiedzi. Historia zagłady żydowskiego miasteczka*, Sejny 2000 (dt. Fass.: *Nachbarn. Der Mord an den Juden von Jedwabne*, München 2001).

Abrechnungen gegeben hatten. Der SS waren ‚Selbstreinigungsversuche‘ seitens der einheimischen Bevölkerung stets willkommen, und sie wurden von deutschen Formationen inspiriert und nach Kräften unterstützt.⁵⁸ In Ostgalizien begannen Judenpogrome durch ukrainische Nationalisten, denen die Besatzer freie Hand ließen. Anlaß war die Entdeckung einer großen Zahl von Leichen in NKVD-Gefängnissen, deren Ermordung ‚jüdisch-bolschewistischen‘ Kommissaren zur Last gelegt wurde.⁵⁹ In Südpolen sahen sich die Polen auch dann noch als Hauptopfer der NS-Besatzungsherrschaft, als die Deportationszüge in das Tötungszentrum Belzec fuhren. Die nichtjüdische Bevölkerung war mit ihren eigenen Sorgen beschäftigt und hegte jedenfalls weiterhin Groll auf die Juden. Obwohl die Bahntransporte in die Tötungszentren nur von wenigen Wachmännern begleitet wurden, war die Masse der Deportierten – nach physischer Entkräftung und dem jahrelangen Durchleiden systematischer Entwürdigung und Erniedrigung – zu Fluchtversuchen und Widerstand psychisch und körperlich häufig kaum mehr in der Lage.⁶⁰

In der Phase der unmittelbaren Vernichtungsaktionen gegen die jüdischen Zwangswohnviertel waren die Chancen von Juden und Polen, zu überleben oder gar Widerstand zu leisten, sehr ungleich verteilt. Unter der jüdischen Bevölkerung wuchs die Zahl derjenigen, die angesichts der eigenen Zwangslage die Haltung der Mehrheitsbevölkerung als feindselig empfanden. Jene, die auf der ‚arischen Seite‘ Zuflucht zu nehmen hofften, fühlten sich nicht nur von den Deutschen verfolgt, sondern zugleich von polnischen Nachbarn, mit denen sie schließlich tagtäglich in Kontakt traten.⁶¹ Dazu kam, daß es entsprechende finanzielle Mittel brauchte, um längere Zeit auf der ‚arischen Seite‘ unterzutauchen. In zeitgenössischen Aufzeichnungen von Verfolgten und in Zeugenberichten von Überlebenden der Schoa finden sich immer wieder Hinweise darauf, daß Polen mit der Gestapo, der Kriminalpolizei, der Polnischen Polizei (PP) oder der deutschen

⁵⁸ Vgl. das Fernschreiben Reinhard Heydrichs an Einsatzgruppenchefs vom 29.6.1941, in: Die Einsatzgruppen in der besetzten Sowjetunion 1941/42, hrsg. von PETER KLEIN, Berlin 1997, S. 319. Zum Hintergrund vgl. auch: PAWEŁ MACHCEWICZ: Wokół Jedwabnego [Der Fall Jedwabne], in: Wokół Jedwabnego, 2 Bde., hrsg. von DEMS. und KRZYSZTOF PERSAK, Bd. 1: Studia [Studien], Warszawa 2002, S. 9-62; EDMUND DMITRÓW: Oddziały operacyjne niemieckiej Policji Bezpieczeństwa i Służby Bezpieczeństwa a początek zagłady Żydów w Łomżyńskim i na Białostocczyźnie latem 1941 roku [Die Einsatzgruppen der deutschen Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes und der Beginn der Judenvernichtung im Gebiet um Łomża und Białystok im Sommer 1941], ebenda, S. 273-352, sowie die übrigen Beiträge in dem Sammelband.

⁵⁹ Dazu ausführlicher, wenngleich nicht erschöpfend: BOGDAN MUSIAL: ‚Konterrevolutionäre Elemente sind zu erschießen.‘ Die Brutalisierung des deutsch-sowjetischen Krieges im Sommer 1941, Berlin u.a. 2000.

⁶⁰ Über eine der laufend durchgeführten Ausweis- und Gepäckkontrollen in den Zügen vermerkte ein aufmerksamer Beobachter des Okkupationsalltags, der als ‚Jude‘ und als Angehöriger der polnischen Intelligenz selbst verfolgt wurde: ‚Die Deutschen hatten erreicht, was sie wollten: Sie fühlten sich wie die Engländer in ihren Kolonien. Im Kontrast zwischen ihren gepflegten, ruhigen Gestalten, und dieser nervösen und geplagten Menge sahen sie den offensichtlichen Beweis dafür, daß das *Herrenvolk* den Einheimischen überlegen ist.‘ HUGO STEINHAUS: Wspomnienia i zapiski [Erinnerungen und Notizen], hrsg. von ALEKSANDRA ZGORZELSKA, London 1992, S. 242.

⁶¹ Vgl. die für die ‚jüdische‘ (israelische) Auffassung der Beziehungsgeschichte grundlegende Monographie von YISRAEL GUTMAN, SHMUEL KRAKOWSKI: Unequal Victims. Poles and Jews during World War Two, New York 1986.

Ordnungspolizei bei der Judenverfolgung zusammengearbeitet haben.⁶² Die ambivalente Haltung der polnischen Bevölkerung gegenüber Juden kommt zum Ausdruck in der Erscheinung des Judenhelfers und -retters, der nicht selten selbst Antisemit war, doch aus einer christlichen Motivation heraus handelte.

Die grauenvollen Nachrichten aus dem besetzten Land konnten die – ohnehin arg eingeschränkten – Möglichkeiten der polnischen Regierungspolitik kaum beeinflussen. Das polnisch-jüdische Verhältnis zählte über die Jahre des Zweiten Weltkriegs zu ihren empfindlichen Bereichen – nicht zuletzt, weil es sich mittelbar auf die Beziehungen zu den anglo-amerikanischen Verbündeten auswirkte. Zudem wurde im Streit mit der Sowjetunion um die Wahrung polnischer Souveränitätsrechte der Antisemitismus-Vorwurf von kommunistischer Seite als Propagandawaffe ins Feld geführt.⁶³ Währenddessen entstand mit dem sich aus Widerstandsgruppen im GG herausbildenden sog. polnischen Untergrundstaat (*Polskie Państwo Podziemne*) die Grundlage für den monoethnischen Nationalstaat, wie er dann nach dem Krieg in aller Konsequenz verwirklicht werden sollte. Anders als im Nationalrat, dem Ersatzparlament der Exilregierung, saß in dem Partnergremium im Lande selbst, dem Rat der Nationalen Einheit (*Rada Jedności Narodowej*), kein einziger jüdischer Vertreter.⁶⁴ Erst nachdem die Mehrzahl der polnischen Juden umgebracht worden war, begannen die Organe der Exilregierung, für die Rettung bedrohter Juden in Polen Gelder bereitzustellen.

An den Menschenjagden im Warschauer jüdischen Zwangswohnviertel, welche die Züge für die Deportation der Gettoinsassen füllen sollten, nahm im Sommer 1942 außer deutschem Führungspersonal und sog. osteuropäischen Hilfswilligen auch der sog. Jüdische Ordnungsdienst teil, der gegenüber den „Getto“-Insassen eigentlich Polizeiaufgaben wahrzunehmen hatte. Die Ordnungsdienstler waren überdurchschnittlich gebildet, viele hatten ein Studium absolviert. Sie führten Aktionen gegen die Verbreitung des Fleckfiebers durch, machten an der Innenseite der Mauer Streifendienst, die das Zwangswohnviertel einschloß, und überwachten die Einhaltung

⁶² Der Warschauer jüdische Historiker Emanuel Ringelblum stellte Anfang 1944, als die deutschen Besatzungsorgane die physische Vernichtung der polnischen Judenheit nahezu abgeschlossen hatten, verbittert fest: „Die von Rassismus und Nazismus infizierten [polnischen] Antisemiten schufen allesamt so ungünstige Bedingungen, daß es unmöglich gewesen ist, mehr als nur einen kleinen Prozentsatz der polnischen Juden vor den deutschen Henkern zu retten. [...] Die Borniertheit polnischer Antisemiten [...] ist für den Tod von Hunderttausenden von Juden verantwortlich gewesen, die man - den Deutschen zum Trotz - hätte retten können.“ EMMANUEL (sic) RINGELBLUM: *Polish-Jewish Relations during the Second World War*, hrsg. u. mit Anmerkungen versehen von JOSEPH KERMISH und SHMUEL KRAKOWSKI, Jerusalem 1974, S. 247 f.

⁶³ Zu den Auseinandersetzungen um das polnisch-jüdische Verhältnis und dessen internationale Auswirkungen in der Londoner polnischen Exilregierung und in ihrem Umkreis vgl. grundlegend: DAVID ENGEL: *In the Shadow of Auschwitz: The Polish Government-in-Exile and the Jews, 1939-1942*, Chapel Hill 1987, und *Facing a Holocaust: The Polish Government-in-Exile and the Jews, 1943-1945*, Chapel Hill 1993; dazu auch: STOLA, Nadzieja, S. 230, 234, 259 ff., 267 f. Zu den Folgen für die Informationspolitik der Exilregierung am Beispiel des offiziellen Regierungorgans „Dziennik Polski“ vgl. WRÓBEL, *Dziennik Polski*, S. 63 f., 69 f.

⁶⁴ Vgl. STOLA, *Nadzieja*, S. 300 f.

der Polizeistunde. Anders als Polnische Polizisten, die Schußwaffen führten, waren die jüdischen nur mit Schlagstöcken ausgerüstet. Die de jure ehrenamtlichen Ordnungsdienstler wurden – was angesichts der deutschen Aushungerungspraxis immer größere Bedeutung erlangte – mit Lebensmittelzuteilungen vergütet. Die „Getto“-Polizei in Warschau sollte ursprünglich nicht mehr als 1000 Freiwillige umfassen, doch war ihre Zahl schon Ende 1941 auf das Doppelte angewachsen. Neben den Judenräten und der in Krakau 1940-1942 herausgegebenen „Gazeta Żydowska“ (Jüdische Zeitung) war der Ordnungsdienst das in seiner Wirkung folgenreichste Organ einer Zusammenarbeit von Teilen der jüdischen Gemeinschaft mit den Besatzern.⁶⁵

Die Brutalität bei den Räumungsaktionen im Zwangswohnviertel im Sommer 1942 überstieg alle Vorstellungskraft, selbst als bereits Nachrichten kursierten, daß in Ostpolen, in den vormals sowjetisch besetzten Gebieten, und im NS-Tötungszentrum Kulmhof/Chełmno die jüdische Zivilbevölkerung systematischen Massenmorden zum Opfer fiel. Ähnlich wie den Mitgliedern der Judenräte blieb den Mitarbeitern des Ordnungsdienstes 1942/43 nur die Wahl, sich fortschreitender Verstrickung in die nazideutschen Vernichtungsmaßnahmen entweder durch Flucht oder Freitod zu entziehen oder den Anordnungen der Besatzer nachzukommen. Der ihnen von den Besatzungsbehörden zugedachten Ermordung konnten sie freilich auch dadurch nicht enttrinnen.

Die spektakuläre bewaffnete jüdische Notwehraktion von kleinen Teilen der verbliebenen Insassen des Warschauer Gettos seit dem 19. April 1943 wurde von den Besatzern und ihren Hilfstruppen rücksichtslos niedergeschlagen, wobei das jüdische Viertel der absichtlich herbeigeführten Zerstörung anheimfiel. Nur wenige überlebende Frauen und Männer konnten sich auf die ‚arische Seite‘ retten. Sie hätten ohne die Hilfe polnischer Mitbürger, von Angehörigen der AK und des kommunistischen Widerstands, kaum überlebt. Einfache Zivilisten beteiligten sich unterdessen an der Bildung des Vorläufigen Komitees für Judenhilfe (*Tymczasowy Komitet Pomocy ‚Żegota‘ [Żydom]*, TKPŻ), der auf Initiative katholischer, sozialistischer und linksliberaler Gruppierungen im Herbst 1942 in Warschau entstanden war. Der zum Jahresende aus ihm hervorgehende Rat für Judenhilfe (*Rada Pomocy Żydom*, RPŻ) bemühte sich 1943 darum, mehreren tausend Juden, die sich auf der ‚arischen Seite‘ versteckt oder hinter einer angenommenen Identität verborgen halten mußten, das Überleben zu sichern. Um die Gesellschaft zu beeinflussen, die Sache der Judenhilfe zu unterstützen, wandte sich der Rat 1943 drei Mal mit Flugblättern an die polnische Gesellschaft. Doch selbst im Rat für Judenhilfe, also in der polnischen Organisation, die den bedeutendsten Einsatz für die Rettung jüdischer Landsleute leistete, bestand Uneinigkeit darüber, daß die jüdische Bevölkerung einer

⁶⁵ ALDONA PODOLSKA: *Sluzba porzadkowa w getcie warszawskim w latach 1940-1944* [Der Jüdische Ordnungsdienst im Warschauer Getto 1940-1944], Warszawa 1996.

besonders starken Bedrohung ausgesetzt war.⁶⁶ Die Vernichtung der im GG verbliebenen Schwerpunkte jüdischer Bevölkerung wurde – wie der Mord an einzeln oder in Gruppen Aufgegriffenen – indessen fortgesetzt, so daß bereits Ende 1942 mit der Ermordung von nahezu 2,5 Millionen Menschen der Judenmord in Polen in weiten Teilen des Landes abgeschlossen war.⁶⁷

Aufgrund der Aufteilung Polens infolge des Hitler-Stalin-Paktes gelangte mit dem Einmarsch der Roten Armee am 17. September 1939 etwa ein Drittel der Bevölkerung der Republik Polen unter sowjetische Herrschaft, zumeist Angehörige der nationalen Minderheiten. Unter ihnen waren ca. 1,5 Millionen Juden, darunter sowohl in Ostpolen ansässige als auch Flüchtlinge vor dem Angriff der Wehrmacht aus den westlichen Landesteilen. Die Sowjetregierung veranstaltete in den Gebieten, die als das westliche Weißrußland bzw. als Westukraine annektiert wurden, sog. Volksabstimmungen, um ihr Vorgehen akklamieren zu lassen. Ein Teil der Bevölkerung, den die Machthaber als (potentiellen) politischen oder Klassenfeind ansahen, wurde in das Landesinnere verschickt. Nach dem nazideutschen Angriff auf die Sowjetunion änderte diese ihre Haltung gegenüber der polnischen Regierung in London. Es kam zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen und einem Übereinkommen zur Regelung der Beziehungen zwischen der polnischen Regierung und dem Sowjetregime. Unter anderem war vorgesehen, daß aus ethnisch dem Polentum zugehörigen ehemaligen Einwohnern Ostpolens und aus Flüchtlingen aus dem Westteil des Landes eine polnische Armee gebildet werden sollte. Die unter dem Kommando von General Władysław Anders stehende Armee verließ 1942 das Land über den Mittleren und Nahen Osten und kämpfte später an der Seite der Briten auf dem europäischen Kriegsschauplatz; einschließlich Angehörigen und elternlosen Kindern verließen über 110.000 Verschleppte und Flüchtlinge die Sowjetunion. Obgleich Juden etwa ein Drittel der Flüchtlinge aus der Polnischen Republik bildeten, waren nur 5000 bis 7000 von ihnen unter den Evakuierten.⁶⁸ Daß es so wenige waren, lag an der Obstruktionspolitik seitens sowjetischer Behörden, welche den nicht als ethnische Polen anerkannten vormaligen Einwohnern Ostpolens, die als Sowjetbürger angesehen wurden, den Beitritt zur Anders-Armee i.a. verwehrte, und an dem mangelnden

⁶⁶ In Übereinstimmung mit dem Standpunkt der Regierungsdelegatur hielt Tadeusz Rek im RPŻ-Vorstand dafür, die Judenvernichtung sei „lediglich Teil der allgemeinen deutschen Ausrottungsaktion: polnische ‚arische‘ Bürger kommen auch massenhaft in Lagern, Gefängnissen und bei Straßenexekutionen um, und der Terror wächst von Monat zu Monat an.“ Daher sei es nicht angebracht, die Gesellschaft aufzuspalten. PREKEROWA, *Konspiracyjna Rada*, S. 249.

⁶⁷ Vgl. POHL, *Völkermord*, S. 123.

⁶⁸ JAFF SCHATZ: *The Generation. The Rise and Fall of the Jewish Communists of Poland*, Berkeley u.a. 1991 (*Societies and Culture in East-Central Europe*, 5), S. 177.

Interesse von Teilen der Armeeführung an jüdischen Freiwilligen. Schon damals pflegten sowjetische Stellen, den daraus erwachsenden jüdisch-polnischen Gegensatz mit dem Vorwurf des Antisemitismus zu schüren.⁶⁹

Hatte die Evakuierung der Anders-Armee das fortdauernde Mißtrauen im polnisch-sowjetischen Verhältnis deutlich gemacht, so zeigte sich für beide Seiten, daß angesichts des Massenmords an über zehntausend in sowjetische Gefangenschaft geratenen polnischen Offizieren 1940 eine Verständigung unmöglich war. Nach dessen Aufdeckung im April 1943, als die polnische Regierung die sowjetische Lüge, welche die Deutschen des Verbrechens von Katyn beschuldigte, nicht akzeptieren konnte, brach Stalin die Beziehungen ab. War schon am 5. Januar 1942 in Warschau eine kommunistische Polnische Arbeiterpartei gegründet worden, so wurden nun auch Initiativen publik, ein sowjetpolnisches Nationalkomitee zu bilden. Wenige Tage nach dem Bruch wurde mit der Aufstellung einer sowjetpolnischen Truppe, der sog. Kościuszko-Division, begonnen, in deren Organisationskomitee Juden die Hälfte der Mitglieder bildeten⁷⁰, und im Juni 1943 hielt der kommunistisch gesteuerte „Verband Polnischer Patrioten (*Związek Patriotów Polskich*, ZPP)“ seinen ersten offiziellen Kongreß ab. Die neue Organisation, deren Führungspositionen gleichfalls zur Hälfte von Juden bzw. Polen jüdischer Abstammung besetzt waren⁷¹, entwickelte sich sprunghaft, widmete sich der Fürsorge für die Landsleute in der UdSSR und übernahm die von der polnischen Regierung eingerichteten Warenlager und das von ihr aufgebaute Verbindungsnetz.⁷²

Die kommunistische Machtübernahme in Polen wurde mehrgleisig vorbereitet. Während es seit der Zerstörung des Warschauer Gettos Kommunisten, welche die Besatzer als Juden verfolgten, in Polen kaum mehr gab, diese in der Polnischen Arbeiterpartei (*Polska Partia Robotnicza*, PPR) also damals keine wesentliche Rolle spielten, bildeten Polen jüdischer Abstammung die Mehrheit unter den in der Sowjetunion organisierten angehenden Führungskadern Polens⁷³ und in dem geheimen Leitungsorgan der kommunistisch gesteuerten

⁶⁹ Ebenda, S. 176, und ausführlich KRYSZYNA KERSTEN: Problem Żydów w Polskich Siłach Zbrojnych w ZSRR i na Wschodzie w kontekście stosunków polsko-żydowskich w czasie II wojny światowej [Das Problem von Juden in den Polnischen Streitkräften in der Sowjetunion und im Osten im Kontext der polnisch-jüdischen Beziehungen während des Zweiten Weltkriegs], in: Polacy – Żydzi – komunizm, S. 15-75.

⁷⁰ Vgl. SCHATZ, S. 363, Anm. 12. Der Versuch, die kommunistischen Führungskader mit Hilfe der Forschungsliteratur ethnisch zu differenzieren, ist kein Selbstzweck, sondern soll den faktischen Hintergrund dieser Studie beleuchten. Daß nicht nur die Rechte, sondern alle an dem Konflikt um die künftige politische Gestalt Polen beteiligten Seiten während des Zweiten Weltkriegs mit statistischen Berechnungen und Planspielen hervortraten, verweist auf die enorme politische Relevanz ethnischer Faktoren und erfordert als gesellschaftliches Phänomen eine Erklärung.

⁷¹ Vgl. SCHATZ, S. 363, Anm. 12.

⁷² SCHATZ, S. 185.

⁷³ SCHATZ, S. 180 f. In den kommunistischen Zirkeln, die sich in Ufa, Saratov und Kujbyšev formiert hatten, gab es unter 24 Aktivisten allein 18 jüdische, ebenda, S. 363, Anm. 12. Vgl. auch WŁODZIMIERZ ROZENBAUM: The Road to New Poland: Jewish Communists in the Soviet Union, 1939-1946, in: Jews in Eastern Poland and the USSR, S. 214-226.

Organisationen, dem Zentralbüro der Kommunisten Polens (*Centralne Biuro Komunistów Polski*), das formell im Januar 1944 eingerichtet wurde.⁷⁴ Auch in leitenden Positionen der sowjetpolnischen Armee, der über 20.000 Juden (d.h. 12-15 %) – darunter 3300 (d.h. 20%) Offiziere – angehörten, waren jüdische Kommunisten überproportional vertreten. Den jüdischen Soldaten wurde einerseits mehr Vertrauen entgegengebracht: Von ihnen erwartete man eine weniger antisowjetische und entschieden deutschfeindliche Einstellung, und daß sie sich von der Losung des ZPP, ein neues demokratisches Polen aufbauen zu wollen, eher angezogen fühlten.⁷⁵ Jüdische Freiwillige trafen aber andererseits auf die gleichen Schwierigkeiten, denen Juden begegnet waren, die sich 1941/42 der Anders-Armee hatten anschließen wollen. Die Organisatoren der neuen Truppe waren bemüht, ihr den Anstrich eines nationalen polnischen Unternehmens zu geben, und also darum besorgt, daß der Anteil jüdischer Soldaten so niedrig wie möglich gehalten werde. Dazu bediente man sich einer die ethnische Herkunft verschleiernnden Gleichschaltung: Jüdische Freiwillige wurden ermutigt, ihre Familiennamen in unverfängliche polnische abzuändern, ihre ethnische Zugehörigkeit als „polnisch“ zu deklarieren und sich entsprechend zu verhalten.⁷⁶ Die Entscheidung, sich dem Druck zur Polonisierung zu beugen, wurde seither zur Voraussetzung, Anstellung und Protektion seitens derjenigen zu erhalten, die sich anschickten, die Macht in Polen zu übernehmen.⁷⁷ Eine große Bedeutung hatte dabei wohl der Wunsch, in dem sich aus der größten Katastrophe seiner Geschichte erhebenden neuen Polen endlich ‚dazuzugehören‘.⁷⁸

Währenddessen standen die letzten beiden Jahre der NS-Okkupation unter dem Zeichen eines weiter anwachsenden Besatzerterrors. Zugleich spitzte sich der Gegensatz zwischen der

⁷⁴ Vgl. SCHATZ, S. 363, Anm. 13.

⁷⁵ SCHATZ, S. 183.

⁷⁶ SCHATZ, S. 184 f. Vgl. auch KRZYSTYNA KERSTEN: Problem Żydów w Polskich Siłach Zbrojnych w ZSRR i na Wschodzie w kontekście stosunków polsko-żydowskich w czasie II wojny światowej [Das Judenproblem in den Polnischen Streitkräften in der UdSSR und im Osten im Kontext der polnisch-jüdischen Beziehungen während des Zweiten Weltkriegs], in: DIES.: Polacy – Żydzi – komunizm, S. 15-75.

⁷⁷ SCHATZ, S. 213. Jene, die aufgrund ihres ‚semitischen Aussehens‘ den Anforderungen der prüfenden Augen von nicht selten jüdischen (kommunistischen) Aktivisten nicht gerecht werden konnten, mußten sich – trotz allen guten Willens – mit weniger auffälligen Posten begnügen. Dabei konnte es zu der scheinbar absurden Situation kommen, daß sich jüdische Kommunisten bei der Beurteilung der Einsatzfähigkeit potentieller Mitstreiter nach rassistischen Kriterien richteten, vgl. ebenda, S. 369, Anm. 4. Vgl. auch AUGUST GRABSKI: Kształtowanie się pierwotnego programu żydowskich komunistów w Polsce po Holocauście [Die Herausbildung des ersten Programms der jüdischen Kommunisten in Polen nach dem Holocaust], in: GRZEGORZ BERENDT u.a.: Studia z historii Żydów w Polsce po 1945 r. [Studien zur Geschichte der Juden in Polen nach 1945], Warszawa 2000, S. 67-102, hier S. 72.

⁷⁸ In einem auf der Titelseite plazierten Brief des Dichters Julian Tuwim an den Minister für Kultur und Kunst hieß es: „Indem wir die Zukunft des Volkes auf Millionen Märtyrergräber bauen, müssen wir ein Meisterwerk schaffen, das als ewiges Denkmal aller für Polen Gefallenen bleiben wird (*Budując przyszłość narodu na grobach milionów męczenników musimy stworzyć arcydzieło, które pozostanie jako wiecznotrwały pomnik wszystkich poległych dla Polski*).“ *Życie Warszawy*, Nr. 253, 13.9.1945. Julian Tuwim wurde von der PKWN-Presse mit besonders großer Aufmerksamkeit bedacht. Vgl. etwa *Głos Ludu*, Nr. 157, 8.6.1946, Janina Wierzbowska: Nie ma większego szczęścia jak wrócić mówi Julian Tuwim, wstępując na polską ziemię. Vgl. auch ebenda, Nr. 161, 13.6.1946; *Robotnik*, Nr. 92 (492), 2.4.1946, Grzegorz Jaszuński: Julian Tuwim w maju wyjeżdża do Polski [J.T. reist im Mai nach Polen ab]; *Robotnik*, Nr. 161 (561), 12.6.1946, Zbigniew Mitzner: Powrót poety [Rückkehr des Dichters] (Seite 1).

polnischen und der sowjetischen Regierung zu und fand Ausdruck in immer neuen Konflikten zwischen den der polnischen Regierung in London unterstehenden Widerstandsgruppen im besetzten Polen einerseits und den (pro-)kommunistischen Splittergruppen andererseits, die seit Sommer 1944 das von der Sowjetregierung lancierte Polnische Komitee der Nationalen Befreiung unterstützten.⁷⁹ Deren Absichten wurden seitens der polnischen Gesellschaft häufig mit jüdischen politischen Bestrebungen identifiziert. Zugleich wurde darauf hingewiesen, daß Juden in ihnen stark überproportional vertreten waren.

Bis zur Jahresmitte 1946 kehrten 213.000 Flüchtlinge aus der UdSSR nach Polen zurück. Fast zwei Drittel von ihnen waren Juden. Weitere 20.000 kehrten auf eigene Faust nach Hause.⁸⁰ Im Herbst 1945 wurden etwa 14.000 Juden aus der Armee entlassen. Gerüchte über den nazideutschen Judenmord im besetzten Polen kamen der polnisch-jüdischen Bevölkerung in der UdSSR im Verlaufe des Jahres 1944 zu Ohren, doch niemand konnte sich das verheerende Ausmaß der Vernichtung vorstellen; als sie sich ihrer bewußt wurden, stellte sich – trotz der Härten der vergangenen Jahre – bei vielen ein Gefühl tiefer Dankbarkeit dafür ein, daß sie von den Sowjets vor dem gleichen Schicksal bewahrt worden waren.⁸¹ Als sie mit antijüdischen Stimmungen konfrontiert und gewahr wurden, daß antisowjetische Widerstandsgruppen gezielte Mordanschläge auf jüdische Rückkehrer verübten, stellten sich bei den jüdischen Kommunisten Erinnerungen an den Antisemitismus der Vorkriegsjahre ein. Auch wenn dieser mit dem nazideutschen Judenmord in keinem unmittelbaren Zusammenhang stand, wurde er doch als dessen Voraussetzung und Grundbedingung wahrgenommen. Die jüdischen Kommunisten fühlten sich daher von den nationalpolnischen Partisanen besonders bedroht. Hatte das Regime des PKWN in ihren Augen erstmals „unsere Herrschaft (*nasza władza*)“ etabliert, so galt den Kommunisten (wie Stalin selbst) jegliche Opposition dagegen, das Handeln der Organe der polnischen Regierung in London, als „reaktionär“, und so betrachteten sie die Widerstandsbewegten als mit den Nationalsozialisten im Bunde stehende Kollaborateure.⁸² Doch nicht nur von den Kommunisten, auch von großen Teilen der jüdischen Bevölkerung wurden die neuen Machthaber als Schutz und Schild, als einziger Verbündeter gegen ein Wiederaufleben des

⁷⁹ Vgl. WACŁAW DŁUGOBORSKI: Polen – Zwischen zwei Besatzungsdiktaturen. Christoph Kleßmann zum 60. Geburtstag, in: Kriegsende in Europa. Vom Beginn des deutschen Machtzerfalls bis zur Stabilisierung der Nachkriegsordnung 1944-1948, hrsg. von ULRICH HERBERT, Essen 1998, S. 114-145.

⁸⁰ SCHATZ, S. 203.

⁸¹ SCHATZ, S. 186, 193.

⁸² Vgl. SCHATZ, S. 213; ANDRZEJ PACZKOWSKI: Aparat bezpieczeństwa wobec podziemia niepodległościowego w latach 1944-1948 [Der Apparat des Sicherheitsdienstes und der für die Unabhängigkeit Polens eintretende Widerstand 1944-1948], in: Wojna domowa czy nowa okupacja? [Bürgerkrieg oder neue Besatzung? Polen nach 1944], hrsg. von ANDRZEJ AJNENKIEL, Wrocław u.a. 1998, S. 83-103, hier S. 83. In der PPR-Erklärung „O co walczyliśmy?“ vom November 1943 heißt es bereits, die AK sei ein Werkzeug der Sanacja und nehme an einem „von der schwärzesten Reaktion vom Zaun gebrochenen schmutzigen Bürgerkrieg“ teil. POKSIŃSKI, Siły zbrojne, S. 108.

Antisemitismus angesehen.⁸³ Sie schienen zu garantieren, daß Juden in Polen erstmals in allem gleichberechtigte polnische Bürger werden würden. Die Führungsgremien der polnischen Juden revanchierten sich für die Absichtserklärungen des PKWN-Manifests, indem sie zum Stichwortgeber für dessen Kampf gegen die innenpolitische Opposition avancierten. Noch bevor die Kommunisten und ihre Weggefährten den Mythos von der Gleichwertigkeit der einheimischen antikommunistischen „Reaktion“ mit dem NS-Besatzungsregime schufen, setzten die Hauptbetroffenen des Antisemitismus ein Gleichheitszeichen zwischen dem Judenmordprogramm des Nationalsozialismus und den Bestrebungen des antisowjetischen Widerstands. Die Widerstandsbewegung betrachtete die Juden unterdessen pauschal als Helfershelfer und Verbündete einer fremden Macht, die das Wiedererstehen eines unabhängigen Polen verhindern und dem Land ihr System aufzwingen wollte. Die sichtbare Präsenz von Juden in den Führungsgremien des neuen Herrschaftsapparats schien diese althergebrachte stereotype Vorstellung nur allzu klar zu bestätigen.⁸⁴

Nach den Planungen der polnischen Regierung in London und ihren Vertretungsorganen im besetzten Land sollten diese kurz vor oder bei Einrücken der Roten Armee die lokale Verwaltung übernehmen. Freilich war darüber kein Einvernehmen zwischen polnischen und sowjetischen Stellen zu erzielen, die seit 1943 einen verbissenen Propagandakrieg gegeneinander führten. Indessen wurden, als die Rote Armee die Vorkriegsgrenzen Polens überschritt, die Angehörigen der Heimatarmee und die Repräsentanten der Regierungsdelegatur verfolgt und eingesperrt. Im Juli 1944 drangen die Sowjettruppen über die nach dem Hitler-Stalin-Pakt festgelegte sowjetische Grenze nach Westen vor. In den Gebieten, die nach sowjetischem Verständnis das Staatsterritorium Polens bilden sollten, übernahm offiziell das von Stalin protegierte Polnische Komitee der Nationalen Befreiung die Macht. Am 1. Januar 1945 erklärte es sich zur ‚Polnischen Provisorischen Regierung‘. Inzwischen war Ende November 1944 Stanisław Mikołajczyk angesichts fehlender Unterstützung von amerikanischer und britischer Seite für die Aufrechterhaltung der östlichen Vorkriegsgrenzen Polens von seinem Posten als Ministerpräsident der Exilregierung zurückgetreten. Es kam zur Spaltung im polnischen Regierungslager in London, als sich die politisch kompromißbereiteren Kräfte der Bauernpartei Stronnictwo Ludowe (SL) aus der Regierung zurückzogen und sich um Mittel und Wege bemühten, wie der Gegensatz zwischen Polen und der Sowjetunion angesichts deren

⁸³ Vgl. SCHATZ, S. 212.

⁸⁴ Vgl. SCHATZ, S. 206.

Annexionsforderungen in bezug auf das ostpolnische Territorium und deren Bestrebungen, die inneren Verhältnisse Polens mitzubestimmen, überbrückt werden könne.

Im Einklang mit den Beschlüssen der interalliierten Konferenz von Jalta sollte die von der Sowjetunion abhängige usurpatorische ‚Provisorische Regierung‘ baldmöglichst in eine Staatsführung umgebildet werden, in der auch Aktivisten aus dem polnischen politischen Untergrund und Politiker aus dem westlichen Exil vertreten sein sollten. Nach mehrmonatigen Verhandlungen unter Beteiligung amerikanischer und britischer Unterhändler wurde schließlich am 28. Juni 1945 in Warschau eine ‚Regierung der Nationalen Einheit (*Polski Rząd Zjednoczenia Narodowego*, PRZN)‘ gebildet, deren Minister mehrheitlich bereits als Vertreter der Warschauer ‚Provisorischen Regierung‘ fungiert hatten; das SL stellte mit Mikołajczyk lediglich den stellvertretenden Ministerpräsidenten und Chef des Landwirtschaftsressorts sowie fünf weitere Minister. Aus dem politischen Gesamtspektrum stützte sich der PRZN einseitig auf Kommunisten und linksdemokratische und sozialistische, z.T. von größeren Parteien abgespaltene Gruppierungen, welche eine enge Zusammenarbeit mit den Kommunisten befürworteten, und das mit diesen Kräften kooperierende SL Mikołajczyks (das sich nun PSL nannte). In der neuen Equipe des PRZN spiegelte sich somit die gereizt oder resigniert antisowjetische politische Stimmung im Lande keineswegs wider.

Zur selben Zeit war die im Vergleich mit der Vorkriegszeit und mehr noch gegenüber den Jahren der Okkupation grundsätzlich gewandelte gesellschaftliche Position von Juden und Polen jüdischer Abstammung nun einer der Hauptansatzpunkte einer militanten antikommunistischen Opposition, die nur illegal operieren konnte. Hatten Juden in Polen vor dem Krieg in einem Staat gelebt, in dem sie faktisch häufig als Bürger zweiter Klasse galten, so rückten sie mit einem Mal in hohe und höchste politische Positionen auf, darunter auch die polnische Staatssicherheitsbehörde (UB). Tatsächlich waren von 25 600 Mitarbeitern des UB wohl nur ganze 438 und unter den 500 Führungskräften 67 Juden – so eine Statistik aus dem September 1946.⁸⁵ Die Juden – d.h. nicht nur die Juden, die (nur) Juden waren („*Żydzi-Żydzi*“), sondern auch die Juden, die sich als Polen und Kommunisten empfanden („*Żydzi-Polacy*“) – seien, so Krystyna Kersten, weit davon entfernt gewesen, den Herrschafts- und Unterdrückungsapparat zu dominieren. Damals habe freilich die Mitarbeit eines Juden genügt, um einer verabscheuten

⁸⁵ „Es unterliegt keinem Zweifel“, schreibt Krystyna Kersten, „daß die Legende von der Symbiose zwischen den Juden und der kommunistischen Staatsmacht eben nur eine Legende ist.“ KERSTEN, *Żydzi – władza komunistów*, S. 84. Freilich ist nicht bekannt, wie diese Berechnung zustande kam und wie der Begriff Jude bei dieser Umfrage definiert wurde. Andrzej Paczkowski hat zuletzt festgestellt, eine umfassende Aufschlüsselung der UB-Mitarbeiter nach Nationalitäten sei in polnischen Archiven bislang nicht auffindbar, und es habe offenbar große regionale und lokale Unterschiede gegeben. Wenngleich Juden im UB-Apparat überrepräsentiert gewesen seien, sei kein eindeutiges Ergebnis möglich, da die Frage der nationalen Selbstdefinierung nicht gelöst werden könne (ANDRZEJ PACZKOWSKI: *Żydzi w UB. Próba weryfikacji stereotypu* [Juden im Sicherheitsdienst. Versuch der Überprüfung eines Stereotyps], in: *Komunizm. Ideologia, system, ludzie* [Der Kommunismus. Die Ideologie, das System und die

Institution das Etikett ‚jüdisch‘ aufzudrücken. Dabei konnten auch Nichtjuden zu ‚Juden‘ werden, indem sie aus ideologisch-wahnhafter Verblendung für solche gehalten wurden. Laut Kersten hat sich der Nachkriegs-Antisemitismus weniger gegen die Juden als gegen die Kommunisten gerichtet „who were perceived to be Jewish, because they were considered to pose the greatest threat“.⁸⁶ Allgemein zum polnisch-jüdischen Verhältnis gegen Ende des Zweiten Weltkriegs merkt Kersten an:

„A part of Polish society retained a negative attitude toward the Jews, an attitude that took various forms, from a passive dislike toward strangers to aggressive anti-Semitism and racism. And many Jews, even if they [had] survived thanks to the efforts of Poles, charged Polish society as being particularly anti-Semitic.“⁸⁷

Sie verweist in diesem Zusammenhang auf eine Äußerung Emil Sommersteins⁸⁸ vor dem Landes-Nationalrat (*Krajowa Rada Narodowa*, KRN) im Juli 1945: Hunderttausende Juden seien während des Krieges in Polen getötet worden, und er wolle nicht darüber diskutieren, ob die Anzahl, die den Naziverbrechern, oder jene, die der polnischen Reaktion zum Opfer fiel, größer sei.⁸⁹ Mit noch größerer Selbstverständlichkeit zählten Repräsentanten der kommunistischen Partei, unter ihnen Roman Zambrowski⁹⁰ und Jakub Berman⁹¹, zu den Antreibern eines Kampfes, der sich erst gegen die antikommunistischen Unabhängigkeitskämpfer, dann auch gegen die Bauernpartei und verbliebene

Menschen], Warszawa 2001, S. 192-204, hier S. 195, 198 f.).

⁸⁶ KRYSZYNA KERSTEN: *The Establishment of Communist Rule in Poland, 1943-1948*, Berkeley u.a. 1991, S. 219.

⁸⁷ Ebenda, S. 215.

⁸⁸ Emil Sommerstein (1883-1957), Rechtsanwalt, zionistischer Politiker; 1918-1939 stellvertretender Vorsitzender der Zionistischen Organisation in Ostgalizien, 1922-1939 Sejm-Abgeordneter; 1939 vom NKVD verhaftet, in einem sowjetischen Lager; Frühjahr 1944 an der Spitze des „Organisationskomitees der Polnischen Juden“ beim ZPP in Moskau; seit Juli 1944 als Repräsentant der zionistischen Ichud (Vereinigung) im PKWN, dort Ressortleiter für Kriegsentschädigungsfragen; Anfang 1945 Rückkehr nach Polen, wo er bis 1946 dem CKŻP vorstand (ALINA CAŁA u.a., *Historia i kultura Żydów polskich [Geschichte und Kultur der polnischen Juden]*, Warszawa 2000, S. 312).

⁸⁹ Vgl. auch EDMUND DMITRÓW: *Niemcy i okupacja hitlerowska w oczach Polaków. Poglądy i opinie z lat 1945-1948 [Die Deutschen und die NS-Okkupation in den Augen der Polen. Ansichten und Meinungen aus den Jahren 1945-1948]*, Warszawa 1987, S. 432, Anm. 100, der Äußerungen eines CKŻP-Vertreters aus der Jüdischen Presseagentur (*Biuletyn ŻAP*) vom 15.1.1946 zitiert, „der feststellte, daß in den Jahren 1942/43 AK und NSZ auf Anweisung der polnischen Reaktion in London Juden ermordeten (*który stwierdził, iż w latach 1942-1943 AK oraz NSZ mordowały Żydów na polecenie reakcji polskiej z Londynu*)“.

⁹⁰ Roman Zambrowski (eigtl. Rubin Nusbaum, 1909-1977), Lehrer, kommunistischer Funktionär, Politiker; 1928 KPP-Mitglied; seit 1939 in UdSSR, 1943/44 in der sowjetpolnischen Kościuszko-Division bzw. 1. Polnischen Armee, 1944 Chef der „Verwaltung für Politische Erziehung (*Zarząd Pol.-Wych. 1-ej Armii*)“; Mitglied ZK PPR, 1945 im Politbüro des ZK PPR; 1944-1947 KRN-Abgeordneter (*Polska Zbrojna*, Nr. 13, 15.1.1947, B. żołnierze frontowi-kandydaci listy Nr. 3 [Ehem. Frontsoldaten Kandidaten der Liste 3]). TADEUSZ MOŁDAWA: *Ludzie władzy 1944-1991 [Leute an der Macht 1944-1991]*, Warszawa 1991, S. 445; BARBARA FIJAŁKOWSKA: *Borejsza i Różański. Przyczynek do dziejów stalinizmu w Polsce [Borejsza und Różański. Ein Beitrag zur Geschichte des Stalinismus in Polen]*, Olsztyn 1995, S. 257.

⁹¹ Jakub Berman (1901-1984), Bruder Adolf Bermans; Jurastudium Universität Warschau, historische Dissertation am Wilnaer Jüdischen Wissenschaftlichen Institut (JiWO), 1928 Mitglied KPP, 1928-1939 bei der Polnischen Telegraphenagentur (PAT) tätig; 1939 Flucht in das sowjetische Besatzungsgebiet, 1941 Mitarbeiter des polnischsprachigen Radiosenders „Kościuszko“, seit Dezember 1943 Sekretär der Inlandsabteilung des ZPP, 1944 Mitbegründer des Zentralbüros der Polnischen Kommunisten (*Centralne Biuro Komunistów Polskich*), dort für die „innenpolitischen Angelegenheiten (*sprawy krajowe*)“ zuständig; August 1944 Mitglied des PPR-Politbüros; 1945-1950 Unterstaatssekretär im Präsidium des Ministerrates, seit 1947 auch Kominform-Aktivist; 1957 von allen Regierungsmännern entbunden und aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen, bis 1968 Leiter des Parteiverlags „Książka i Wiedza“ (TERESA TORAŃSKA: *Die da oben. Polnische Stalinisten zum Sprechen gebracht*, Köln 1987, S.

nichtkommunistische Kräfte richtete.

Über die sozialpsychologischen als auch ‚psycho-politischen‘ Begleitumstände des Verhältnisses zwischen Polen und Juden 1944/45 hat Krystyna Kersten in einer tiefeschürfenden Analyse festgestellt, es sei umgehend von kollektiven Ängsten – den emotional aufgeladenen, einflußreichen Phantomen *żydokomuna* und *reakcja* – beherrscht worden.⁹² Sie sieht die polnische und die jüdische Seite in Stereotypenverbindungen verfangen. In der polnischen Gesellschaft habe sich die Gleichsetzung der Begriffe ‚Juden – kommunistische Herrschaft – Bedrohung des Polentums‘ herausgebildet, und unter Juden die Verkettung ‚polnischer Untergrund – Reaktion – Antisemitismus – tödliche Gefahr für Juden‘ Platz gegriffen. Verallgemeinerungen, Vorurteile und eine selektive Wahrnehmung der Wirklichkeit hätten bequeme gegenseitige Schuldzuweisungen hervorgebracht.⁹³ Quellen aus verschiedenen polnischen Milieus zeigten nun, daß in der polnischen Gesellschaft die Überzeugung weit verbreitet war, daß ‚die Juden‘ den Herrschaftsapparat durchsetzt hätten: In der polnischen Gesellschaft herrschte die Vorstellung, daß Kommunisten jüdischer Abstammung – also ‚Juden‘ – den Verwaltungs- und Sicherheitsapparat monopolisierten, und der polnischen Bevölkerung galten gerade diese jüdischen (weil ‚fremden‘) Staatssicherheitsfunktionäre als besonders verhaßt. Und anders, als es die kommunistische Propaganda haben wollte, habe nicht ‚die Reaktion‘ – oder jedenfalls nicht sie allein – den Mythos von der Allgegenwart der Juden im Herrschaftsapparat geschaffen: ‚Dieser Mythos‘, so Kersten, ‚war Ausfluß der kollektiven Psyche sowie des Bewußtseinsstandes und der mentalen Gewohnheiten der polnischen Gesellschaft, die zu einer deformierten Wahrnehmung der Wirklichkeit führten.‘⁹⁴ Ein kommunistischer Spitzenpolitiker wie Hilary Minc⁹⁵ etwa sei für die Polen Jude gewesen, doch für die Juden sei er Jude gewesen – und auch nicht, denn er habe sein Judentum gleich doppelt verraten: an den Kommunismus und an das Polentum.⁹⁶ Im Herbst 1945 war die jüdische Gemeinschaft im Warschauer Parlament, dem Landes-Nationalrat, mit drei Abgeordneten vertreten: dem Zionisten Emil Sommerstein, dem Bundisten Salo Szuldenfrei und dem Linkszionisten Adolf Berman. Während nun auch die jüdischen PPR-Mitglieder einen

167 ff.).

⁹² KRYSZYNA KERSTEN, Pogrom kielecki – znaki zapytania [Das Pogrom von Kielce – es bleiben Fragezeichen], in: DIES., Polacy – Żydzi – komunizm, S. 89-142, S. 113.

⁹³ Vgl. KRYSZYNA KERSTEN: Wstęp, in: BOŻENA SZAYNOK: Pogrom Żydów w Kielcach 4 lipca 1946 [Der Judenpogrom in Kielce am 4. Juli 1946], Warszawa 1992, S. 9, sowie KERSTEN, Pogrom kielecki – znaki zapytania, S. 105.

⁹⁴ KERSTEN, Żydzi – władza komunistów, S. 80: *Mit ten był emanacją zbiorowej psychiki oraz stanu świadomości i nawyków mentalnych polskiego społeczeństwa, które prowadziły do zdeformowanego postrzegania rzeczywistości.*

⁹⁵ Hilary Minc (1905-1974), Ökonom, kommunistischer Politiker; 1921 Beitritt zur KPP, 1928/29 in der UdSSR; Studium Universität Warschau, promovierter Jurist mit Abschluß in Frankreich; in Gewerkschaften und sozialistischen Kreisen engagiert, Reserveoffizier; nach 1939 in UdSSR, 1943 Mitbegründer des ZPP und der Kościuszko-Division; 1944 Mitglied des CBKP; 1944-1956 im Politbüro der PPR bzw. PZPR; 1944-1947 Industrieminister (TORAŃSKA, Die da oben, S. 148 f.).

Abgeordneten für sich reklamierten, saßen im KRN zur gleichen Zeit Minc, Feliks Mantel, Roman Zambrowski, Jakub Berman, Bolesław Drobner, Julian Hochfeld u.a. als polnische Kommunisten und Sozialisten, als Partei- und Staatsfunktionäre.⁹⁷ Und unter den Politikern, die bei den Sejmwahlen im Januar 1947 auf den fünf vordersten PPR-Listenplätzen kandidierten, befanden sich Minc, Zambrowski und Jakub Berman.⁹⁸

1944/45 hatte das kommunistische Lager große Mühe, Parteigänger zu werben, und bediente sich anfangs dieser ‚jüdischen‘ Kommunisten. Da das neue Herrschaftssystem aber ohne eine breitere gesellschaftliche Beteiligung nicht etabliert werden konnte, warb die kommunistische PPR eifrig um Unterstützung ihrer Politik und den Zulauf neuer Mitglieder. Opportunisten und Karrieristen begannen somit die Ränge des ‚Regierungslagers‘ zu füllen und brachten dabei die in der Gesellschaft herrschenden Vorurteile mit. Außer der Armee war besonders die sog. Bürgermiliz (d.h. die Polizei) betroffen, die sich wegen Personalmangels bemühte, vormalige Gegner der Kommunisten zu integrieren. Bei der Bekämpfung der antikommunistischen Partisanen erwiesen sie sich manchmal als unzuverlässig. Antisemitische Stimmungen machten sich selbst unter PPR-Mitgliedern bemerkbar.⁹⁹ Und während sich die Konkurrenz um leitende Positionen in Politik und Verwaltung verschärfte, entstand der Eindruck, die PPR-Führung favorisiere Juden.

In den Landesteilen, die 1944/45 von der deutschen Besatzung befreit wurden, organisierten sich die Juden im Oktober/November 1944 in einem „Provisorischen Zentralkomitee der Polnischen Juden (*Tymczasowy Centralny Komitet Żydów Polskich*, TCKŻP)“, das sich Anfang 1945 in ein vom PKWN unterstütztes „Zentralkomitee der Juden in Polen (*Centralny Komitet Żydów w Polsce*, CKŻP)“ umwandelte.¹⁰⁰ Vorsitzender wurde der Zionist Emil Sommerstein,

⁹⁶ KERSTEN, *Żydzi – władza komunistów*, S. 82.

⁹⁷ Ebenda, S. 83. „Indem wir über ihre jetzigen, und besonders ihre früheren Verbindungen mit der Judenheit nachforschen“, so Kersten, „betreten wir einen sehr unsicheren Boden. Gleichgültig, wer und mit welchem Ziel er dies tut, für mich leuchtet eine rote Lampe auf: Achtung! Es droht Vergiftung durch die Ausdünstungen des Rassismus (*Doszukując się ich teraźniejszych, a zwłaszcza przeszłych związków z żydowskością, wkraczamy na bardzo niebezpieczny grunt. Obojętne, kto i w jakim celu to czyni, dla mnie zapala się czerwone światło: uwaga! groźba zatrucia oparami rasizmu!*).

⁹⁸ *Głos Ludu*, Nr. 344, 15.12.1946, Czołowi politycy, uczeni, artyści kandydują do Sejmu z ramienia PPR [Führende Politiker, Gelehrte und Künstler kandidieren für den Sejm aus den Reihen der PPR].

⁹⁹ Nach der Öffnung der Archive der kommunistischen Partei konnte dies belegt werden, vgl. die von ANDRZEJ PACZKOWSKI publizierten Dokumente aus dem Warschauer Archiv Neuer Akten (AAN), Abteilung VI in: *Raporty o pogromie* [Berichte über den Pogrom], in: *Puls*, Nr. 50 (1991), S. 101-121.

¹⁰⁰ Vgl. *Życie Warszawy*, Nr. 13 (84), 13.1.1945, (TE): *Opieka społeczna dla Żydów* [Die soziale Fürsorge für Juden]. Zur Entstehungsphase vgl. DAVID ENGEL: *The Reconstruction of Jewish Communal Institutions in Postwar Poland: The Origin of the Central Committee of Polish Jews, 1944-1945*, in: *East European Politics and Societies* 10 (1996), H. 1, S. 85-107; MICHAŁ GRYNBERG: *Żydowska spółdzielczość pracy w Polsce w latach 1945-1949* [Das jüdische Arbeitsgenossenschaftswesen in Polen zwischen 1945 und 1949], Warszawa 1986, S. 13 f. Zur Lage der

stellvertretender Vorsitzender der Bundist Salo Szuldenfrei¹⁰¹; nach Sommersteins Abreise in die Vereinigten Staaten im April 1946 übernahm der KRN-Abgeordnete Adolf Berman, Vorsitzender der linkszionistischen Partei Poale Zion-Linke und Bruder des PPR-Politikers Jakub Berman, das Amt. 74.000 Juden ließen sich bis Juni 1945 bei den Stellen ihrer Dachorganisation registrieren. In der zweiten Jahreshälfte kehrten ca. 20.000 aus dem Osten nach Polen zurück; aus Konzentrationslagern im Westen kamen 5500 Rückwanderer. Ständig ließen sich außerdem weitere Juden registrieren, denen das Überleben in Polen gelungen war. Da in demselben Zeitraum Tausende das Land verließen, die zumeist die Lager für Verschleppte (*Displaced Persons*) im Besatzungsgebiet der westlichen Alliierten aufsuchten, nahm die jüdische Bevölkerung trotz der steten Zuwanderung nicht wesentlich zu.¹⁰² Dies änderte sich erst mit der massenhaften Rücksiedlung polnischer Juden aus dem Innern der Sowjetunion, bei der zwischen Februar und Juli 1946 rund 137.000 Juden nach Polen kamen.¹⁰³ Im Februar 1946 wurde beim CKŻP eine „Emigrationsabteilung (*Wydział Emigracyjny*)“ eingerichtet, die Juden bei der legalen Ausreise behilflich sein sollte¹⁰⁴; viele gingen jedoch weiterhin illegal aus dem Land.¹⁰⁵

Die jüdischen Rückkehrer konnten sich in der Realität des Jahres 1945 schwer zurechtfinden. Das Land, das sie vorfanden, war nicht das gleiche, das sie zu Beginn des Krieges verlassen hatten. Jüdische Lebenswelten in Polen waren in all ihren Erscheinungsformen weitgehend ausgelöscht worden. Sie waren meist allein. Ihre Wohnungen und Häuser waren, sofern sie den Krieg überstanden hatten, von Nichtjuden bewohnt. Das zurückgelassene Eigentum war, sofern es nicht vernichtet worden war, in fremde Hände übergegangen. Viele der Rückkehrer zogen damals auf der Suche nach Angehörigen durch Polen. Um diese größtenteils mittellosen, notleidenden Juden zu unterstützen, sie besser beherbergen und verpflegen zu können, baute das Jüdische Zentralkomitee 1946 mit Hilfe der amerikanischen Hilfsorganisation JOINT regionale jüdische Gemeindezentren auf.¹⁰⁶ Von seiten des Jüdischen Zentralkomitees kümmerte sich eine

Juden in den 1944 befreiten polnischen Gebieten vgl. auch MICHAŁ SZULKIN: Sprawozdania z działalności referatu dla spraw pomocy ludności żydowskiej przy Prezydium Polskiego Komitetu Wyzwolenia Narodowego [Tätigkeitsberichte des Referats für die Hilfe für die jüdische Bevölkerung beim Präsidium des PKWN], in: BŻIH, 1971, Nr. 79, S. 75-91.

¹⁰¹ Vgl. BOŻENA SZAYNOK: Bund i komuniści żydowscy w Polsce po 1945 roku [Der BUND und die jüdischen Kommunisten in Polen nach 1945], in: Midrasz, Nr. 7/8 (15/16), 1998, S. 57-64, bes. S. 58.

¹⁰² Nämlich nur um 12.000, vgl. JÓZEF ADELSON: W Polsce zwanej ludową [In der sogenannten Volksrepublik Polen], in: Najnowsze dzieje Żydów w Polsce w zarysie (do 1950 roku) [Neueste Geschichte der Juden in Polen im Grundriß (bis 1950)], hrsg. von JERZY TOMASZEWSKI, Warszawa 1993, S. 385-477, hier S. 390. Vgl. auch Robotnik, Nr. 226 (626), 17.8.1946, Żydzi z Europy Wschodniej napływają do strefy USA [Juden aus Osteuropa strömen in die Besatzungszone der USA].

¹⁰³ Vgl. ADELSON, S. 397.

¹⁰⁴ Rzeczpospolita, Nr. 36, 6.2.1946.

¹⁰⁵ Vgl. MACIEJ PISARSKI: Emigracja Żydów z Polski w latach 1945-1951 [Die Auswanderung der Juden aus Polen zwischen 1945 und 1951], in: Studia z dziejów i kultury Żydów w Polsce po 1945 roku [Studien zur Geschichte und Kultur der Juden in Polen nach 1945], hrsg. von JERZY TOMASZEWSKI, Warszawa 1997, S. 13-81.

¹⁰⁶ Über sie gab das CKŻP Hilfsleistungen aus dem Ausland – seit Juni 1946 insbesondere die des JOINT (Joint

„Produktivierungsabteilung“ um die Eingliederung in den Arbeitsprozeß.¹⁰⁷

Anders als im Westen Europas war der Krieg mit dem 8. Mai 1945 in Polen nicht wirklich zuende. Die Besetzung Polens durch die Rote Armee führte 1944 in Verbindung mit der Machtergreifung durch den kommunistischen PKWN zu einem Wiederaufleben der *żydokomuna*-Vorstellungen unter der polnischen Bevölkerung. In einem rassistisch antisemitischen Milieu sollen zwischen 1944 und 1947 – nach dem Abzug der deutschen Besatzer – laut (wohl überhöhten) Schätzungen zwischen 1500 und 2000 jüdische Rückkehrer und Überlebende des NS-Judenmords in Polen getötet worden sein.¹⁰⁸ Die meisten von ihnen fielen Überfällen und individuellen Mordtaten zum Opfer.¹⁰⁹ Am schwierigsten war die Lage der Juden in den Kleinstädten und Dörfern Zentralpolens, wo es keine Zweigstellen des Jüdischen Zentralkomitees und sehr aktive antikomunistische Widerstandsgruppen bzw. aus dem Rechtsvakuum der Umbruchssituation gespeiste Bandenkriminalität gab; manchmal wurden Juden aus ihrem Wohnort vertrieben.¹¹⁰ Den Rückkehrern war schwer verständlich, warum es selbst in Orten, die vor dem Krieg bis zu 90% jüdisch waren, für sie nun keinen Platz mehr geben sollte¹¹¹, warum Juden in Polen 1945 immer noch in Unsicherheit lebten, obwohl die Deutschen abgezogen waren, warum antisemitische Plakate nicht entfernt worden waren, und sie verstanden auch nicht die Gleichgültigkeit ihrer polnischen Umgebung und die Tatenlosigkeit der PPR angesichts der Gewaltakte. Den jüdischen Aktivisten in der PPR war diese verzwickte Lage durchaus bewusst.¹¹²

Die polnischen Juden strebten nicht nach einer bloßen Wiederherstellung der politischen und

Jewish Distribution Committee) – an die Holocaust-Überlebenden und die aus der Sowjetunion Zurückkehrenden weiter, vgl. ADELSON, S. 396, und ELŻBIETA HORNOWA: Powrót Żydów polskich z ZSRR oraz działalność opiekuńcza Centralnego Komitetu Żydów w Polsce [Die Rückkehr polnischer Juden aus der UdSSR und die Fürsorgetätigkeit des Zentralkomitees der Juden in Polen], in: BŻIH, 1985, H. 1/2 (133/134), S. 105-122.

¹⁰⁷ GRABSKI, Kształowanie, S. 90, 95 f.; SZAYNOK, Bund, S. 59. Vgl. auch KLAUS-PETER FRIEDRICH: Die Legitimierung ‚Volkspolens‘ durch den polnischen Opferstatus. Zur kommunistischen Machtübernahme in Polen am Ende des Zweiten Weltkriegs, in: ZfO 52 (2003), S. 1-51, bes. S. 26 f.

¹⁰⁸ Vgl. KLAUS-PETER FRIEDRICH: Antijüdische Gewalt nach dem Holocaust. Zu einigen Aspekten des Judenpogroms von Kielce, in: Jb. für Antisemitismusforschung 6 (1997), S. 115-147, hier S. 135, Anm. 6. Eine neuere Darstellung korrigiert für den Zeitraum zwischen Sommer 1944 und Januar 1947 die Schätzungen auf 400 bis 600 getötete Juden bzw. – einschließlich des Personals des Unterdrückungsapparats – „500 bis 900 getötete Juden und Personen jüdischer Abstammung“ hinunter und stellt sie den angeblich 20.000 bis 50.000 ganz überwiegend polnischen Opfern der damaligen Kampfhandlungen und kommunistischen Unterdrückung gegenüber, CHODAKIEWICZ, Żydzi i Polacy, S. 443.

¹⁰⁹ Vgl. ADELSON, S. 397. Im ersten Quartal 1945 wurden 150 Juden ermordet, bis August noch einmal 81, vgl. KERSTEN, Wstęp, S. 9.

¹¹⁰ So geschehen in Jodłów im Juli 1945, vgl. ADELSON, S. 402.

¹¹¹ Vgl. hierzu: Dzieje Żydów w Polsce 1944-1968. Teksty źródłowe [Geschichte der Juden in Polen 1944-1968. Quellentexte], hrsg. von ALINA CAŁA und HELENA DATNER-ŚPIEWAK, Warszawa 1997, S. 15-74. Ein zeitgenössischer Bericht über die Lage im Lande, der für die polnische Exilregierung in London erstellt wurde, bemerkt zur Situation der Rückkehrer: „Auf dem Land und in den polnischen Kleinstädten ist für den Juden kein Platz mehr.“ Sie befänden sich selbst in Orten, die vor dem Krieg zu 90% jüdisch waren, „auf fremdem, feindlichem Boden.“ Zit. nach: KERSTEN, Pogrom kielecki – znaki zapytania, S. 108.

¹¹² Vgl. GRABSKI, Kształowanie, S. 88, über die Moskauer Beratungen jüdischer PPR-Aktivisten mit jenen des ZPP-Organisationskomitees der Polnischen Juden in der UdSSR im August 1945. Vgl. auch HANNA SHLOMI: The Communist Caucus in the Central Committee of Jews in Poland, in: Gal-ed, Nr. 13 (1993), S. 81-100; DIES.: The „Jewish Organising Committee“ in Moscow and „The Jewish Central Committee“ in Warsaw, June 1945-February

sozialen Verhältnisse der Vorkriegszeit. Die von zunehmendem Antisemitismus, von Diskriminierung und Ausgrenzung geprägten letzten Vorkriegsjahre waren besonders den assimilierten polnischen Juden in unguter Erinnerung. Einige hatten während der deutschen Besatzung die Gleichgültigkeit der polnischen Gesellschaft angesichts des jüdischen Schicksals erlebt, und sie waren sich klargeworden, wie tief der Antisemitismus in ihr verwurzelt war. Viele gelangten zu der Überzeugung, daß sie nach dem Judenmord in Polen, in Europa, unter Nichtjuden nicht mehr leben wollten. Es herrschte somit keine allgemeine Bereitschaft, einen Neuanfang in Polen zu wagen. Seit den ersten sog. Zugaktionen der rechten Widerstandsorganisation Nationale Streitkräfte (*Narodowe Siły Zbrojne*, NSZ)¹¹³, bei denen Personenzüge aus dem Osten gezielt überfallen wurden, um Juden zu erniedrigen, zu mißhandeln und zu töten, fühlten sich erneut jüdische Menschen in Polen akut gefährdet. Laut Schätzungen verließen bis Januar 1946 25.000-30.000 von ihnen das Land.¹¹⁴ Auch danach ließ das Gefühl der Bedrohung kaum nach, so daß im ersten Halbjahr 1946 noch einmal rund 40.000 Juden Polen den Rücken kehrten.¹¹⁵

Der sowjetischen Besatzungsmacht, die den Polen die Befreiung von der NS-Besatzung gebracht hatte, verdankten die Juden ihre Errettung aus einer ständigen Todesdrohung. Daher standen ihr die assimilierten und nichtassimilierten Juden grundsätzlich positiv gegenüber¹¹⁶, wenn auch die Mehrheit den Kommunismus ablehnte. Im übrigen wurde das kommunistische PKWN-Regime in Polen nicht nur von einheimischen Juden, sondern auch von vielen ausländischen Juden unterstützt.¹¹⁷ Polens Juden, die nach dem Holocaust einer von ihnen nicht zu verantwortenden Lage gegenüberstanden, waren dazu verurteilt, sich für die neue Staatsmacht auszusprechen – oder sich zumindest neutral zu verhalten. Wie am Beispiel der PPR-Organen gezeigt wurde, schufen die kommunistischen Propagandisten in bezug auf die Juden ein Schwarz-Weiß-Bild und konnten dazu u.a. die offizielle Erklärung des Jüdischen Zentralkomitees vom 16. April 1945 nutzen, die sich mit dem Warschauer Regime politisch solidarisierte.¹¹⁸ Während sie sich gegen eine überwiegend feindselige Gesellschaft durchsetzen mußten, schätzten die Kommunisten anfangs das Bündnis mit diesen Weggefährten. Doch als sich Anfang 1945 Nachrichten über Morde an Juden häuften¹¹⁹, ergriffen die Machthaber keine

1946: Tackling Repatriation, in: Jews in Eastern Poland and the USSR, S. 240-254.

¹¹³ Dieser hatten sich viele Kämpfer der Heimatarmee angeschlossen, die mit dem Abzug der Deutschen im Januar 1945 offiziell aufgelöst worden war.

¹¹⁴ Vgl. BERNARD D. WEINRYB: Poland, in: The Jews in the Soviet Satellites, hrsg. von PETER MEYER, Syracuse 1953, S. 207-326, hier S. 255; ADELSON, S. 390.

¹¹⁵ Vgl. ebenda, S. 398.

¹¹⁶ Vgl. ebenda, S. 392. Die meisten Juden waren wohl damals überzeugt, ohne die kommunistische Regierung eine brutale Verfolgung gewärtigen zu müssen.

¹¹⁷ KERSTEN, Żydzi – władza komunistów, S. 85.

¹¹⁸ KRZYSTYNA KERSTEN: Polityczny i propagandowy obraz zbrojnego podziemia w latach 1945-1947 w świetle prasy komunistycznej [Das politische und Propaganda-Bild des bewaffneten Untergrunds in den Jahren 1945-1947 im Lichte der kommunistischen Presse], in: Wojna domowa, S. 141-150, hier S. 147.

¹¹⁹ Vgl. die Äußerungen Cukiermans vom 25.3.1945 sowie die Angaben des CKŻP bei KERSTEN, Pogrom kielecki –

entschiedenen Maßnahmen. Die Kommunisten wußten den verbreiteten Antisemitismus auch auszunutzen – diente er doch dazu, die legalen und illegalen Oppositionskräfte in Bausch und Bogen als ewiggestrige antisemitische Reaktionäre zu diskreditieren.¹²⁰ Somit führte der Weg zum Gewaltausbruch in Kielce über eine Reihe von Übergriffen und Verbrechen, die allzu oft ungesühnt und deren Täter meist ungestraft blieben, denn die neuen Herrschaftsorgane griffen gegen die jüdenfeindliche Gewalt zunächst nicht energisch durch. Zwar sicherte das PKWN den Juden die volle bürgerliche Gleichberechtigung zu. Es war aber kaum imstande, ihre Sicherheit zu gewährleisten; erst im Frühjahr 1946 wurden in Lodz die ersten Todesurteile gegen Täter gefällt, die nach der Besetzung Juden ermordet hatten.¹²¹ Das Dilemma der kommunistischen Warschauer Regierung macht eine entnervte Äußerung des Ministers für Öffentliche Sicherheit deutlich. Als er nach dem Kielcer Pogrom von CKŻP-Vertretern aufgefordert wurde, energische Maßnahmen gegen die Täter antisemitischer Gewalttaten zu ergreifen, entgegnete er: „Wollt ihr vielleicht, daß ich 18 Millionen Polen nach Sibirien verbanne?“¹²² Hier drängt sich der Eindruck auf, daß die Reaktion der jüdischen Repräsentanten auf die antijüdische Gewalt ihrerseits kontraproduktiv war – indem sie drakonische Repressalien einforderten, vertieften sie den bestehenden Gegensatz.¹²³ Wie ein israelischer Historiker formuliert, wurden sie „von Teilen der [polnischen] Bevölkerung als ‚Schutzjuden der Regierung‘ betrachtet“.¹²⁴

Durch eskalierende antijüdische Übergriffe beunruhigt, sind Repräsentanten der jüdischen Bevölkerungsgruppe und Religionsgemeinschaft 1945/46 nicht nur bei dem Warschauer Regime, sondern auch bei katholischen Kirchenführern mehrmals vorstellig geworden, um sie zum Einschreiten gegen ein Ausufern jüdenfeindlicher Stimmung zu bewegen. Doch die katholischen Geistlichen hingen meist der Vorstellung an, die Juden hätten sich die Schuld für die gegen sie gerichteten Gewalttaten selbst zuzuschreiben. Zudem gehörte die Ritualmordlegende zu den

znaki zapytania, S. 106, 110.

¹²⁰ Vgl. KERSTEN, Pogrom kielecki – znaki zapytania, S. 136.

¹²¹ Vgl. MARC HILLEL: Le massacre des survivants. En Pologne après l'holocauste (1945-1947), Paris 1985, S. 167.

¹²² Zit. nach: KERSTEN, Wstęp, in: SZAYNOK, Pogrom Żydów, S. 10; vgl. KERSTEN, Pogrom kielecki – znaki zapytania, S. 107. Die neuen Machthaber machten aus dieser Not übrigens eine Tugend, indem sie den Großteil der Rückkehrer dort ansiedelten, wo bei der Bereitstellung von Wohnraum eine ablehnende Reaktion der Bevölkerung nicht in Betracht gezogen werden mußte: in den vormals deutschen Gebieten östlich von Oder und Neiße. Hier waren sie von antikommunistischen Gruppen weniger bedroht. Sie konnten darüber hinaus geschlossen angesiedelt werden, was ihre Sicherheit erhöhte. So ließen sich in Niederschlesien fast 87.000 und in Stettin 28.000 jüdische ‚Repatrianten‘ nieder. Für die polnischen Kommunisten hatte diese Lösung den Vorteil, daß der Anspruch Polens auf Übernahme dieser Gebiete bekräftigt wurde und Juden bzw. Menschen jüdischer Herkunft gewonnen werden konnten, beim Aufbau des dortigen Partei-, Verwaltungs- und Staatssicherheitsapparats mitzuwirken, vgl. ADELSON, S. 392-395. Zur Lage der jüdischen Bevölkerung in der Region vgl. auch: HOFMANN, Nachkriegszeit in Schlesien, S. 339-354.

¹²³ Vgl. das Fazit bei FRIEDRICH, Legitimierung, S. 50: „Indem sie [die CKŻP-Führung] – psychologisch verständlich – die Bekämpfung der antikommunistischen Opposition vorantrieb, mußte sie sich unvermeidlich in Gegensatz zur überwiegenden Mehrheit der polnischen Gesellschaft setzen, was das polnisch-jüdische Verhältnis in der frühen Volksrepublik um so mehr belastete.“

¹²⁴ ISRAEL GUTMAN: Juden in Polen nach dem Holocaust 1944-1968, in: Der Umgang mit dem Holocaust. Europa – USA – Israel, hrsg. von ROLF STEININGER, Wien u.a. 1994, S. 265-276, hier S. 266.

traditionellen Mythen der polnisch-katholischen Gesellschaft. Bei einem großen Teil der polnischen und insbesondere der weniger gebildeten Bevölkerung war die Überzeugung verbreitet, Juden würden Christenkinder töten, um ihr Blut für rituelle Zwecke zu verwenden.¹²⁵ Gerüchte dieser Art kursierten in Kielce hartnäckig schon mehrere Tage vor dem Pogrom.¹²⁶ Die Ritualmordanschuldigungen wurden genährt durch einen Jahrhunderte zurückreichenden religiösen Antijudaismus.

Viele Polen erlebten – anders als die Juden – den Vormarsch der Sowjettruppen nach Westen weniger als Befreiung, denn als einen bloßen Wechsel der Besatzungsmacht. Die Tatsache, daß eine größere Zahl von Personen jüdischer Abstammung nun erstmals am Herrschaftsapparat beteiligt wurde, verstärkte den Eindruck einer Interessenidentität zwischen Kommunisten und Juden. Schon vor dem Krieg hatte sich dieses Stereotyp durch die rechte Propagandaformel von der *żydokomuna* verbreitet, und die Wahrnehmung des Verhaltens von Teilen der jüdischen Bevölkerung im seit September 1939 sowjetisch besetzten Landesteil schien dies in den Augen der Polen zu bestätigen. Zwar hatte die Mehrheit der ostpolnischen Juden im Vergleich mit der ganz überwiegenden Mehrheit der Polen – und jedenfalls in deren Wahrnehmung – unter der Sowjetherrschaft eine soziale Aufwertung erfahren, so standen sie einer aktiven Unterstützung des neuen Regimes dennoch fern.¹²⁷ Dessenungeachtet setzte sich das Stereotyp durch, womit die ‚fremde‘ Minderheit dem Kollaborationsverdacht und -vorwurf schutzlos ausgesetzt war.¹²⁸ Eine schlimmere Anschuldigung konnte aber in einer Gesellschaft nicht erhoben werden, die sich unablässig zugute hielt, jegliche Zusammenarbeit mit den Teilungsmächten zurückgewiesen zu haben.¹²⁹ Nationalistische Widerstandsgruppen bedrohten daher noch nach der Vertreibung der deutschen Besatzungstruppen Juden und jene Polen, die während der deutschen Besatzung Juden gerettet hatten oder ihnen weiterhin halfen, mit Mordanschlägen.¹³⁰

¹²⁵ Ritualmordanschuldigungen spielten auch bei den Pogromen in Rzeszów und Krakau eine wichtige Rolle, vgl. KERSTEN, Pogrom kielecki – znaki zapytania, S. 110 ff.

¹²⁶ Vgl. den internen Bericht der PPR über den Pogrom in Kielce vom 6. Juli 1946, in: Raporty, S. 105, bzw. in: Zabić Żyda! Kulisy i tajemnice pogromu kieleckiego 1946 [Tötet die Juden! Die Hintergründe und Geheimnisse des Judenpogroms von Kielce 1946], hrsg. von TADEUSZ WIĄCEK, Kraków 1992, S. 20.

¹²⁷ NORMAN DAVIES und ANTHONY POLONSKY: Introduction, in: Jews in Eastern Poland and the USSR, 1939-1946, hrsg. von DENS., New York 1991, S. 1-59.

¹²⁸ Vgl. DEAN, Collaboration; WIERZBICKI, Polacy; JAN GROSS: The Sovietisation of Western Ukraine and Western Byelorussia, in: Jews in Eastern Poland and the USSR, 1939-1946, S. 60-76.

¹²⁹ Daß dies nicht ganz den Tatsachen entsprach, zeigten viele Mordanschläge auf jene Polen bzw. sog. Volksdeutschen, die der Kollaboration mit deutschen Besatzungsorganen oder einer deutschfreundlichen Haltung verdächtigt wurden. In die Deutsche Volksliste hatten sich während der Besatzung jene Polen eintragen können, die ihre Zugehörigkeit zum Deutschtum (durch Abstammung, Muttersprache, kulturelle Merkmale u.ä.) glaubhaft machen konnten. Da sie damit gegenüber den übrigen Polen privilegiert wurden, nutzten diese Möglichkeit viele, die bis 1939 keineswegs zur deutschen Minderheit gehört hatten. Von ihren Landsleuten wurden sie als ‚Verräter‘ betrachtet. Außerdem scheiterte eine politische Kollaboration – anders etwa als im deutsch-französischen Verhältnis – schon an den weltanschaulichen Vorgaben Hitlers. Die Kollaboration von ‚echten‘ Einheimischen unterlag übrigens – wie in anderen europäischen Ländern auch – nach dem Krieg einem gesellschaftlichen und historiographischen Tabu.

¹³⁰ Vgl. ADELSON, S. 401.

Das PKWN- Dekret über „die Bestrafung von faschistisch-nationalsozialistischen Verbrechern sowie Verrätern am Polnischen Volk“ vom 31. August 1944 bot die Grundlage für die Verfolgung von wirklichen oder angeblichen Verrätern und Kollaborateuren.¹³¹ Es diente als Handhabe bei der Verfolgung von „Aufwieglern“, „geistigen“ Urhebern von Morden, Grausamkeiten und Sadismus, deren Opfer Polen und das ganze Polnische Volk“ gewesen sei.¹³² Dank der kommunistischen Verfügungsgewalt über die Schlüsselministerien – darunter das Ministerium für Öffentliche Sicherheit, die Armee und Polizei – und der Definitionsmacht darüber, wer als Kriegsverbrecher und Kollaborateur mit den Deutschen zu gelten habe, wurde es bei der Verfolgung antikommunistischer Gegner des neuen Regimes angewandt.¹³³ Die von den Kommunisten dominierte Regierung und ihre Sicherheitsorgane konnten den Widerstand der ihnen überwiegend feindlich gesinnten Gesellschaft zunächst jedoch nicht zerschlagen. Politischen Attentaten, Vergeltungsanschlägen und persönlichen Racheakten fielen damals aber keineswegs nur Juden zum Opfer. Sie trafen – in weit größerer Zahl – Nichtjuden, die als Vertreter des neuen Regimes angesehen wurden: polnische Sicherheitsbeamte, Milizionäre und kommunistische Funktionäre sowie sowjetische Soldaten, Amtsträger und Helfer des neuen Besatzungsapparats. Manche Landstriche befanden sich 1945/46 am Rande des Bürgerkriegs: In den Wäldern, unter dem Schutz der Nacht, leisteten Unabhängigkeitskämpfer dem sowjetischen Regime Widerstand. Ihre Zahl soll neueren Schätzungen zufolge 1945 zwischen 8000 und 12.000 betragen haben und erst in der zweiten Jahreshälfte 1946 auf 3000 bzw. 5000 gesunken sein¹³⁴; ihnen standen Truppen gegenüber, deren Zahl sich auf insgesamt 120.000 Mann addiert.¹³⁵ Im Sommer 1946 befand sich die Auseinandersetzung zwischen dem kommunistisch geführten Machtapparat und den verbliebenen antisowjetischen Widerstandsgruppen auf einem letzten Höhepunkt. Einer zunehmenden Demoralisierung ausgesetzt, erblickten manche dieser

¹³¹ Vgl. BOGDAN MUSIAL: NS-Kriegsverbrecher vor polnischen Gerichten, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 47 (1999), S. 25-56, bes. S. 36 f.

¹³² *Życie Warszawy*, Nr. 193 (262), 16.7.1945, T.D.: Przesłany wojenni muszą być sądzeni na miejscu zbrodni [Kriegsverbrecher müssen am Ort ihres Verbrechens gerichtet werden]. Vgl. auch die Bekanntgabe eines Dekrets in: *Życie Warszawy*, Nr. 48, 5.12.1944, Kara śmierci za udzielanie pomocy zdrajcom [Todesstrafe für diejenigen, die Verrätern Hilfe gewähren] (Seite 1); ebenda, Nr. 56, 13.12.1944, Gdzie są wykazy zdrajców? [Wo sind die Verzeichnisse von Verrätern?]; ebenda, Nr. 85 (154), 26.3.1945, Nieubłagana walka ze zdrajcami Narodu Polskiego. Odczyt wiceministra Sprawiedliwości ob. dr. Chajna [Unablässiger Kampf mit den Verrätern am Polnischen Volk. Ansprache des stellvertretenden Justizministers, des Bürgers Dr. Chajna], wo eine weite Bandbreite des sozialen Spektrums in den Ruch des Verrätertums geriet, von den politischen Entscheidungsträgern der Vorkriegsjahre über – damals geschätzte – 4-5 Millionen Volkslisten-Deutsche in Westpolen bis zu „Hitlers Agenten“ und jenen, welche die NS-Ideologie propagierten.

¹³³ *Życie Warszawy*, Nr. 193 (262), 16.7.1945, T.D.: Przesłany wojenni muszą być sądzeni na miejscu zbrodni [Kriegsverbrecher müssen am Ort ihres Verbrechens gerichtet werden].

¹³⁴ Vgl. JERZY ŚLASKI: Siły zbrojnego oporu antykomunistycznego w latach 1944-1947 [Die Kräfte des bewaffneten antikommunistischen Widerstands in den Jahren 1944-1947], in: *Wojna domowa czy nowa okupacja?*, S. 41-48, hier S. 44, für die letzte Angabe S. 47; J. Poksiński spricht von 9000 polnischen Unabhängigkeitskämpfern, vgl. JERZY POKSIŃSKI: Siły zbrojne wobec ugrupowań niepodległościowych w Polsce w latach 1944-1956 [Die Streitkräfte und die für die Unabhängigkeit Polens eintretenden Widerstandsgruppen 1944-1956], in: *Wojna domowa czy nowa okupacja?*, S. 105-120, hier S. 115.

Partisanengruppen in ‚den Juden‘ – und anderen mutmaßlichen alten und neuen Kollaborateuren – einen ‚Ersatzfeind‘¹³⁶, der – anders als die Verbände der Roten Armee – mit geringem Risiko angegriffen werden konnte.¹³⁷ Dabei wurde primär „nicht so sehr der Jude als Feind empfunden, als der Feind zum Juden gemacht (*nie tyle Żyd był wrogiem, co wróg był Żydem*)“¹³⁸, d.h. ihm das traditionelle Feindbild vom Juden übergestülpt, indem Juden pauschal als Vertreter des neuen Regimes angesehen wurden.

Ihren gewalttätigsten Ausdruck fanden die antijüdischen Gewaltakte in Ausschreitungen und Pogromen, von denen es 1945/46 mindestens ein Dutzend gab. Nachdem sich bereits im Juni 1945 im südpolnischen Rzeszów¹³⁹ blutige Zwischenfälle ereignet hatten, kam es auf dem Höhepunkt einer ersten antijüdischen Welle Mitte August 1945 in Krakau zu den ersten größeren antijüdischen Unruhen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs.¹⁴⁰ Gerüchte über einen Ritualmord waren der unmittelbare Anlaß für den Gewaltausbruch gegen Juden, die aus deutscher Lagerhaft und aus einem Leben im Verborgenen in die Stadt zurückgekehrt waren. Die Ausschreitungen begannen am Samstagmorgen mit dem Angriff einer Menschenmenge auf die in der Synagoge an der Miodowa-Straße versammelten Gläubigen. Das Gebäude wurde in Brand gesteckt, jüdische Einrichtungen verwüstet, Wohnungen jüdischer Bürger aufgebrochen und geplündert, wobei sich Angehörige der sog. Bürgermiliz (d.h. Polizisten) und der Armee beteiligten. Es gab Tote und viele Verletzte; erst durch die Postierung von bewaffneten Truppen gelang es, dem Gewaltausbruch ein Ende zu setzen. Die Juden von Parczew, einem Städtchen nördlich von Lublin, wurden am 5. Februar 1946 Opfer eines geplanten Überfalls. Der Ort wurde von 100 bis 120 uniformierten, bewaffneten Angreifern umstellt. Sie hielten die Einwohner fünf Stunden lang in Schach, plünderten die Juden aus und töteten drei von ihnen. Was sie von der Beute nicht mitnehmen konnten, wurde vernichtet.

Zwei Tage nach den Vorfällen in Krakau gab der Chef des Ministeriums für Öffentliche Sicherheit, Stanisław Radkiewicz, den „Befehl zur Ausrottung antisemitischer Ausschreitungen“ aus.¹⁴¹ Demnach sollten die Organe auf antisemitische Gerüchte und Ausschreitungen sofort reagieren, stets formale Ermittlungen einleiten und sofort Sonderberichte einreichen; Verdächtige sollten innerhalb kürzester Frist Militärgerichten übergeben werden und der Schutz jüdischer Einrichtungen und jüdischer Bürger verstärkt werden. Schließlich seien

¹³⁵ PACZKOWSKI, Aparat bezpieczeństwa, S. 102.

¹³⁶ Vgl. KERSTEN, Polacy, S. 80, 133.

¹³⁷ Dieser Aspekt der frühen polnischen Nachkriegsgeschichte ist von der Geschichtsschreibung der sog. Volksrepublik aus naheliegenden Gründen unaufgearbeitet geblieben und heute vielfach vergessen.

¹³⁸ KERSTEN, Żydzi – władza komunistów, S. 79 f. Dieser Satz fand Eingang in das kollektive Bewußtsein und erzeugte – so Kersten – einen paradoxen Antisemitismus ohne Juden.

¹³⁹ Zu den Ausschreitungen in Rzeszów am 11. Juni vgl. KERSTEN, Polacy, S. 110.

¹⁴⁰ Zum faktographischen Hintergrund vgl. die Untersuchung von CICHÓPEK, Pogrom Żydów w Krakowie.

¹⁴¹ AAN, Materiały B. Bieruta, Sign. I/209, Bl. 4: MBP-Befehl Nr. 46.

„Einsatzbesprechungen mit dem ganzen Personal des Apparates für öffentliche Sicherheit und allen Angehörigen der Bürgermiliz durchzuführen zu dem Zweck, sie zum wirksamen Kampf mit der Reaktion zu mobilisieren“. ¹⁴² Am 16. November erließ die Warschauer Regierung ein „Dekret über besonders gefährliche Verbrechen im Bereich des Wiederaufbaus des Staates“, das für die Ahndung von Ausschreitungen gegen nationale, konfessionelle und rassische Gruppen Strafen bis hin zur Todesstrafe vorsah. ¹⁴³ Es diente zwar zur rigorosen Unterdrückung der antikommunistischen Opposition ¹⁴⁴, verfehlte aber seine Wirkung, so daß nach dem Pogrom in Kielce erneut Überlegungen angestellt wurden, ausdrücklich judenfeindliche Ausschreitungen unter Strafe zu stellen; die Initiative scheiterte jedoch im Landes-Nationalrat und am Veto des PPR-Parteiführers Władysław Gomułka, der auf Stimmungen in der Gesellschaft Rücksicht nehmend befürchtete, eine Sonderregelung werde „eine nachteilige Wirkung für das Ansehen der Regierung in der polnischen Gesellschaft“ haben. ¹⁴⁵

Im Vorfeld der Ende Juni 1946 von den Kommunisten mit einer enormen Propagandakampagne vorbereiteten Volksabstimmung erhitzte sich die politische Auseinandersetzung zwischen den kommunistischen Parteigängern und ihren Gegnern. Die Wähler sollten am 30. Juni 1946 1) über die Abschaffung der zweiten Kammer, des Senats, 2) die Billigung der Bodenreform und der Nationalisierung der Industrie sowie 3) der neuen Westgrenze an Oder und Neiße entscheiden; die Kommunisten wollten die Zustimmung zu allen drei Fragen, Mikołajczyks Bauernpartei PSL lehnte die Aufhebung des Senats ab. In der Kampagne der Kommunisten wurden insgesamt 84 Millionen Plakate, Flugblätter und Broschüren eingesetzt, 15 Millionen von Flugzeugen abgeworfen. ¹⁴⁶ Dabei wurde immer wieder an nationalistische und antideutsche Gefühle appelliert – „to the fear that had become entrenched after the occupation“. ¹⁴⁷

Dessenungeachtet brachte die Abstimmung den Kommunisten nur geringe Unterstützung: Im Ergebnis gab es eine weit überwiegende Zahl von Nein-Stimmen zu den beiden ersten Fragen. Die Anfang Juli veröffentlichten (gefälschten) Resultate wiesen indes eine offizielle Stimmenmehrheit für diejenigen aus, die dreimal Ja gestimmt hätten. ¹⁴⁸ Ein interner Bericht des

¹⁴² [...] *przeprowadzić odprawę całego personelu aparatu bezpieczeństwa publicznego i całego składu osobowego Milicji Obywatelskiej, na której wyjaśnić znaczenie antysemickich prowokacji reakcji polskiej, celem mobilizowania do skutecznej walki z reakcją.*

¹⁴³ HOFMANN, Nachkriegszeit in Schlesien, S. 352.

¹⁴⁴ Vgl. KERSTEN, Establishment, S. 239.

¹⁴⁵ HOFMANN, Nachkriegszeit in Schlesien, S. 352. Vgl. auch PISARSKI, Emigracja Żydów, S. 37. Nicht zutreffend ist die Darstellung bei SZAYNOK, Pogrom Żydów, S. 102.

¹⁴⁶ KERSTEN, Establishment, S. 271.

¹⁴⁷ Ebenda, S. 274. Vgl. dazu auch: DMITRÓW, Niemcy, S. 92-109.

¹⁴⁸ Robotnik, Nr. 191 (591), 12.7.1946, gab bekannt, der Anteil der Ja-Stimmen zu den drei Fragen habe 68%, 77% und 91% betragen. Vgl. CZESŁAW OSEKOWSKI: Referendum 30 czerwca 1946 roku w Polsce, Warszawa 2000

Informations- und Propagandaministeriums über die Volksabstimmung bemängelte,

„welche Begriffsverwirrung in den Köpfen der Gesellschaft herrscht. [...] Damit verbindet sich ein unverständlicher [...] Widerspruchsgeist und eine vollständige Ignoranz selbst von seiten derjenigen, für die die demokratische Regierung eine Wohltat bedeutet. [...] Wie sonst wäre zu erklären, daß sogar Armee und Miliz in vielen Fällen mit ‚nein‘ gestimmt haben.“¹⁴⁹

Nationale Antagonismen, die während des Krieges heftig geschürt worden waren, entfalteten in der ersten Nachkriegszeit weiterhin ihre Kraft. Das neue Polen sollte ein ethnisch homogener Nationalstaat werden, der sich seiner ‚fremden‘ Minderheiten entledigt hat. Gerade die Juden konnten da kaum eine Ausnahme bilden. Im Gegenteil wirkte der von der NS-Propaganda noch verstärkte Antisemitismus auch nach der deutschen Besatzungszeit unter der polnischen Bevölkerung weiter.¹⁵⁰ Die Erfahrung der Rechtlosigkeit der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, ihr Status und ihre Behandlung als ‚Untermenschen‘ hatte – nicht nur in Polen¹⁵¹ – gravierende Auswirkungen auf das Verhältnis zur Mehrheitsbevölkerung. In einem Bericht zur Sicherheitslage in der Wojewodschaft Kielce hieß es:

„Die feindliche Haltung gegenüber den Juden hat ihren Ursprung in der nationalsozialistischen Propaganda und Praxis während der Okkupation. [...] Diese Judenfeindlichkeit und eine negative Haltung drückt sich darin aus, daß die Übernahme hoher Ämter in der Staatsverwaltung durch Juden beklagt und hervorgehoben wird, [...] [und daß] Gerüchte über angebliche ungeheure Unterstützungszahlungen umgehen, die die Juden seitens des Staates genießen würden.“¹⁵²

(Archiwum Sejmu PRL).

¹⁴⁹ Zit. nach: SZAYNOK, Pogrom Żydów, S. 30: [...] *jakie pomieszanie pojęć panuje w głowach społeczeństwa. [...] Wiąże się z tym jakiś niezrozumiały [...] duch sprzeciwu i kompletnej ignorancji nawet ze strony tych jednostek, dla których rządy demokratyczne są dobrodziejstwem. [...] Czyż wy tłumaczyć, że nawet wojsko i milicja w wielu wypadkach udzielała odpowiedzi negatywnych.* Als Zeugnis für das Ausmaß judenfeindlicher Einstellungen und dafür, mit welchen Argumenten ihnen 1945 unter polnischen Soldaten entgegengewirkt wurde, vgl. die umfangreiche Propaganda-Anweisung der Polnischen Armee „Rassismus und Antisemitismus – eine widerwärtige Saat der Hitlerei“, in I[GNACY] BLUM: *Z dziejów aparatu politycznego Wojska Polskiego. Szkice i dokumenty* [Aus der Geschichte des politischen Apparats der Polnischen Armee. Skizzen und Dokumente], Warszawa 1957, S. 204-210.

¹⁵⁰ Ihre Auswirkungen auf die polnische Bevölkerung sind bis heute kaum erforscht, obwohl in Erinnerungen und Tagebüchern vielfach darüber berichtet und gemutmaßt wird.

¹⁵¹ Pogromartige Ausschreitungen mit Toten und Verletzten gab es 1945/46 auch in anderen Ländern Ostmitteleuropas, vgl. KERSTEN, *Polacy*, S. 134 f. Checinski erwähnt Pogrome in Kiev, im ostungarischen Kunmadaras und Miskolc und im slowakischen Bratislava, Komorovo (Komárno?) und Nové Zámky. In der Slowakei habe der Unmut in der Bevölkerung dazu geführt, daß ein Dekret, das die Rückgabe jüdischen Eigentums an die rechtmäßigen Besitzer verfügte, aufgehoben wurde, MICHAEL CHECINSKI: *Poland: Communism, Nationalism, Anti-Semitism*, New York 1982, S. 16. Ein französischer Jude notierte über seine Rückkehr in die Heimat verbittert: „In Frankreich fanden antisemitische Demonstrationen statt. Sogenannte ‚in gutem Glauben handelnde Mieter‘ provozierten Zwischenfälle. In ihren Augen waren zu viele Juden am Leben geblieben. [...] von 120.000 aus Frankreich deportierten Juden waren zwei- oder dreitausend zurückgekommen. Das waren noch zu viele für jene, die sich wie Blutsauger an dem Eigentum der deportierten Juden festgebissen hatten.“ HENRY BULAWKO: *Les jeux de la mort et de l'espoir. Auschwitz – Jaworzno*, Paris 1954, S. 192.

¹⁵² Schreiben des Leiters der Staatssicherheit in der Wojewodschaft Kielce, Srokowski, an den Kielcer Wojewoden, AP (Archiwum Państwowe) [Staatsarchiv] Kielce, UWK (Urząd Wojewódzki Kielce) [Wojewodschaftsamt Kielce] II, 1524, zit. nach: SZAYNOK, Pogrom Żydów, S. 27: *Nieprzychylny stosunek do Żydów ma swoje źródła w propagandzie i działalności hitlerowskiej podczas okupacji. [...] Nieprzychylność ta i stosunek negatywny wyraża się*

Unter dem neuen Regime hielt die polnische Bevölkerung ‚die Juden‘ für privilegiert, während das Land an den Folgen von Krieg, Besatzung und wirtschaftlicher Ausbeutung litt. Unmut und heftige Mißgunst rief hervor, daß sie – gemäß überkommenen Vorstellungen auf seiten der Nichtjuden – über Reichtum verfügten, nicht produktiv arbeiten wollten und sich besser als sie kleideten und ernährten. Außerdem wurde gegargwöhnt, daß sie von der Regierung angebliche hohe Zuschüsse für jedes Neugeborene erhielten.¹⁵³ Tatsächlich wurde für das materielle Wohl der Holocaust-Überlebenden gesorgt. So gewährte das Ressort für Arbeit, Soziales und Gesundheit dem Jüdischen Komitee im November 1944 Gelder für die soziale Fürsorge, und es stellte Darlehen zur Verfügung „mit dem Ziel, die jüdische Bevölkerung produktiv zu beschäftigen und jüdische Immobilien instandzusetzen“.¹⁵⁴

Nach der Rückkehr ging es für viele Juden zunächst darum, das rechtmäßige Eigentum zurückzuerhalten. Dies führte, da die neuen Besitzer ehemals jüdisches Eigentum nicht herausgeben wollten, zu Konflikten, was zur Intensivierung antijüdischer Emotionen beitrug.¹⁵⁵ Ein Dekret vom 2. März 1945 sah vor, daß Angehörige von Ermordeten deren Besitz und Vermögen erben sollten, doch ein Gesetz vom 6. Mai schränkte – gegen den ausdrücklichen Willen Sommersteins – den Kreis der Erbberechtigten auf die Verwandten der direkten Linie ein.¹⁵⁶ Dabei mangelte es an der konsequenten Anwendung des Gesetzes durch die örtliche Verwaltung, welche die Rückübertragung häufig nicht unterstützte.¹⁵⁷ So wurde jüdischen Rückkehrern 1945/46 klargemacht, daß sie in Polen keine Möglichkeit erhalten würden, ihre Geschäfte und Berufe wiederaufzunehmen. Manche verzichteten wegen Drohungen und aus Angst vor Anschlägen auf die Rückerstattung des Eigentums.

Die Polen – ob sie sich nun an jüdischem Besitz bereichert hatten oder nicht – rechneten zunächst meist nicht damit, daß eine größere Zahl von Juden die Vernichtung überlebt habe und nach Polen zurückkehren würde. Als immer mehr sog. Repatrianten aus der Sowjetunion eintrafen, befürchteten viele eine Rückkehr zu den Eigentumsverhältnissen der Vorkriegszeit.

w utyskiwaniu i podkreślaniu faktów zajmowania przez Żydów wysokich stanowisk w administracji państwowej [...], pogłoski o rzekomych olbrzymich subsydiach, z których korzystają Żydzi ze strony państwa.

¹⁵³ Vgl. den Bericht einer PPR-Instruktorenbrigade, welche die Wojewodschaft Kielce am 4. und 5. Juli 1946 besuchte, in: Raporty, S. 115; Zabić Żyda!, S. 96.

¹⁵⁴ Życie Warszawy, Nr. 13 (84), 13.1.1945, (TE): Opieka społeczna dla Żydów [Die soziale Fürsorge für Juden]: [...] na cele produktywizacji ludności żydowskiej oraz na remont nieruchomości żydowskich.

¹⁵⁵ Im April 1945 wurden 18 Juden in der Wojewodschaft Kielce getötet. Zwei Monate später waren es 13 – die meisten davon im Zusammenhang mit Auseinandersetzungen um jüdisches Eigentum, vgl. SZAYNOK, Pogrom Żydów, S. 26 f.; vgl. WEINRYB, S. 263.

¹⁵⁶ Vgl. HOFMANN, Nachkriegszeit in Schlesien, S. 336.

¹⁵⁷ Vgl. WEINRYB, S. 244 f. und, ausführlicher zur Regelung der Rückerstattung, S. 263 ff. Der Prozeß des Übergangs von Eigentum ermordeter Juden an die nichtjüdische – zunächst v.a. reichsdeutsche und ‚volksdeutsche‘ und schließlich die polnische – Bevölkerung ist bis heute kaum erforscht. Vgl. aber: GRZEGORZ MIERNIK: Losy Żydów i nieruchomości żydowskich w Szydłowcu po II wojnie światowej [Das Schicksal der Juden und die ehemals jüdischen Immobilien in Szydłowiec nach dem Zweiten Weltkrieg], in: Żydzi szydłowieccy [Die

Bis zum 1. Juli 1946 hatten sich 244.000 Juden bei den Stellen des CKŻP registrieren lassen.¹⁵⁸ Unter der polnischen Bevölkerung kursierten Gerüchte, es würden ihnen noch Hunderttausende folgen.¹⁵⁹ In Niederschlesien etwa ging im Sommer 1946 die Befürchtung um, aus der Sowjetunion würden noch anderthalb Millionen jüdische ‚Repatrianten‘ ins Land kommen. Gleichzeitig wurde von Deutschen verbreitet, auch die Juden würden über kurz oder lang erneut ausgesiedelt – „und aus Waldenburg seien sie angeblich schon ausgesiedelt worden, wobei die Juden schlecht behandelt worden“ seien.¹⁶⁰ Darüber hinaus wurde „den Juden“ hier vorgeworfen, sich „sehr arrogant“ zu verhalten, was sie sich im Mittelpolen nicht erlauben könnten.¹⁶¹ In Kielce soll der größte Teil des Immobilienbesitzes vor 1939 im Besitz jüdischer Bürger gewesen¹⁶², und während des Krieges sollen die jüdischen Häuser dann „in die Hände der ärmsten Bevölkerungsgruppen übergegangen“ sein.¹⁶³

Ausdruck interethnischer Spannungen war es, daß 1918 in Kielce der erste Judenpogrom im wiedererstandenen, unabhängigen Polen stattfand.¹⁶⁴ Seit Mitte der 1930er Jahre war die Wojewodschaft Kielce einer der Hauptschauplätze für eine steigende Zahl von antisemitischen Zwischenfällen¹⁶⁵, und Kielce galt während des Krieges als besonders antikommunistisch.¹⁶⁶ Die Kieler Region gehörte dann zu jenen Gebieten, wo sich Juden 1945/46 nicht sicher fühlen

Szydłowiecer Juden], hrsg. von JACEK WIJACZKA, Szydłowiec 1997, S. 135-214.

¹⁵⁸ Da sich nicht alle registrieren ließen, war die Gesamtzahl der Juden und Personen jüdischer Abstammung um schätzungsweise 10% höher, vgl. ADELSON, S. 398. Sie waren also zu dem Zeitpunkt - neben den noch verbliebenen Deutschen - die einzige nennenswerte Minderheit im Land.

¹⁵⁹ Vgl. ADELSON, S. 402.

¹⁶⁰ AAN, MIP, Sign. 591, Mf 26890, Bl. 47, WUiP Wrocław, Rundschreiben Nr. 70 (nach dem 12.7.1946): Odpis plotek politycznych rozpowszechnianych na terenie województwa dolnośląskiego od 1 do 15 lipca 1946 r. [Abschrift politischer, auf dem Gebiet der Wojewodschaft Niederschlesien verbreiteten Gerüchte vom 1. bis 15. Juli 1946]: [...] a z Wałbrzycha rzekomo już wysiedlili, traktując Żydów przy wysiedlaniu źle. Vgl. Dokument Nr. 14 im Anhang von: ANDRZEJ KRAWCZYK: Pierwsza próba indoktrynacji. Działalność Ministerstwa Informacji i Propagandy w latach 1944-1947 [Der erste Indoktrinierungsversuch. Die Tätigkeit des Ministeriums für Information und Propaganda 1944-1947] (Dokumenty do dziejów PRL, H. 7), Warszawa 1994.

¹⁶¹ Ebenda.

¹⁶² Vgl. Raporty, S. 113. In einer neueren Studie zum Mord an den Juden von Kielce werden folgende Zahlen genannt: Juden gehörten demnach vor dem Krieg 20,7% der Immobilien, 61,8% der Läden und Geschäfte sowie 56,7% der Handwerksbetriebe, vgl. KRZYSZTOF URBAŃSKI: Zagłada ludności żydowskiej Kielc 1939-1945 [Die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung von Kielce 1939-1945], Kielce 1994, S. 195.

¹⁶³ JERZY MORAWSKI, PIOTR PYTLAKOWSKI: Mroczne stany [Finstere Zustände], in: Zabić Żyda!, S. 98-108, hier S. 103.

¹⁶⁴ Am 12. November 1918 schlug nationalpolnische Euphorie in Pogromstimmung um: „Es kam zu Ausschreitungen, 2 Juden starben, 11 wurden verletzt, viele jüdische Geschäfte wurden demoliert“ – dafür seien dann 1922 [sic] fünf Personen zu viermonatiger und eine zu dreimonatiger Haft verurteilt worden. KRZYSZTOF URBAŃSKI: Społeczność żydowska w Kielcach [Die jüdische Gemeinschaft in Kielce], Kielce 1989, S. 20. Vgl. auch FRANK GOLCZEWSKI, Polnisch-jüdische Beziehungen 1881-1922, Wiesbaden 1981, S. 182-185; HILLEL, 334 f.

¹⁶⁵ Vgl. KORZEC, Juifs, S. 244.

¹⁶⁶ Vgl. Zabić Żyda!, S. 145.

konnten.¹⁶⁷ Die geographische Lage in unmittelbarer Nähe des Mittelgebirges der Góry Świętokrzyskie (Heiligkreuzberge), wo bis 1944 starke Partisanenverbände gegen die Deutschen operierten, begünstigte den Widerstand. Vor der Volksabstimmung 1946 riefen brutale ‚Befriedungsaktionen‘ der Sicherheitsorgane zudem großen Unmut und Verbitterung bei der leidtragenden Bevölkerung hervor.¹⁶⁸

Eines der vom Jüdischen Zentralkomitee eingerichteten jüdischen Gemeindezentren entstand in Kielce, einer mittleren Wojewodschaftshauptstadt in Zentralpolen. Dort hatten wenige Jahre zuvor noch 25.000 Juden gelebt und ein Drittel der Einwohnerschaft gebildet. Unter der deutschen Besatzungsherrschaft wurde im März 1941 ein Zwangswohnviertel für Juden eingerichtet. 1941/42 starben dort 4000-6000 Menschen an Typhus; 21.000 wurden nach Treblinka in den Tod deportiert.¹⁶⁹ Nach dem Abzug der Deutschen kehrten bis Ende Januar 1945 79 Juden in die Stadt zurück. Die Zahl der registrierten jüdischen Einwohner stieg bis Anfang 1946 auf 304, verringerte sich aber bis Mai auf 163. Viele von ihnen stammten nicht aus Kielce. Sie waren aus Konzentrationslagern befreit worden oder kamen seit Februar 1945 aus den Gebieten, die nun östlich der neuen polnisch-sowjetischen Grenze lagen. Einige Dutzend von ihnen übernahmen – wobei sie z.T. ihre jüdische Herkunft zu verbergen versuchten – Posten in den städtischen und Sicherheitsbehörden, darunter auch mehrere Führungspositionen.¹⁷⁰

Diejenigen aber, die sich von den neuen Machthabern nicht einspannen ließen, fanden in dem jüdischen Gemeindehaus an der Planty-Allee 7 ihre Unterkunft. Das dreigeschossige Gebäude in der Innenstadt war der jüdischen Gemeinde wieder zur Verfügung gestellt und für ihre Zwecke instandgesetzt worden. Hier ließen sich das Jüdische Komitee der Wojewodschaft, das Jüdische Komitee der Stadt und ein Kibbuz nieder, den Holocaust-Überlebende gegründet hatten. Anfang Juli war es von etwa 150 Juden bewohnt. Die meisten lebten von den Spenden der amerikanischen Hilfsorganisation JOINT. Entschiedene Feindseligkeit von seiten ihrer nichtjüdischen Umwelt äußerte sich Anfang August 1945 bei dem Überfall einer antisowjetischen Partisanengruppe auf das Kielcer Gefängnis, als Flugblätter zurückgelassen wurden, in denen u.a. zu lesen war: „Am Steuer der Macht befinden sich die Juden und Lakaien Rußlands, die ganz und gar unter Stalins Anweisungen stehen.“¹⁷¹ Auf der Rückseite des Flugblattes hieß es: „Wißt Ihr, wer über die Polen zu Gericht sitzt? Die Juden. Wißt Ihr, wer die

¹⁶⁷ Vgl. die Berichte über Inspektionen in der Wojewodschaft Kielce, AAN, MIP, Sign. 79 (auch Mf 27988). Darin wird dem hochmütigen Auftreten der Juden wiederholt eine Mitschuld für die Entstehung antijüdischer Stimmungen in der ethnisch polnischen Bevölkerung zugemessen.

¹⁶⁸ Vgl. SZAYNOK, Pogrom Żydów, S. 29 f.

¹⁶⁹ Vgl. dazu KRZYSZTOF URBAŃSKI: Zagłada ludności żydowskiej Kielc 1939-1945 [Die Ausrottung der jüdischen Bevölkerung von Kielce, 1939-1945], Kielce 1994.

¹⁷⁰ Vgl. SZAYNOK, Pogrom Żydów, S. 28.

¹⁷¹ Zit. nach: Nieznane źródło do dziejów pogromu kieleckiego w 1946 roku [Eine unbekannte Quelle zur Geschichte des Pogroms von Kielce im Jahre 1946], hrsg. von ZENON WRONA, in: Studia kieleckie 1/2 (1990), S.

Polen ermordet? Die Juden. Wißt Ihr, wer Polen regiert? Die Bolschewisten und die Juden. Wißt Ihr, wer Chef des Sicherheitsdienstes in Kielce ist – ein jüdischer Major.“¹⁷² Im Oktober 1945 wurde eine Granate in das Gemeindehaus geworfen, die mehrere Menschen verwundete. Gegen den seines Amtes enthobenen Bürgermeister Zarecki, der jüdischer Herkunft war, waren Korruptionsvorwürfe erhoben worden.

Während des Judenpogroms am 4. Juli 1946, an dem sich einige tausend Menschen beteiligten, wurden in Kielce 42 Personen getötet.¹⁷³ Sie starben zumeist an den erlittenen Kopfverletzungen; neun hatten tödliche Schußwunden, zwei Bajonettwunden. Außerhalb der Kielcer Innenstadt wurde am 4. Juli eine unbekannte Zahl von Juden bzw. „jüdisch Aussehenden“ in Personenzügen, an Eisenbahnstrecken und auf Bahnhöfen ermordet.¹⁷⁴ 28 Verletzte wurden am 6. Juli nach Lodz verlegt, wohin sich auch 60 Juden begaben, die auf ärztliche Hilfe nicht mehr angewiesen waren.¹⁷⁵

Die internationale Publizität, die dem Pogrom durch die Auslandspresse zuteil wurde, war nicht nur auf die hohe Opferzahl zurückzuführen, denn es hatten sich Ende Juni viele ausländische Pressevertreter in Warschau eingefunden, um die Volksabstimmung zu beobachten. Eine regierungsoffizielle Version beschuldigte sogleich den antikommunistischen „faschistischen“ Widerstand der Anzettelung des Pogroms. Befragt, warum den Sicherheitskräften nicht befohlen worden war, auf die aggressive Menge zu schießen, machte der stellvertretende Wojewode geltend, er habe dies nicht tun können, „weil dies [unter den Polen] zu viele Opfer gekostet hätte“.¹⁷⁶ Die erregten Gemüter sollte erst ein von den politischen Parteien unterzeichneter, tatsächlich aber von den Kommunisten verfaßter¹⁷⁷ „Aufruf an die Bevölkerung der Stadt Kielce“ beruhigen. Darin hieß es, der Pogrom sei durch „unverantwortliche Elemente“ ausgelöst worden, denen es darum gegangen sei, „Haß zwischen den Menschen zu säen und Durcheinander in das sich wiederaufbauende Leben Polens hineinzutragen“.¹⁷⁸ Ein gemeinsamer Aufruf des Wojewoden und der Kielcer Kirchenführung kam

151-161, hier S. 153: *U stery władzy znajdują się Żydzi i sługusy Rosji, którym we wszystkim rozkazuje Stalin.*

¹⁷² Zit. nach: ebenda, S. 154, Anm. 10: *Czy wiecie, kto sądzi Polaków? – Żydzi. Czy wiecie, kto morduje Polaków? – Żydzi. Czy wiecie, kto rządzi Polską? – bolszewicy i Żydzi. Czy wiecie, kto jest komendantem bezpieczeństwa w Kielcach? – major Żyd.*

¹⁷³ Dabei sind zwei ungeborene getötete Kinder, nicht jedoch die Opfer von Gewaltakten in der weiteren Umgebung und in den Zügen von und nach Kielce mit berücksichtigt. Zum Verlauf der Ausschreitungen vgl. FRIEDRICH, Antijüdische Gewalt, S. 117-120, und ausführlich: SZAYNOK, Pogrom Żydów. Zum zeitgenössischen psychopolitischen Hintergrund der Unruhen vgl. KERSTEN, Polacy – Żydzi – komunizm.

¹⁷⁴ Schätzungen, von denen beim heutigen Forschungsstand schwer zu sagen ist, inwieweit sie zutreffen, sprechen von 28-30 Todesopfern bei den sog. Zugpogromen auf den Verbindungen von und nach Kielce, vgl. WŁODZIMIERZ KALICKI: *Zabić Żyda!*, in: *Zabić Żyda!*, S. 65-98, hier S. 84.

¹⁷⁵ Vgl. ZENON WRONA: *Kalendarium tragedii [Chronologie der Tragödie]*, in: *Zabić Żyda!*, S. 6-16, hier S. 13.

¹⁷⁶ Vgl. S[AMUEL] L. SHNEIDERMAN: *Between Fear and Hope*, New York 1947, S. 89.

¹⁷⁷ Vgl. den internen Bericht einer PPR-Instruktorenbrigade, die die Wojewodschaft Kielce am 4. und 5. Juli 1946 besuchte, in: *Raporty*. Vgl. auch KERSTEN, Pogrom kielecki – znaki zapytania, S. 98.

¹⁷⁸ Zit. nach: SZAYNOK, Pogrom Żydów, S. 112.

nicht zustande. Die Kommunisten verzichteten auf die Veröffentlichung eines beiderseits abgestimmten Textes, weil er „mit der Parteilinie unvereinbar“ sei.¹⁷⁹ In den Kirchen von Kielce wurde er aber am Sonntag (7. Juli) nach der Messe verlesen. Der Pogrom wurde hier als „tragische Saat eines Komplexes von Vorfällen“ bezeichnet, die durch die Nachricht hervorgerufen worden sei, „daß angeblich polnische Kinder ermordet wurden“.¹⁸⁰ In Abwesenheit des urlaubenden Kielcer Bischofs Czesław Kaczmarek erarbeitete die Kurie am 11. Juli eine weitere Erklärung, in der allgemein festgestellt wurde, daß „Mord ein Verbrechen ist“. Dieses sei umso strafwürdiger, „als es vor den Augen von Jugendlichen und minderjährigen Kindern“ stattgefunden habe.¹⁸¹

Noch am Tag des Judenpogroms wurden über 100 Verhaftungen und zahlreiche Hausdurchsuchungen vorgenommen und am 5. Juli staatsanwaltschaftliche Ermittlungen eingeleitet. Zenon Kliszko, ZK-Mitglied der kommunistischen Partei, und Stanislaw Radkiewicz, der Minister für Öffentliche Sicherheit, fanden sich in Kielce ein. Auf seinen Befehl wurden die verantwortlichen Chefs der regionalen und städtischen Sicherheitsorgane verhaftet.¹⁸² In gemeinsamen Beratungen von Gremien der PPR und der sozialistischen PPS wurde die „völlige Orientierungslosigkeit der Parteiorganisationen gegenüber den Kielcer Vorfällen“ bemängelt. Man machte einerseits „Banden“ für den Pogrom verantwortlich, konnte jedoch andererseits nicht übersehen, daß mit hunderten von Arbeitern „auch unsere Parteimitglieder an dem Pogrom teilgenommen haben“.¹⁸³ Um die starken antisemitischen Stimmungen „zu entladen“, begannen die Kommunisten eine intensive Agitation. In der ganzen Region wurden Betriebsversammlungen und Protestkundgebungen veranstaltet, auf denen der Pogrom als eine Verschwörung „der Reaktionäre“ dargestellt wurde.¹⁸⁴

40 Pogromopfer wurden am 8. Juli auf dem Jüdischen Friedhof von Kielce beerdigt.¹⁸⁵ Die Beisetzung nutzten die Kommunisten zu einer politischen Demonstration. 10.000 einbestellte Werk tätige zogen mit roten Fahnen und Transparenten, die die „Solidarität der Arbeiterklasse“ feierten und den „Kampf gegen Faschismus und Reaktion“ hochleben ließen, durch die Stadt – unter ihnen viele, die vier Tage zuvor in oder vor dem Haus an der Planty-Allee gewesen waren. Während der Beerdigungsfeierlichkeiten sprach als Vertreter der Warschauer Regierung

¹⁷⁹ Vgl. ebenda.

¹⁸⁰ Zit. nach: ebenda, S. 113.

¹⁸¹ Zit. nach: ebenda, S. 114.

¹⁸² Vgl. ebenda, S. 62 f.

¹⁸³ Vgl. ebenda, S. 64.

¹⁸⁴ Vgl. den Bericht einer PPR-Instruktorenbrigade, die die Wojewodschaft Kielce am 4. und 5. Juli 1946 besuchte, in: Raporty, S. 116 ff.

¹⁸⁵ Zwei erlagen ihren Verletzungen in Lodz, wurden aber offenbar auch in Kielce beigesetzt, wo 1947 ein Denkmal für die 42 Pogromopfer vom 4.7.1946 enthüllt wurde, vgl. SZAYNOK, Pogrom Żydów, S. 60, 72.

Wiederaufbauminister Professor Michał Kaczorowski¹⁸⁶. Er sah die Ursachen des Pogroms im Rassismus und forderte, „die vom ideologischen Krebsgeschwür des Nationalsozialismus befallenen Gewebe müssen entfernt werden“. Er kündigte an, die Regierung werde den Antisemitismus ausrotten, hinter dem sich „die Reaktion“ verberge.¹⁸⁷ Adolf Berman vom kommunistenfreundlichen zionistischen Flügel des CKŻP machte gleichfalls die „Kräfte des Faschismus und der Barbarei“ für den Judenpogrom verantwortlich: Ein bedeutender Teil der polnischen Gesellschaft sei von der „Hölle des Nationalsozialismus“ zerfressen¹⁸⁸. „Tief erschüttert“ war Berman darüber, „daß einige der Teilnehmer an dem Pogrom Arbeiter waren, die ihre rote Fahne verrieten“¹⁸⁹. Der Rabbiner der Polnischen Armee, Dawid Kahane, unterstrich, daß „in erster Linie die katholischen Geistlichen der judenfeindlichen Atmosphäre entgegenwirken könnten“.¹⁹⁰ Der Vorsitzende der „Polnischen Liga für den Kampf gegen den Rassismus“ rief seinen Landsleuten entgegen: „Polnische Christen! Unsere Hände haben das Blut unschuldiger Juden vergossen. [...] Wir werden diesen Schandfleck niemals von unserem Gewissen tilgen können.“¹⁹¹

In einem Militärgerichtsverfahren wurden zwölf Pogromtäter (darunter vier Milizionäre), die aus einer vieltausendköpfigen Menge herausgegriffen worden waren, wenige Tage nach den Unruhen exemplarisch angeklagt, sich an Mord und Körperverletzung beteiligt zu haben.¹⁹² Bis auf einen hatten alle Angeklagten keine oder nur geringe Schulbildung. Bereits nach zwei Tagen wurde die Verhandlung abgeschlossen. Neun wurden zur Höchststrafe, drei zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Die Todesurteile wurden am 12. Juli vollstreckt.¹⁹³ In der Urteilsbegründung hieß es, „das Gericht hat beim Strafmaß den Ansichten des gesunden Teils der polnischen Gesellschaft Ausdruck gegeben, die die Überreste nationalsozialistischer Einstellungen, die in Volkspolen weiterhin umgehen, ausrotten muß“.¹⁹⁴

Die Verkündung der Todesurteile führte in Lodz und andernorts in Mittelpolen zu antijüdischen Demonstrationen und spontanen Proteststreiks unter der Arbeiterschaft.¹⁹⁵

¹⁸⁶ Michał Kaczorowski (1897-1975), Ökonom, PPS-Mitglied; 1944 Leiter der Planungs- und Wiederaufbaustelle beim PKWN in Lublin, 1945-1949 KRN-Abgeordneter und Minister für Wiederaufbau. Encyklopedia Warszawy [Warschau-Enzyklopädie], Warszawa 1994, S. 301.

¹⁸⁷ Gazeta Ludowa, 9.7.1946; Robotnik, 9.7.1946.

¹⁸⁸ Zit. nach: SZAYNOK, Pogrom Żydów, S. 71.

¹⁸⁹ Zit. nach: SHNEIDERMAN, S. 102.

¹⁹⁰ Vgl. SZAYNOK, Pogrom Żydów, S. 71 f.; SHNEIDERMAN, S. 102 f.

¹⁹¹ Zit. nach: SHNEIDERMAN, S. 103.

¹⁹² Vgl. die Prozeßakten: Antyżydowskie wydarzenia kieleckie 4 lipca 1946 r. [Die Kielcer antijüdischen Vorfälle vom 4. Juli 1946], Bd. 1, hrsg. von STANISŁAW MEDUCKI und ZENON WRONA, S. 101 ff.

¹⁹³ Die Verurteilten wurden erschossen, ihre Familienangehörigen darüber nicht informiert, SZAYNOK, Pogrom Żydów, S. 82 f. Die Vollstreckung der Urteile wurde nur in Kielce öffentlich bekanntgegeben, SHNEIDERMAN, S. 107.

¹⁹⁴ Zit. nach: SZAYNOK Pogrom Żydów, S. 82.

¹⁹⁵ Zur politischen Stimmung unter der Lodzer Arbeiterschaft vgl. PADRAIC KENNEY: Whose Nation, Whose State? Working-class Nationalism and Antisemitism in Poland, 1945-1947, in: Focusing on the Holocaust and Its Aftermath, hrsg. von ANTONY POLONSKY, London u.a. 2000 (Polin. Studies in Polish Jewry, 13), S. 224-235, sowie

Der erste Prozeß trug zu einer umfassenden Wahrheitsfindung wenig bei. Er sollte zum einen der Eindämmung der judenfeindlichen Gewalt dienen: Durch die Todesurteile wurde ein Exempel statuiert. Zum anderen waren die Urteile eine Botschaft an das Ausland, dem gegenüber Tatkraft und Entschlossenheit zur Schau gestellt werden mußte. Auf die Verantwortlichkeit der Sicherheitskräfte bei der Ausweitung des Pogroms wurde gar nicht eingegangen, obwohl in einem internen PPR-Bericht vom 6. Juli festgestellt worden war, daß sich die lokalen Militär- und Milizeinheiten „zu sehr mit der erregten Menge eingelassen hatten“.¹⁹⁶ Mehrere Dutzend weitere Angeklagte standen zwischen September und Dezember vor Gericht, wobei freie Berichterstatter nicht zugelassen waren. Fast ohne jegliches Aufsehen begann so am 18. November der zweite große Prozeß gegen Teilnehmer an dem Pogrom.¹⁹⁷ Unter den 15 Angeklagten befanden sich zwei Milizionäre und ein Sicherheitsbeamter. Sie wurden am 22. November freigesprochen, die übrigen mehrheitlich zu geringen Haftstrafen¹⁹⁸ verurteilt. Über Vergehen von Mitarbeitern der Sicherheitsorgane und Armeeingehörigen wurde daneben in mehreren geheimen Verhandlungen entschieden¹⁹⁹. Zuletzt standen Mitte Dezember die für die Kielcer Region verantwortlichen Chefs der Sicherheitsorgane in Warschau vor Gericht. Der Leiter des WUBP und der stellvertretende Milizchef wurden für unschuldig befunden - sie setzten ihre Karriere in der Volksrepublik Polen fort. Nur der Chef der Wojewodschaftsmiliz mußte für einige Monate ins Gefängnis²⁰⁰.

Der gerade aus dem westeuropäischen Exil nach Polen zurückgekehrte polnische Kardinalprimas August Hlond machte in einem Gespräch mit ausländischen Journalisten am 11. Juli 1946 die polnischen Juden für den Ausbruch der Gewalt mitverantwortlich, da sie sich in die Politik zu sehr einmischten.²⁰¹ Seiner Auffassung nach hatten die Anschläge keine antijüdische, sondern eine politische Ursache. Nicht alle Kirchenführer Polens reagierten so. In Tschenschow, wo eine ähnlich gespannte Lage wie in Kielce herrschte, stimmte Bischof Teodor Kubina, der unter seinen Amtskollegen als ‚roter Bischof‘ galt, einem gemeinsamen Aufruf mit politischen Repräsentanten zu. Darin appellierte er an die Bürger, Gerüchten kein Gehör zu schenken und die Hand nicht gegen Mitbürger zu erheben, bloß weil sie einer anderen

zur Pogromstimmung im Juli 1946 den Bericht der Polska Partia Robotnicza (PPR) aus Lodz vom 12.7.1946, in: Raporty, S. 110 ff.

¹⁹⁶ Bericht einer PPR-Instruktorenbrigade, die die Wojewodschaft Kielce am 4. und 5. Juli 1946 besuchte, vgl. Raporty, S. 117.

¹⁹⁷ Vgl. KERSTEN, Pogrom kielecki – znaki zapytania, S. 100.

¹⁹⁸ Sie konnten außerdem von einer Strafminderung aufgrund einer 1947 wirksamen Amnestie profitieren, vgl. SZAYNOK, Pogrom Żydów, S. 88 ff.

¹⁹⁹ Dabei ging es um die Beteiligung an Plünderungen, um die Beraubung der Toten und Verspottung der Verletzten, vgl. SZAYNOK, Pogrom Żydów, S. 84-88.

²⁰⁰ Vgl. ebenda, S. 90 ff.

²⁰¹ Vgl. den Text der von Hlond abgegebenen Erklärung ebenda, S. 116, und die Schilderung des Treffens bei SHNEIDERMAN, S. 117.

Religion oder Nationalität angehörten.²⁰²

Der Konflikt in Polen zwischen den Anhängern der rechtmäßigen Regierung und den Kommunisten wurde über das Ende des Zweiten Weltkriegs hinaus als ein Propagandakrieg ausgetragen. Das katholische Blatt *Kadra P.N.* sagte bereits Anfang 1944 voraus, „die Untergrundpresse ist eine mächtige und wirkungsvolle Waffe, daher wird sie nicht aufhören zu erscheinen, solange irgendein Besatzer auf polnischem Boden steht!“²⁰³ Die neuen Machthaber benutzten ihrerseits die verleumderische Pressekampagne gegen die Heimatarmee, um das AK-Problem mit der Abrechnung mit dem Nationalsozialismus zu verknüpfen.²⁰⁴ In der politischen Propaganda der offiziellen Presseorgane „fand eine Gleichsetzung von Antisemitismus und Regimefeindlichkeit statt“²⁰⁵, die im Umkehrschluß die in der Gesellschaft kursierende Einstellung vom bestimmenden Einfluß ‚der Juden‘ auf das Regierungshandeln zu bestätigen schien. Volkes Stimme pflegte auf die offizielle Presseberichterstattung über die Unruhen in Kielce mit Unverständnis zu reagieren: „Warum schreibt man lang und breit über die in Kielce ermordeten Juden, doch nichts über die zuvor ermordeten Polen...?“²⁰⁶ Unterdessen wurde die von seiten der polnischen Gesellschaft als ‚jüdische‘ wahrgenommene Pressekampagne, in der die Polen des Antisemitismus und Verbrechen an Juden angeklagt wurden, von der Opposition als Versuch betrachtet, antijüdische Gewalt bewußt zu provozieren.²⁰⁷

Die meisten Meldungen darüber beruhten auf Mitteilungen der Jüdischen Presseagentur (*Żydowska Agencja Prasowa, ŻAP*). Wenngleich ihre Haltung für die Gesamtheit der jüdischen Bevölkerung wohl nicht als repräsentativ anzusehen ist, mußte sie doch nach außen als deren Sprachrohr erscheinen. Die Mitarbeiter der Agentur, die ebenso wie die meisten am Leben gebliebenen jüdischen politischen Repräsentanten die Kriegsjahre in der Sowjetunion überlebt hatten, machten weite Teile der polnischen Gesellschaft für den Judenmord mitverantwortlich. Aufgrund politischer Voreingenommenheit und einer akuten Bedrohungsangst angesichts der

²⁰² Antyżydowskie wydarzenia kieleckie 4 lipca 1946 r., Bd 2, S. 113 f. Von der Bischofskonferenz wurde Kubina später für sein Ausscheren getadelt.

²⁰³ *Kadra P.N.*, Nr. 1-2, 3.2.1944, *Tajna prasa w służbie ojczyzny* [Die konspirative Presse im Dienst für das Vaterland]: *Prasa tajna – to broń potężna i skuteczna, to też nie przestaje ona wychodzić, dopóki jakikolwiek okupant będzie na polskiej ziemi!*

²⁰⁴ DMITRÓW, Niemcy, S. 138 – Edmund Dmistrów führt die Kampagne auf einen Politbüro-Beschluß vom 31. Oktober 1944 und die Richtlinien eines PPR-Kongresses vom November 1944 zurück.

²⁰⁵ HOFMANN, Nachkriegszeit in Schlesien, S. 353.

²⁰⁶ AAN, MIP, Sign. 591, Mf 26890, Bl. 47, WUiP Wrocław, Rundschreiben Nr. 70 (nach dem 12.7.1946): *Odpis plotek politycznych rozpowszechnianych na terenie województwa dolnośląskiego od 1 do 15 lipca 1946 r.* [Abschrift politischer, auf dem Gebiet der Wojewodschaft Niederschlesien verbreitete Gerüchte vom 1. bis 15. Juli 1946]: [...] „dlaczego opisuje się o zamordowanych Żydach a nie pisze się nic o przedtem zamordowanych Polakach...“.

Aktivität polnischer antisowjetischer Widerstandsgruppen muß den ŻAP-Mitteilungen allerdings mit großer Vorsicht begegnet werden. Nicht von der Hand zu weisen ist, daß manche der antijüdischen Anschläge aus der subjektiven Bedrohung heraus falsch wiedergegeben bzw. zu antisemitischen Verbrechen aufgebauscht wurden. So ist hier schon 1944 ein abgrundtiefer Haß auf Vertreter der polnischen Rechten, die Regierung in London und die ihr unterstehenden Streitkräfte – die Heimatarmee und die Anders-Armee – erkennbar.²⁰⁸ Die PKWN-Blätter ließen zudem an kritische Distanz zu den ŻAP-Meldungen vermissen, paßten diese in ihr dichotomisches Bild des Kampfes um die Macht doch trefflich hinein; auch sollten sie dazu dienen, den ‚ewiggestrigen‘ Gegner zu diskreditieren.

Zum Ende des Zweiten Weltkriegs resümierte *Polska Zbrojna*, der polnische Soldat habe dafür gekämpft, daß 1) das befreite Polen ein „demokratisches Polen“ sein solle, daß 2) der wahre Feind Deutschland ist und der wahre Freund Polens die Sowjetunion, daß 3) „es uns nur mit der Unterstützung des Freundes im Osten gelingen wird, uns siegreich des Anschlags auf unsere Freiheit seitens des ewigen Feindes im Westen zu erwehren“ und daß 4) Polens Platz in der Gemeinschaft der slawischen Völker sei.²⁰⁹ Die antideutsche Ausrichtung war eines der vier außenpolitischen Grundprinzipien des neuen Regimes²¹⁰, zu denen zuallererst das unverbrüchliche Bündnis mit der Sowjetunion, sodann die Zusammenarbeit mit allen europäischen „Volksdemokratien“ und – Ende 1945 noch – die Unterstützung von Bemühungen zählte, die auf eine Stärkung des britisch-sowjetisch-amerikanischen Bündnisses zielten.²¹¹ Spätestens im Herbst 1946 ritt die PKWN-Propaganda schließlich auf einer panslawischen Propagandawelle.

Unterdessen gehörte antisemitische Praxis mit dem Ende der deutschen Besatzung Polens nicht auf einen Schlag der Vergangenheit an. Wie aus der offiziellen Presse zu erfahren ist, wurde im Sommer 1945 in Dąbrowa Górnicza vom Kreisarbeitsamt ein Rundstempel mit dem

²⁰⁷ Vgl. KERSTEN, Pogrom kielecki – znaki zapytania, S. 107-113, zum Thema Antisemitismus.

²⁰⁸ Vgl. etwa ŻAP, Biuletyn Nr. 4/14, 14.1.1945: Faszyści i antysemita doszli do głosu w Armii Andersa [Faschisten und Antisemiten erheben in der Anders-Armee ihre Stimme], propagandistisch verwertet in: Polska Zbrojna, Nr. 3, 16.1.1945, Rasizm w Armii Andersa [Rassismus in der Anders-Armee].

²⁰⁹ Polska Zbrojna, Nr. 88, 9.5.1945, S.B.: Historia ma sens [Der Geschichte wohnt ein Sinn inne]: [...] że tylko w oparciu o przyjaciela wschodniego potrafimy zwycięsko odeprzeć zamach na naszą wolność ze strony odwiecznego wroga zachodniego.

²¹⁰ Der Haß auf die Deutschen diente als Mittel, die Herrschaft der Kommunisten zu stabilisieren und die Gesellschaft zu disziplinieren. Laut KRAWCZYK, Pierwsza próba, S. 5, 49, verstanden es die kommunistischen Propagandisten, gegenüber der Gesellschaft die ‚deutsche Karte‘ auszuspielen. So auch KERSTEN, Establishment, S. 275: „[...] very strong anti-German sentiments were to be one of the main pillars of support for the new authorities.“

²¹¹ Vgl. Głos Ludu, Nr. 329, 10.12.1945, Jakub Berman: My niesiemy pokój, reakcja – wojnę. Cztery zasady polityki zagranicznej demokracji polskiej [Wir bringen den Frieden, die Reaktion – den Krieg. Vier Grundsätze der Außenpolitik der polnischen Demokratie]. – Tatsächlich wurde in den PKWN-Zeitungen schon im Spätsommer 1945 gegen Großbritannien und die USA Stimmung gemacht, nachdem Polen, die Mitglieder von Räuberbanden waren, in der britischen Besatzungszone vor Gericht gestellt und teils zum Tode verurteilt worden waren; der amerikanischen Besatzungspolitik wurde vorgeworfen, sie sei den Deutschen gegenüber nicht streng genug. Nach Churchills Rede in Fulton im März 1946 begann eine propagandistische Hetze gegen den Architekten des Sieges

Zeichen „Z“ für Żyd (Jude) benutzt, mit dem Bescheinigungen für Juden abgestempelt wurden.²¹² Ein andermal bezeichnete der Lodzer „Express“ einen Marian Szyfman, der vor Gericht stand, weil er – sich als Deutscher ausgebend – Polen mißhandelt habe, als „Nichtarier (*niearyjczyk*)“.²¹³ Die Wochenzeitung *Kuźnica* nahm den Dichter Mieczysław Jastrun in Schutz, nachdem Marek Antoni Wasilewski ihm vorgeworfen hatte, er fröne einem „krankhaften Todeskomplex“. Das Blatt äußerte seinerseits Verwunderung darüber, daß nur anderthalb Jahre nach dem Ende der NS-Besatzung und in der gleichen Woche, in der die Ereignisse in Kielce die Weltmeinung bewegt hätten, eine solche Kritik aufkomme und erinnerte daran, daß Jastrun damals zu jeder Stunde vom Tode bedroht gewesen sei.²¹⁴ Als *Kuźnica* über den Mord an den Zigeunern Polens berichtete, daß deren Leiden jenem der Juden gleichgekommen sei, bekannte der Verfasser bei dieser Gelegenheit, er habe einige Wochen früher anonym „ordinäre [...] Briefe erhalten, in denen man mich als Juden beschimpfte (*ordynarne [...] listy z wymysłami od Żydów*)“, nachdem er über die Judenverfolgung geschrieben hatte.²¹⁵ Das marxistische Vorzeigebblatt stellte unterdessen auch eigene Reflexionen über die anthropologische Berechtigung des Rassismus an. So führte Jerzy Barski aus, die Deutschen seien eines der rassistisch am stärksten durchmischten Völker Europas: „Was den Reichtum ihrer rassistischen Faktoren angeht, müssen sie wohl nur den Juden den Vortritt lassen.“²¹⁶ Schon in einer Untersuchung von Jan Czekanowski über die rassistische Zusammensetzung der Warschauer Juden habe dieser resümiert, daß sie den Menschen in Franken, in der Mitte Deutschlands, ähnlich seien. Der Untergang des Nationalsozialismus habe nichts daran geändert, daß „bis heute gewisse Begriffe des Rassismus in unserer Gesellschaft herumgeistern“.²¹⁷ So könne man häufig den Begriff „Arier (*aryjczyk*)“ und „Nichtarier (*niearyjczyk*)“ hören, obwohl die Juden vom anthropologischen Standpunkt aus genauso Arier wie die übrigen indogermanischen Völker seien. „Interessant ist“, merkte Barski an, „daß selbst Juden den Unsinn über ‚Arier‘ und ‚Nichtarier‘ wiederholen, wobei sie sich häufig nicht darüber klar sind, daß sie nicht nur Opfer eines ungeheuren Verbrechens, sondern auch einer gleichermaßen ungeheuerlichen Mystifikation geworden sind“.²¹⁸

über Nazideutschland.

²¹² *Kuźnica*, Nr. 7, 14. Oktober 1945, Hitlerowcy w Dąbrowie Górniczej [Nazis in Dąbrowa Górnicza].

²¹³ *Kuźnica*, Nr. 5, 11.1.1946, rdc [Adolf Rudnicki?]: Rasiści w brukowcu [Rassisten beim Boulevardblatt].

²¹⁴ *Kuźnica*, Nr. 32, 19.8.1946, rdc [Adolf Rudnicki?]: „Za mało ludzka“ [„Zu wenig menschlich“]. Zu Wasilewskis Kritik in Dziś i Jutro siehe unten Kap. IV.2.2.1.

²¹⁵ *Kuźnica*, Nr. 36, 16.9.1946, mm. [Mariusz Margal]: Hej, cyganie, graj, cyganie! [Komm Zigeuner, spiel auf!].

²¹⁶ *Kuźnica*, Nr. 11, 25.3.1946, Jerzy Barski: Czyste rasy i mętne lby [Reine Rassen und trübe Birnen]: *Bogactwem składników rasowych nie ustępują może tylko Żydom*.

²¹⁷ *Pewne pojęcia rasizmu po dziś dzień pokutują i w naszym społeczeństwie*.

²¹⁸ *Ciekawą jest rzeczą, że brednię o „aryjczykach“ i „nierajjczykach“ powtarzają i sami Żydzi, nie zdając sobie często sprawę, że byli ofiarą nie tylko potwornej zbrodni, ale i równie potwornej mistyfikacji*.

Trotz aller Beschränkungen, denen Publikationen in den ersten zwei bis drei Jahren nach Kriegsende unterworfen wurden, gab es in dieser Zeit noch einen eingeschränkten, „kontrollierten Pluralismus (*kontrolowany pluralizm*)“ in der veröffentlichten Meinung.²¹⁹ Erst im Frühjahr 1947 sollte mit der Auflösung des Ministeriums für Information und Propaganda die zweite Phase der Aneignung der Massenkommunikationsmittel beginnen, die schrittweise dem unmittelbaren Zugriff der PPR unterstellt wurden.²²⁰

Erster Zensor war in Lublin Jerzy Borejsza²²¹, der darauf achtete, daß nichts erschien, was gegen die Sowjetunion, Bierut und die neue Führungsclique gerichtet war.²²² Nach einer kurzen Zeitspanne, als parteiinterne Zensurmechanismen *Głos Ludu* und *Robotnik* überwachten, ergab sich mit der Zulassung weiterer Zeitungen, die von Kommunisten nicht unmittelbar kontrolliert wurden, in den Augen der Machthaber die Notwendigkeit, der Zensur einen organisatorischen Rahmen zu geben. Dies geschah seit September 1944 vorübergehend bei der Informations- und Presseabteilung im PKWN-Ressort für Information und Propaganda. Jakub Berman hatte größten Einfluß bei den Vorbereitungen zur Einrichtung des PKWN-Ressorts für Information und Propaganda. Chef des Ressorts wurde Stefan Jędrychowski, die faktische Leitung hatte indes dessen Stellvertreter, der Sozialist Stefan Matuszewski²²³ inne. Diesem unterstanden u.a. die

²¹⁹ JAKUB PERKAL [=ANDRZEJ PACZKOWSKI]: Polityczna historia prasy w Polsce w latach 1944-1948 [Politische Geschichte der Presse in Polen 1944-1948], in: 40 lat władzy komunistycznej w Polsce [40 Jahre kommunistische Herrschaft in Polen], hrsg. von IRENA LASOTA, London 1986, S. 151-185, hier S. 159.

²²⁰ Durch die am 10.5.1947 erfolgte Gründung des Verlags „Robotnicza Spółdzielnia Wydawnicza „Prasa“, der unter der Aufsicht Jakub Bermans stand. Die Kompetenzen der Chefredakteure wurden beschränkt, und es trat eine Vereinheitlichung und Verarmung der Presselandschaft ein. Zur gleichen Zeit entstand die einflußreiche PPR- Pressekommision. ELŻBIETA CIBORSKA: Dziennikarze z władzą (nie zawsze) w parze [Journalisten mit den Machthabern (nicht immer) im Gleichschritt], Warszawa 1998, S. 54, 56.

²²¹ Jerzy Borejsza (eigtl. Beniamin Goldberg, 1905-1952), Journalist, Verleger, kommunistischer Funktionär; Sohn des Chefredakteurs der jiddischen Tageszeitung Hajnt (Heute), Abraham Goldberg; 1920er Jahre Studium und journalistische Tätigkeit in Frankreich; 1927 Rückkehr nach Polen, KPP-Funktionär; 1938/39 beim Robotnik; 1939-1941 Direktor der Kultureinrichtung Ossolineum in Lemberg, 1941/42 in der Roten Armee; 1943 Mitbegründer des ZPP und der Kościusko-Division; Chefredakteur des ZPP-Blattes Wolna Polska; August 1944 Leiter Presse- und Informationsabteilung im PKWN-Ressort für Information und Propaganda, 1944/45 Schöpfer und Chefredakteur der Rzeczpospolita, Begründer der Zeitschrift Odrodzenie und der Verlagsgenossenschaft (Spółdzielnia Wydawnicza) Czytelnik; KRN-Abgeordneter. Vgl. FIJAŁKOWSKA, Borejsza i Różański; ELŻBIETA CIBORSKA: Leksykon polskiego dziennikarstwa [Lexikon des polnischen Journalismus], Warszawa 2000, S. 58 f.; JERZY CENTKOWSKI: Jerzy Borejsza (1905-1952), in: Materiały pomocnicze do historii dziennikarstwa Polski Ludowej, H. 4, S. 81-93; ZBIGNIEW GRZEGORCZYK: Działalność Jerzego Borejszy w okresie lubelskim, in: Prasa lubelska. Tradycje i współczesność [Die Lubliner Presse. Ihre Traditionen und Gegenwart], hrsg. von JERZY JAROWIECKI u.a., Lublin 1986, S. 249-258; MIECZYSLAW CIEĆWIERZ: Polityka prasowa 1944-1948 [Die Pressepolitik 1944-1948], Warszawa 1989, S. 14 ff.; Jerzy Putrament: Niema bitwa [Stumme Schlacht], in: W stolecznym Lublinie [Im hauptstädtischen Lublin], hrsg. von MARIA BECHCZYC-RUDNICKA, 2. Aufl. Lublin 1984, S. 82-92.

²²² Vgl. Główny Urząd Kontroli Prasy 1945-1949, bearb. von DARIA NAŁĘCZ, Warszawa 1994 (Dokumenty do dziejów PRL, 6), S. 12; JACEK NATANSON: Tygodnik „Odrodzenie“ (1944-1950) [Die Wochenzeitung „Odrodzenie“], Warszawa 1987, S. 24.

²²³ Stefan Matuszewski (1905-1985), Theologe, Pädagoge, Politiker; 1937 PPS-Mitglied; 1943/44 während des Exils in der Sowjetunion in Kościusko-Division; in der 3. Infanteriedivision der sowjetpolnischen Armee einer der Redakteure der Divisionszeitung „Na zachód“ (Nach Westen); September-Dezember 1944 stellvertretender Leiter

Agentur Polpress, ein Teil der Presse und der Polnische Rundfunk. In Schlüsselpositionen saßen „Mitglieder der PPR sowie die fügsamsten sog. Aktivisten der verbündeten Parteien“.²²⁴ Bis Januar 1945 war das Ressort auch für die Zensur zuständig, die dann an die Staatssicherheitsbehörde übergang. Anweisungen an die Zensurstellen ergingen im Einvernehmen mit oder auf Empfehlung von Radkiewicz und Jakub Berman.²²⁵ Letzterem, dem in der Führungstroika des Regimes (neben Bierut und Minc) die Bereiche Ideologie, Bildung, Kultur, Propaganda, Außenpolitik sowie die Aufsicht über den Sicherheitsdienst zufielen, schreibt die Forschung eine Schlüsselrolle bei der Sowjetisierung des Kulturlebens zu.²²⁶ Er verdankte seine starke Stellung der Gunst Stalins, dessen Absichten und Direktiven er sich völlig unterwarf.²²⁷ Nachdem Berman auf einer Versammlung der führenden Mitarbeiter der Wojewodschafts- und städtischen Zensurstellen in Warschau im Mai 1945 die pauschale Verurteilung der Heimatarmee kritisiert hatte, änderte sich die Haltung der kommunistischen und kommunistisch gelenkten Presse.²²⁸ Die gegen die AK gerichtete „Demaskierungskampagne“ wurde zum Schweigen gebracht, sie wandte sich nun aber um so heftiger gegen „die Banditen der NSZ“. Im Mai 1946 in *Głos Ludu* kündigte Berman an, man werde „die Überreste des Faschismus ausjäten“:

„In den befreiten polnischen Gebieten vermehren sich fast tagtäglich frische Gräber, die Gräber von PPR-Funktionären und anderer demokratischer Aktivisten, die unter den Kugeln faschistischer Banditen der NSZ, Zersetzern der Anders-Armee und Mietlingen der Reaktion gefallen sind. [...] Die faschistische Brut, welche die Ehre Polens besudelt, indem sie unschuldige Menschen in Häusern, auf Landstraßen und Wegen ermordet, wird restlos hinweggefegt werden.“²²⁹

Als „Zentralstelle für die Überwachung der Presse, Publikationen und Aufführungen (*Centralne Biuro Kontroli Prasy, Publikacji i Widowisk, CBKPPW*)“ wurde die Zensur im Januar 1945 im Ministerium für Öffentliche Sicherheit (MBP) angesiedelt.²³⁰ Die Zentrale

des PKWN-Ressorts für Information und Propaganda, 1945/46 Leiter des Propagandaministeriums (MIP) und Generalsekretär der ‚Lubliner‘ PPS (Polska Zbrojna, Nr. 201, 24.8.1946, Izabela Bychowska: Redaktor 3 DP; MOŁDAWA, S. 392).

²²⁴ PERKAL, S. 152 f.: [...] *członkowie PPR oraz najbardziej im ulegli tzw. działacze stronnictw sojusznicych* [...].

²²⁵ CIEĆWIERZ, *Polityka prasowa*, S. 107.

²²⁶ Vgl. Główny Urząd, S. 7; TORAŃSKA, *Die da oben*, S. 169.

²²⁷ Vgl. Główny Urząd, S. 8.

²²⁸ MIECZYŚLAW CIEĆWIERZ: *Ograniczenia treści prasy w okresie PKWN i Rządu Tymczasowego* [Die Beschränkung des Inhalts der Presse in der Periode des PKWN und der Interimsregierung], in: KHPP 22 (1983), H. 4, S. 63-83, hier S. 78.

²²⁹ *Głos Ludu*, Nr. 120, 2.5.1946, *Manifestujemy pod hasłem: Niech żyje jedność działania PPR i PPS. Przemówienie tow. tow. Cyrankiewicza i Bermana* [Wir demonstrieren unter der Losung: Es lebe die Einheit von PPR und PPS. Ansprachen der Genossen Cyrankiewicz und Berman]: *Wykarczujemy resztki faszyzmu [...] na wyzwolonej ziemi polskiej co dzień prawie wyrastają świeże mogiły, mogiły PPR-owców i mogiły innych działaczy demokratycznych, którzy padli od kuli faszystowskich bandytów NSZ, dywersantów Andersa i najmitów reakcji. [...] Pomiot faszystowski, który plami honor Polski mordując niewinnych ludzi po domach, na szosach i drogach, będzie wymieciony bez reszty.* Für das Stronnictwo Demokratyczne sprach bei diesem Anlaß „im Namen der polnischen Intelligenz“ Leon Chajm. Zum Hintergrund vgl. JOHN MICGIEL: „Bandits and Reactionaries“: The Suppression of the Opposition in Poland, 1944-1946, in: *The Establishment of Communist Regimes*, S. 93-110.

²³⁰ Vgl. Główny Urząd, S. 27; CIEĆWIERZ, *Polityka prasowa*, S. 31.

befand sich in Warschau, Zweigstellen waren über das Land verteilt. Die Zensur als eigene Institution wurde unter direkter sowjetischer Aufsicht Ende 1945 eingeführt.²³¹ Als die Kritik an der Verbindung zwischen Staatssicherheitsamt und Presseüberwachung nicht abreißen wollte²³², installierte die Warschauer Regierung im November 1945 anstelle des CBKPPW das „Hauptamt für die Überwachung von Presseorganen, Veröffentlichungen und Aufführungen (*Główny Urząd Kontroli Prasy, Publikacji i Widowisk*, GUKPPW), das dem Präsidium des Ministerrats unterstellt wurde²³³, wobei erst ein Bierut-Dekret im Juli 1946 eine Rechtsgrundlage nachlieferte und den Aufgabenbereich der Zensurbehörde festlegte.²³⁴ Der GUKPPW war für die zentrale Konzessionierung zuständig und mußte die Herausgabe neuer Titel, die Änderung der Auflage oder der Erscheinungshäufigkeit, des Umfangs oder Formats genehmigen.²³⁵ Auch konnte sie den Abdruck von Nachrichten gebieten, welche die Redaktion nicht drucken wollte.²³⁶ Gleichzeitig wuchs die Zahl der Titel rasch an: 1946 gab es 723 Blätter, d.h. fast doppelt so viele wie 1944/45.²³⁷ Der Aufsicht der Behörde unterlagen alle Publikationen mit Ausnahme der Armeepresse und der sowjetischen Frontzeitungen in polnischer Sprache.²³⁸ Einzig der jüdischen Minderheit wurde unmittelbar nach dem Krieg die Herausgabe eigener Presseorgane – insgesamt 25 Titel – genehmigt.²³⁹

Zum Direktor des CBKPPW wurde im Februar 1945 Tadeusz Zabłudowski berufen²⁴⁰, und er war bis 1948 auch der erste Leiter des GUKPPW. Die Mitarbeiterschaft bestand zumeist aus Journalisten und Kulturschaffenden²⁴¹; die Führungspositionen nahmen vertrauenswürdige Kommunisten ein.²⁴² Die Rekrutierung der Zensoren war dabei „noch rigoroser als [die] im

²³¹ Vgl. *Główny Urząd*, S. 15.

²³² MIECZYŚLAW CIEĆWIERZ: *Kształtowanie się państwowego aparatu nadzoru i kontroli prasy w Polsce w latach 1944-1948* [Die Formierung des staatlichen Aufsichts- und Kontrollapparats für die Presse in Polen 1944-1948], in: *KHPP* 22 (1983), H. 2, S. 27-63, hier S. 44-50.

²³³ CIEĆWIERZ, *Polityka prasowa*, S. 183.

²³⁴ *Główny Urząd*, S. 28.

²³⁵ CIEĆWIERZ, *Polityka prasowa*, S. 134 f.

²³⁶ Vgl. den Bericht der *Gazeta Ludowa*-Redaktion über Eingriffe der Zensur, Mai-August 1946, 15 Bl., maschinenschriftlich, in: Privatarchiv Wojciech Giełżyński, Warschau, Dokument 1, Bl. 1.

²³⁷ CIEĆWIERZ, *Polityka prasowa*, S. 136.

²³⁸ Vgl. ebenda, S. 97.

²³⁹ Vgl. ebenda, S. 86, 148.

²⁴⁰ Tadeusz Zabłudowski (1907-1984); Journalist, Übersetzer, Herausgeber; aus einer wohlhabenden Warschauer Kaufmannsfamilie, 1914-1918 in Moskau; Studium Handelshochschule Warschau, 1931 KPP-Mitglied, Trotzkiist; Herbst 1939 in Białystok, 1940/41 tätig in der polnischen Abteilung des Weißrussischen Staatsverlags in Minsk; 1941 bemühte er sich vergebens um Aufnahme in die Rote Armee; 1942 bei der Arbeitsarmee; 1943 nach Moskau berufen, ZPP-Mitglied, Mitarbeiter von „*Wolna Polska*“ und „*Nowe Widnokreği*“; Oktober 1944 PPR-Beitritt, November 1944 Rückkehr nach Polen, Redaktionssekretär *Głos Ludu*; Mitglied „der zentralen ideologisch-propagandistischen Gruppe im ZK der PPR (*członek centralnej grupy ideologiczno-propagandowej KC PPR*)“ (CIEĆWIERZ, *Kształowanie*, S. 43); Juni-Dezember 1948 Chefredakteur *Głos Ludu*; dann stellvertretender Chefredakteur der Wochenschrift *Film Polski*; übte 1950 Selbstkritik (CIBORSKA, *Leksykon*, S. 640 f.). Kazimierz Bagiński schildert ihn als einen „sehr intelligenten Menschen mit guten Manieren“. KAZIMIERZ BAGIŃSKI: *Cenzura w Polsce* [Zensur in Polen], in: *Zeszyty Historyczne*, 1965, Nr. 8, S. 129-152, hier S. 150.

²⁴¹ CIEĆWIERZ, *Polityka prasowa*, S. 47.

²⁴² CIEĆWIERZ, *Ograniczenia*, S. 78, berichtet, in der Zensurbehörde der Wojewodschaft Kielce seien einmal zwei Marxisten und ehemalige Auschwitz-Häftlinge, die sich allzu sehr in den Inhalt eingemischt hätten, entlassen

Propagandaressort [...]“.²⁴³ Ferdynand Chaber war 1945/46 Leiter der Presseabteilung im CBKPPW bzw. GUKPPW. Ihm war als Chef des Pressereferats der Propaganda-Abteilung im ZK der PPR zugleich die PPR-Pressepropaganda unterstellt.²⁴⁴

Während im Warschauer Archiv Neuer Akten mehrere tausend Mappen aus dem GUKPPW mit Material aus Zensur-Eingriffen lagern, mangelt es für die frühe Phase der kommunistischen Zensurbehörde an Anleitungsmaterial, insbesondere an Verzeichnissen mit Zensurvorschriften; auch Personalakten liegen nicht vor.²⁴⁵ Wie Andrzej Krawczyk ausführt, ist es bislang nicht möglich gewesen, „die Grundsätze dieser Eingriffe und den Einfluß einzelner Institutionen (MIP, Partei, Zensur, Sicherheitsministerium)“ präzise zu bestimmen.²⁴⁶ Die meisten schwerwiegenden Eingriffe betrafen die PSL-Presse. So wurden etwa bei der Tageszeitung *Gazeta Ludowa* zwischen dem 4. November 1945 und dem 12. Januar 1946 330 Eingriffe vorgenommen, von denen die Zensurkontrolle 292 für richtig und 38 nachträglich für falsch befand.²⁴⁷

Seit Januar 1945 war das Ministerium für Information und Propaganda (*Ministerstwo Informacji i Propagandy*, MIP) eines von 17 Ministerien der Warschauer Regierung. Im MIP gab es keine genaue Festlegung der Kompetenzen der Abteilungen im Innern wie der des Ministeriums nach außen.²⁴⁸ Es gliederte sich u.a. in eine Presse- und eine Propagandaabteilung, die mit dem CBKPPW zusammenarbeiteten, und es spielte eine bedeutende Rolle im innerpolnischen Kampf um die Macht.²⁴⁹ Zwar wurde die Zensurbehörde nun als Teil des MIP angesehen, doch hatte das Propagandaministerium tatsächlich „keinen wesentlichen Einfluß auf den Inhalt der Zensuranweisungen und -verbote“.²⁵⁰ Großer Einfluß ging vielmehr von der Abteilung für Agitation und Propaganda des ZK der PPR (*Wydział Agitacji i Propagandy KC PPR*) aus, deren Vertraute in der Presseagentur Polpress/PAP, in Polskie Radio, im MIP und im Verlag „Czytelnik“ saßen.²⁵¹ Das MIP hat nie die Kompetenz zur Lenkung der gesamten Presse

worden.

²⁴³ PERKAL, S. 153.

²⁴⁴ CIBORSKA, *Dziennikarze*, S. 55; CIEĆWIERZ, *Kształtowanie* S. 53 f.; CIEĆWIERZ, *Ograniczenia*, S. 78. Ferdynand Chaber [auch: Haber] (*1907); KPP-Mitglied, 1945/46 einer der Zensoren der *Gazeta Ludowa*; 1948-1954 stellvertretender Leiter der Presse- und Verlagsabteilung der PZPR.

²⁴⁵ Vgl. *Główny Urząd*, S. 5; CIEĆWIERZ, *Ograniczenia*.

²⁴⁶ ANDRZEJ KRAWCZYK: *Ministerstwo Informacji i Propagandy 1944-1947* [Das Ministerium für Information und Propaganda 1944-1947], in: *KHPP* 25 (1986), H. 2, S. 65-84, hier S. 83: [...] *zasad tych ingerencji i wpływu poszczególnych instytucji (Ministerstwo, partie, cenzura, MBP)*.

²⁴⁷ CIEĆWIERZ, *Polityka prasowa*, S. 219. Siehe dazu ausführlicher unten Kap. IV.2.1.1.

²⁴⁸ Vgl. KUŚMIERSKI, *Propaganda polityczna*, 209 f.

²⁴⁹ Vgl. ebenda, S. 220.

²⁵⁰ CIEĆWIERZ, *Kształtowanie* S. 53: [...] *nie miało zasadniczego wpływu na treść instrukcji i zakazów cenzorskich*.

²⁵¹ KUŚMIERSKI, *Propaganda polityczna*, S. 147. An der Feier zum ersten Jahrestag der Gründung von *Głos Ludu* nahmen nicht nur die Parteigrößen Berman, Zambrowski, Edward Ochab, Zenon Kliszko und Kasman teil, sondern auch der Oberbefehlshaber Marian Spychalski, Propagandaminister Matuszewski, der Leiter der MIP-Presseabteilung Baumritter, PAP-Chefredakteurin Julia Mincowa sowie der Chef der Zensurbehörde Tadeusz

erhalten. Die Konkurrenz mit der Sicherheitsbehörde schränkte die Kompetenzen des MIP vor Ort deutlich ein.²⁵² Und es war nicht nur ein schwächerer Partner gegenüber der kommunistischen Partei und der Armee, sondern auch gegenüber der PPS und dem Verlag „Czytelnik“.²⁵³ Gleichwohl: Das MIP vertrat die Interessen nur einer Partei – der PPR.

Die beiden Hauptaufgaben des Ressorts bzw. Ministeriums bestanden 1944/45 in der Mobilisierung der Gesellschaft für den Kriegseinsatz und „der ‚Popularisierung der demokratischen Idee‘ durch die Gegenüberstellung ‚zweier Blöcke: des demokratischen und des reaktionären‘“.²⁵⁴ Die Daseinsberechtigung des Propagandaministeriums folgte freilich auch aus dem Umstand, daß eine Minderheit die Macht im Staat übernommen hatte und die Gesellschaft erst ‚überzeugt‘ werden sollte.²⁵⁵ Auf Grundlage der aus dem Land eingehenden Informationen wurden im MIP Monatsberichte verfaßt und für die Staatsführung laufend hergestellte Sammlungen von als wichtig erachteten Ausschnitten aus Berichten angefertigt.²⁵⁶ Der immense materielle Einsatz der Propaganda vor der Volksabstimmung 1946 war eine Kraftprobe, inwieweit sich die Gesellschaft der Indoktrinierung ergeben würde.²⁵⁷ Aufgrund der daraus gewonnenen Erfahrungen baute das Ministerium gegen Ende 1946 die nachrichtendienstliche Tätigkeit aus. Um den Stimmungen in der Bevölkerung nachzugehen, wurde im Herbst 1946 ein umfangreicher Fragebogen an Kreis- und Wojewodschaftsämter des MIP mit 46 Fragen versendet, in dem auch nach der Lage der jüdischen Bevölkerung, nach dem Verhältnis von Polen und Juden und der Verbreitung illegaler Presse sowie antirussischen Einstellungen gefragt wurde.²⁵⁸ Nach dem Pogrom von Kielce bereitete das MIP Texte für Resolutionen vor, die für die Veranstalter von Kundgebungen als Muster dienten.²⁵⁹ Darin hieß es u.a.:

„Die polnische Reaktion, die einheimischen Anhänger Hitlers, bemühen sich [...] das Land in ein Chaos brudermörderischer Kämpfe zu stürzen. In ihrem Haß auf die Volksmacht bemühen sich die polnischen Faschisten, indem sie zusammen mit Volksdeutschen und Gestapo-Agenten zur vergifteten Waffe des

Zabłudowski. Głos Ludu, Nr. 305, 16.11.1945, Rok pracy „Głosu Ludu“ [Ein Jahr „Głos Ludu“].

²⁵² Vgl. KRAWCZYK, Ministerstwo Informacji i Propagandy, S. 72.

²⁵³ ANDRZEJ KRAWCZYK: Miejsce Resortu Informacji i Propagandy w systemie prasowym PRL (1944-1947) [Der Platz des Informations- und Propagandaresorts im Pressesystem Volkspolens], in: Materiały pomocnicze do najnowszej historii dziennikarstwa Polski Ludowej, H. 17 (1992), S. 22-32, hier S. 24. Das MIP lag bei der Lancierung neuer Presstitel gegenüber Czytelnik und der Parteipresse weit im Hintertreffen und deckte mit seinen Titeln nur etwa 10% des Marktes ab.

²⁵⁴ KRAWCZYK, Pierwsza próba, S. 15, über eine Ansprache Zygmunt Kratkos zur Aufgabe der Propaganda auf einer Konferenz der regionalen Leiter des Ressorts Ende Dezember 1944 in Lublin: [...] „popularyzowanie idei demokratyzmu“ przez przeciwstawienie sobie „dwóch bloków: demokratycznego i reakcyjnego“.

²⁵⁵ KRAWCZYK, Ministerstwo Informacji i Propagandy, S. 66.

²⁵⁶ Vgl. KRAWCZYK, Pierwsza próba, S. 38 f.

²⁵⁷ Vgl. ebenda, S. 30.

²⁵⁸ AAN, MIP, Sign. 24, Mf 27932, Bl. 150-154. Ankieta. 1. Sytuacja polityczna. Die Fragen 23 bis 28 lauteten: 23. Welcher Prozentsatz an Juden befindet sich in Ihrem Gebiet? 24. Welche Haltung haben Polen zu den Juden? 25. Und umgekehrt – wie verhalten sich Juden gegenüber Polen? 26. Gibt es in Ihrem Gebiet Antisemitismus? 27. Gibt es dafür Gründe und wenn ja, welche? 28. Welchen Standpunkt nimmt die Geistlichkeit in der Judenfrage ein? (23. Jaki procent Żydów znajduje się na waszym terenie? [...] 24. Jaki jest stosunek Polaków do Żydów? 25. I odwrotnie – jak Żydzi ustosunkowują się do Polaków? 26. Czy na waszym terenie istnieje antysemityzm? 27. Czy są powody i jakie? 28. Jakie stanowisko zajmuje duchowieństwo w kwestii żydowskiej?)“.

²⁵⁹ Vgl. KRAWCZYK, Pierwsza próba, S. 39.

Antisemitismus greifen, mittelalterliche Legenden über Ritualmorde zu neuem Leben zu erwecken.“²⁶⁰

Die Propaganda gegen den politischen Gegner wurde dabei unmittelbar mit dem Judenmord verknüpft:

„In den angeblich zur Verbrennung der Juden errichteten Öfen von Majdanek sind Polen und Juden gemeinsam umgekommen. Wir rufen die Regierung der Nationalen Einheit auf, ein Dekret zur Bekämpfung des Antisemitismus und zum Kampf gegen die Volksverräter zu erlassen, die [...] sich bemühen, das Gift des Rassenhasses in unsere Gesellschaft zu pflanzen.“²⁶¹

Wie an dieser Aussage deutlich wird, richtete sich die Agitation nicht allein gegen die vermeintlichen Judenmörder aus dem bewaffneten antikommunistischen Widerstand, sondern auch gegen jene, die bestritten, daß in Majdanek gleichermaßen „Polen und Juden gemeinsam umgekommen“ seien oder die gar behaupteten, daß die Krematorien in den NS-Tötungszentren tatsächlich (ganz überwiegend) zur Verbrennung jüdischer Ermordeter in Betrieb waren.

Leiter des Propagandaministeriums wurde Stefan Matuszewski. Als Chef der MIP-Nachrichten- und Presseabteilung (*Department Informacyjno-Prasowy*) fungierte 1945 Jerzy Baumritter²⁶²; zu seinen Mitarbeitern gehörte Józef Wasowski²⁶³. Matuszewskis Mitarbeiter verfügten aus ihrer Propagandatätigkeit in der sowjetpolnischen Armee über reiche Erfahrungen bei „der Arbeit mit Leuten, die der Sowjetunion mit Vorurteilen gegenüberstanden und alles andere als linksorientiert waren“.²⁶⁴ Dort hatte man auf die Einhaltung religiöser Zeremonien geachtet, sich – bis zum Überdruß – auf nationale Traditionen und Symbole berufen und das national Verbindende anstelle der Aufteilung in Klassen und politische Gruppierungen betont. Die MIP-Mitarbeiter, unter denen neun von 19 (offen) PPR-Mitglieder waren, waren relativ

²⁶⁰ AAN, MIP, Sign. 79 (auch als Mf 27988), Bl. 59: *Polska reakcja, rodzimi zwolennicy Hitlera, [...] usiłują się [...] rzucić kraj w odmet walk bratobójczych. W swej nienawiści do władzy ludowej, faszyści polscy wspólnie z volksdeutschami i agentami Gestapo sięgając zatrutej broni antysemityzmu usiłuje wskrzesić średniowieczne legendy o mordach rytualnych.*

²⁶¹ Ebenda: *W piecach budowanych na Majdanku i w Oświęcimie, rzekomo dla spalania Żydów, ginęli wspólnie Polacy i Żydzi. Wzywamy Rząd Jedności Narodowej do wydania dekretu zwalczającego antysemityzm i do walki przeciwko zdrajcom narodu, którzy[...] usiłują wsadzić w nasze społeczeństwo jad nienawiści rasowej.*

²⁶² CIEĆWIERZ, *Polityka prasowa*, S. 133. Jerzy Baumritter (1916), Studium Psychologie, Polonistik und Pädagogik Universität Warschau; Mitglied ZPP, Offizier der 1. Polnischen Armee in der UdSSR, erster Chefredakteur des Zeitung der 3. Division, Na Zachód (CIEĆWIERZ, *Kształtowanie*, S. 32). Später Chefredakteur des Polnischen Rundfunks, stellvertretender Chefredakteur der PZPR-Zeitung Trybuna Ludu (Biographische Materialien aus der Presse Ostmitteleuropas nach 1945, A. Polen. Bd. 1: A-G, bearb. von KARL VON DELHAES u.a., Marburg 1998, S. 63).

²⁶³ Józef Wasowski (eigtl. Wassercug, 1885-1947), Schriftsteller, Journalist und Pädagoge; 1908 Beendigung des Studiums in Paris, ließ sich nach seiner Rückkehr nach Polen taufen und änderte seinen Namen; Mitbegründer und Direktor der Warschauer Journalistik-Hochschule (WSD), Mitarbeiter der Presseabteilung des Außenministeriums; 1945 Vorsitzender des „Berufsverbandes der Journalisten (*Związek Zawodowy Dziennikarzy R.P.*)“ und einer der führenden Politiker des Stronnictwo Demokratyczne. Wasowski hielt 1945 dafür, „daß die Presse die Rolle des nationalen Gewissens einnimmt, das die Bestrafung der Verbrecher fordert (*że prasa spełnia rolę sumienia narodowego, które domaga się kary na zbrodniarzy*) und umschrieb als Hauptaufgabe der Presse, „sowohl die Polen als auch das Ausland aus der Gleichgültigkeit und der Abstumpfung herauszureißen, die sich der Menschheit derzeit bemächtigt haben (*wyrwanie zarówno Polaków jak i zagranicy z oziępcia i zobojętnienia, jakie obecnie ludzkość ośladnęły*).“ Robotnik, Nr. 116 (146), 11.5.1945, Oświęcim. Konferencja prasowa w Ministerstwie Sprawiedliwości [Auschwitz. Pressekonferenz im Justizministerium]

²⁶⁴ KRAWCZYK, *Pierwsza próba*, S. 11.

jung, gehörten großteils zur Intelligenz, und ihr Lebenslauf deutet darauf hin, daß sie in einer Zeit der Wirren mehr oder minder zufällig zum MIP kamen; die überwiegende Mehrzahl hatte keine Beziehungen zur KPP gehabt, der ideologische Faktor spielte also eine geringe Rolle.²⁶⁵ Das MIP beschäftigte insgesamt 2800 Personen, davon 350 in der Warschauer Zentrale, 700-800 in den Wojewodschaftsämtern und rund 1500 in lokalen Ämtern; für die zentrale Presseabteilung arbeiteten 32 Personen. Gattinnen führender Politiker waren die Direktorin der Polnischen Presseagentur (PAP) Julia Minc(owa)²⁶⁶ und die Leiterin der Personalabteilung Radkiewicz(owa).²⁶⁷ Im Oktober übernahm der Arzt Feliks Widy-Wirski, der seit 1945 als Vertreter des Stronnictwo Pracy Wojewode von Posen gewesen war, die Führung des Ministeriums²⁶⁸, bevor es im April 1947 – da nicht mehr zeitgemäß – aufgelöst wurde.²⁶⁹ Seine Informationsaufgaben gingen an das Pressebüro beim Präsidium des Ministerrates (*Biuro Prasy przy Prezydium Rady Ministrów*) über, das Jakub Berman unterstand, und die Kontrollaufgaben nahm der GUKPPW wahr.²⁷⁰

Die im März 1944 vom ZPP in Moskau gegründete Nachrichtenagentur Polpress richtete sich im August 1944 in Polen ein.²⁷¹ Seit Oktober 1945 firmierte sie unter dem Namen Polnische Presseagentur. Wie bei den Zeitungen war die Spitze von Anfang an in den Händen verlässlicher PPR-Aktivisten. „Allmächtige Chefredakteurin“ war über zehn Jahre hinweg die Altkommunistin Julia Mincowa, die für diese Position über keine journalistische Qualifikation, doch über einen direkten Draht zu Jakub Berman verfügte.²⁷² Die Bedeutung der Presseagentur ergab sich aus der Tatsache, daß bis zu drei Viertel des redaktionellen Inhalts unmittelbar von Polpress/PAP stammten.²⁷³ Die Agentur besaß ein Monopol für Auslandsnachrichten, da ausländische Agenturen nicht abonniert werden durften.²⁷⁴ Leon Janowicz erinnert sich, daß damals viele Polen jüdischer Abstammung in PAP und in den Redaktionen tätig waren, darunter als Leiter der Kulturabteilung der bekannte Warschauer Karikaturist Jerzy Szwajcer („Jotes“),

²⁶⁵ Vgl. ebenda, S. 22 f.

²⁶⁶ Julia Mincowa (geb. Heflich, 1901), entstammte einer Kaufmannsfamilie; 1913-1918 in Moskau, danach wieder in Warschau, Mitglied Kommunistischer Jugendverband und KPP; 1922-1924 inhaftiert, geht 1925 mit Hilary Minc nach Frankreich, wo dieser studierte; Heirat; 1927 Ausweisung wegen kommunistischer Betätigung; in Moskau; 1930-1939 in Polen, Ende 1939 in Lemberg, 1941 Samarkand, wo Minc als Ökonomie-Professor an der Universität arbeitete; 1943 Berufung nach Moskau zum polnischsprachigen Rundfunksender „Kościuszko“, 1944 Rückkehr nach Polen, 1945-1954 Chefredakteurin Polpress bzw. PAP (TORAŃSKA, Die da oben, S. 148 f.).

²⁶⁷ Vgl. KRAWCZYK, Ministerstwo Informacji i Propagandy, S. 71.

²⁶⁸ Vgl. ebenda, S. 20.

²⁶⁹ Vgl. Główny Urząd, S. 14.

²⁷⁰ CIEĆWIERZ, Kształowanie S. 59.

²⁷¹ KUŚMIERSKI, Propaganda polityczna, S. 138; CIEĆWIERZ, Polityka prasowa, S. 123.

²⁷² Gespräch mit Leon Janowicz, 16.6.1999, Warschau. Leon Janowicz (1925), Journalist, Romanschriftsteller, Literaturkritiker; im Zweiten Weltkrieg im AK-Widerstand; 1946 Studium Journalistik-Hochschule (WSD) und Politikwissenschaft in Warschau; 1946 Praktikant bei PAP, dann Mitarbeiter der PAP-Kulturabteilung; seit 1956 langjähriger Redakteur und Kommentator beim neugegründeten Kurier Polski. Vgl. auch LEON JANOWICZ: Lekki chleb. Dyskretny urok Peerelu [Ein leichtes Brot oder Der diskrete Charme Volkspolens], Warszawa 1998, S. 12-22.

²⁷³ Gespräch mit Leon Janowicz, 16.6.1999, Warschau.

der den Holocaust in Ungarn überlebt hatte.²⁷⁵ Journalisten, die über deutsche Themen schrieben, seien am besten bezahlt worden. Überhaupt sei das Thema des deutschen Okkupationsterrors und einer weiter bestehenden deutschen Gefahr den Machthabern als Nachweis für die Notwendigkeit des Bündnisses mit der Sowjetunion äußerst wichtig gewesen. Auch der Verlag Czytelnik unterstützte, wie der Pressehistoriker Andrzej Paczkowski schreibt, „selbstverständlich die Handlungen der Machhaber und wurde – diskret, aber wirksam – von der PPR mittelbar gelenkt“.²⁷⁶ Für den Rundfunk war der Altkommunist Wilhelm Billig zuständig.²⁷⁷

Teuerstes Gut war den Zensoren, die Einheit des von den Kommunisten angeführten sog. Demokratischen Lagers gegen Gefährdungen durch freie Meinungsäußerung zu sichern.²⁷⁸ Prinzipiell sollte diese im Sinne des PKWN-Manifests nicht „für Reaktionäre [und] Faschisten“ gelten.²⁷⁹ Es zählte zu den Aufgaben der Zensur, Äußerungen zu unterdrücken, die „gegen die Aussagen des PKWN-Manifests, befreundete und verbündete Staaten gerichtet waren [und] die Rassismus und Haß propagierten [...]“.²⁸⁰ So wurden etwa Nachrichten, die auf die ‚Judenkommune‘ anspielten oder die den Deutschenhaß schwächen konnten, gestrichen.²⁸¹ Auf diese Weise wachte die Zensur sowohl über Staatsinteressen, als auch über die „geistige Reinheit und Treue (*ideowa czystość i wierność*)“ und war in diesem Sinne in erster Linie ein Werkzeug der PPR.²⁸² Zu den Tabuthemen der Pressepolitik zählt Ciećwierz

„die polnisch-sowjetischen und die deutsch-sowjetischen Beziehungen, Bestehen und Wirken der Zensur im Land [sowie] den Anteil von Bürgern jüdischer Nationalität in den Zentren der Macht, der in Hinblick auf die Bevölkerungszahl im gesellschaftlichen Empfinden unverhältnismäßig groß war [...]“.²⁸³

Die Zensurstellen erhielten eine große Zahl von Schreiben, mit denen bestimmte Themen auf den Zensurindex gesetzt wurden.²⁸⁴ In den Zeitungsredaktionen war die Außerachtlassung bestimmter Themen „eben mit Selbstzensur und einem politischen Klima verbunden, in dem ein Teil der Journalisten befürchtete, der Illoyalität gegenüber der ungefestigten Staatsmacht

²⁷⁴ PERKAL, S. 155.

²⁷⁵ JANOWICZ, *Lekki chleb*, S. 14 ff.

²⁷⁶ PERKAL, S. 155: [...] *ale afirmowała oczywiście poczynania władz i de facto była dyskretnie acz skutecznie sterowana bezpośrednio przez PPR.*

²⁷⁷ CIEĆWIERZ, *Polityka prasowa*, S. 14 f.

²⁷⁸ Vgl. Główny Urząd, S. 63.

²⁷⁹ Vgl. die Ansprache von J. Berman auf einer Delegiertenkonferenz der Zensurbehörde Ende Mai 1945 in Warschau, ebenda, S. 30-35. Für die Wojewodschaft Białystok sprach Sabina Lewi, für die Warschauer Wojewodschaft Julia Bidowa, die Frau des Direktors der MIP-Propagandaabteilung, Antoni Bida.

²⁸⁰ CIEĆWIERZ, *Polityka prasowa*, S. 107: [...] *skierowanych przeciwko postanowieniom Manifestu PKWN, państwowym zaprzyjaźnionym i sojusznicznym, propagujących rasizm i nienawiść [...].*

²⁸¹ Vgl. Główny Urząd, S. 20-24, mit einer detaillierten Liste der von Zensur betroffenen Informationen.

²⁸² Vgl. ebenda, S. 10. Leiter der Propaganda-Abteilung im ZK der PPR waren seinerzeit Leon Kasman (Okt. 1944-Feb. 1945), Helena Kozłowska (bis Juli 1945), Edward Ochab (bis Feb 1946), erneut Kozłowska (bis Sept. 1946) und Władysław Bieńkowski (bis Feb. 1947).

²⁸³ CIEĆWIERZ, *Polityka prasowa*, S. 118: [...] *stosunki polsko-radzieckie i niemiecko-radzieckie, istnienie i działanie cenzury w kraju, udział obywateli polskich narodowości żydowskiej w ośrodkach władzy – w odczuciu społecznym niewspółmiernie duży w stosunku do liczby tej ludności [...].* Vgl. auch DERS., *Ograniczenie*, S. 81.

²⁸⁴ Vgl. KRAWCZYK, *Ministerstwo Informacji i Propagandy*, S. 82.

verdächtig zu werden“.²⁸⁵ Was die offiziellen, von den Kommunisten oder ihren linken Bündnispartnern herausgegebenen Blätter angeht, so war schon infolge der personellen Besetzung der Hauptschriftleitungen und Redaktionskollegien eine weitgehende inhaltliche Kontrolle der Zeitungen gegeben. Dabei verstanden es die Kommunisten durchaus, den Idealismus vieler (Links-)Intellektueller, die sich in der ‚Lubliner‘ PPS und der Demokratischen Partei (Stronniectwo Demokratyczne, SD) engagierten, für ihre Ziele auszunutzen.²⁸⁶ Die Presselenkung bediente sich im Grundsatz allmonatlich stattfindender Chefredakteursbesprechungen der führenden Blätter²⁸⁷, doch wurden sie von einigen Journalisten nicht besucht. Marian Podkowiński erinnert sich, daß in den Redaktionsbesprechungen der Hauptschriftleiter den Katalog der verbotenen Themen bekanntgab, und mit der Zeit seien solche Vorgaben als Selbstzensur verinnerlicht worden.²⁸⁸ Größere Bedeutung hatten darüber hinaus „konkrete, an die Adresse bestimmter Redaktionen gerichtete Inspirationen, wobei zugleich Mitteilungen an die Zensurstellen ergingen“.²⁸⁹

Im allgemeinen unterband die Zensur eine Befassung mit jenen Aspekten des ‚jüdischen Themas‘, die den Machthabern nicht opportun erschienen. 1945/46 gerieten die Auseinandersetzungen um und in Palästina immer stärker in den Mittelpunkt des journalistischen Interesses, das sich allerdings ganz überwiegend nur in kurzen, von den Agenturen übernommenen Notizen niederschlug. Die PKWN-Presse weist dabei eine zusehends antibritische und prozionistische Tendenz auf²⁹⁰, während die übrigen Blätter den Bestrebungen der Juden mehr oder weniger reserviert gegenüberstanden. Nur selten berichtete die PKWN-Presse über die Lage der Juden im übrigen Ausland.²⁹¹

Technisch lief die Zensur folgendermaßen ab: 1) Es mußte das Material für die ganze Nummer, so wie sie für den Druck vorgesehen war, bei der Zensurbehörde abgegeben werden; 2) die Zensur strich, wo sie wollte – sowohl einzelne Wörter, Sätze, Abschnitte oder ganze Artikel; 3) die gestrichenen Teile mußten wieder aufgefüllt und nochmals der Zensur vorgelegt

²⁸⁵ CIEĆWIERZ, *Polityka prasowa*, S. 206: [...] *więzało się właśnie z autocenzurą i klimatem politycznym, w którym część dziennikarzy obawiała się posądzenia o niełojalność wobec nowej i nieokrężłej władzy*. Vgl. auch DERS., *Kształtowanie*, S. 40, Anm. 39.

²⁸⁶ KRAWCZYK, *Pierwsza próba*, S.5. Unter ihnen etwa Edward Kozikowski, Zofia Nałkowska und Leon Pasternak, sowie eine ganze Reihe mit jüdischem Familienhintergrund wie Kazimierz Brandys, Julian Tuwim, Adam Ważyk,

²⁸⁷ So berichtet STEFANIAK, *Prasa katolicka*, S. 148, daß Vertreter des Tygodnik Powszechny an den Sitzungen des Propagandakollegiums in den Wojewodschaftsämtern für Information und Propaganda (IiP) teilgenommen. Vgl. auch die Dokumente in: *Główny Urząd*, S. 67-72.

²⁸⁸ CIBORSKA, *Dziennikarze*, S. 30.

²⁸⁹ KRAWCZYK, *Pierwsza próba*, S. 36: [...] *konkretne inspiracje, kierowane pod adresem poszczególnych redakcji, z jednoczesnym powiadomieniem placówek cenzorskich*.

²⁹⁰ Typisch dafür ist etwa Marian K.: *Spór o Palestynę [Streit um Palästina]*, in: *Życie Warszawy*, Nr. 354/355, 22.-26.12.1945.

²⁹¹ Marian Podkowiński ging auf die Lage der verbliebenen deutschen Juden ein: *Żydzi na niemieckim szlaku [Juden auf deutschem Pfad]*, in: *Rzeczpospolita*, Nr. 11, 11.1.1946, *Reflektorem po Niemczech (IV) [Scheinwerfer auf Deutschland (4)]*.

werden. Wie sich Stanisław Stomma erinnert, entschied die Redaktion des *Tygodnik Powszechny*, sich in der Weise der Zensur unterzuordnen, „daß wir manche Themen überhaupt nicht berührten, daß wir vieles verschwiegen: Aber man durfte uns nichts diktieren: Wir würden keine fremden Texte veröffentlichen“, und die Zensur habe dies 1945-1947 gleich einem ungeschriebenen Vertrag respektiert.²⁹² Im Vergleich mit der Entwicklung nach 1947, so Stomma, sei die Zensur in den Anfangsjahren noch „relativ vernünftig und relativ mild“ verfahren. *Tygodnik Powszechny* war freilich privilegiert, „weil wir offiziell mit der katholischen Hierarchie verbunden waren“: „Andere unabhängige Gruppen wurden recht schnell gleichgeschaltet oder zum Schweigen gezwungen.“²⁹³ Wenn etwas zensiert und dann veröffentlicht worden war, wurde es nicht mehr offen kritisiert; anders verhielt es sich in internen Versammlungen, gerade was die heiklen Punkte anbetraf – die Haltung zu den Deutschen und zu den Juden: „Wer die nationalistischen Tendenzen und Auswüchse tadelte“, so Stomma, „wurde sofort beschuldigt, er sei kein guter Patriot, weil er nicht genug antideutsch oder genug antijüdisch [eingestellt] sei. [...] Aber dieses Spiel betraf auch viele Leute in der Partei.“²⁹⁴ Gegen Entscheidungen der Zensur gab es keine Berufungsmöglichkeit. Ihre Wirkung reichte bis in die hohe Politik, wurden doch sogar die publizierten Reden der kommunistischen Minister zensiert.²⁹⁵ Auch unterlagen alle Publikationen der Parteien des PKWN-Lagers der Zensur²⁹⁶ – „nur daß in diesem Amt nahezu ausschließlich PPR-Mitglieder arbeiteten“.²⁹⁷ Fast alle Druckereien gingen 1944/45 in Staatsbesitz über, was als ein Mittel angesehen wurde, die Propaganda-Offensive der Untergrundpresse gegen die Übergangsregierung zu bekämpfen²⁹⁸; das MIP verwaltete außerdem die gesamte Papierwirtschaft²⁹⁹ und damit auch die Papierzuteilung für die oppositionellen Blätter.³⁰⁰

Der Propaganda-Stil mit seiner „höchst emotionalen Aussageästhetik (*wysoco emocjonalną stylistykę wypowiedzi*)“ war am sowjetischen Vorbild ausgerichtet³⁰¹ und lief der Mentalität der Gesellschaft, den akzeptierten historisch-politischen Überzeugungen entgegen.³⁰² Aufgrund

²⁹² Gespräch mit Stanisław Stomma, 6.3.1999, Warschau. Vgl. auch – aus Sicht der Zensurbehörde – CIEĆWIERZ, *Polityka prasowa*, S. 48 f.

²⁹³ Gespräch mit Stanisław Stomma, 6.3.1999, Warschau.

²⁹⁴ Gespräch mit Stanisław Stomma, 6.3.1999, Warschau.

²⁹⁵ Vgl. BAGIŃSKI, *Cenzura*, S. 130.

²⁹⁶ Zur Situation der PPR-Presse vgl. CIBORSKA, *Dziennikarze*, S. 62-115; zur PPS-Presse vgl. GRZEGORZ JASZUŃSKI: *Wspomnienia o pracy w „Robotniku“ (1944-1948)* [Erinnerungen an die Arbeit beim „Robotnik“], in: *Materiały pomocnicze do historii dziennikarstwa Polski Ludowej*, H. 10, Warszawa 1978, S. 107-112.

²⁹⁷ PERKAL, S. 154: [...] *tylko tylko, że w urzędzie tym pracowali niemal wyłącznie członkowie PPR*. Vgl. auch CIBORSKA, *Dziennikarze*, S. 41 f.

²⁹⁸ Ciećwierz, *Polityka prasowa*, S. 59 ff.

²⁹⁹ Ebenda, S. 65.

³⁰⁰ Vgl. KRAWCZYK, *Pierwsza próba*, S. 37 f. Laut CIEĆWIERZ, *Kształtowanie*, S. 51, ging die Papierzuteilung im April 1946 an das Industrieministerium über.

³⁰¹ Vgl. KRAWCZYK, *Pierwsza próba*, S. 12.

³⁰² Vgl. KRAWCZYK, *Ministerstwo Informacji i Propagandy*, S. 84.

ständiger Wiederholungen gerieten die Aussagen sehr bald zu einer schablonenhaft leblosen Propagandasprache. Nicht nur die kommunistische, auch die sozialistische Presse eignete sich den sowjetischen Pressejargon an:

„Die noch kaum erforschte Sprache der Propagandakampagnen frappte durch drastische Formulierungen und Einseitigkeit in der Bewertung und verwendete reichlich Schimpfwörter. Die ganze Gesellschaft wurde mit dem spezifischen Gebrauch von Wörtern wie ‚Demokratie‘, ‚volksdemokratisch‘ [und] ‚fortschrittlich‘ erpreßt, da man all jenen das Recht nahm sie zu verwenden, die sich der Unterordnung unter die PPR verweigerten.“³⁰³

Die Situation des polnischen Journalismus gegen Ende des Zweiten Weltkriegs war geprägt von den schrecklichen Erfahrungen der Okkupationsjahre, als die Journalisten unter der NS-Besatzung einem anderen Broterwerb nachgehen mußten.³⁰⁴ Im Vergleich mit den Vorkriegsjahren änderte sich das Arbeitsumfeld 1945 fundamental, denn nun war die Tages- und Wochenpresse im wesentlichen auf institutionelle Sprachrohre beschränkt, und von den meisten Zeitungsmachern wurde eine ideologische Neuausrichtung erwartet.³⁰⁵ Der stellvertretende Justizminister Leon Chajn³⁰⁶ verkündete, die Presse sei ein Instrument der Propaganda und Agitation, d.h. ein „Erzieher der Gesellschaft“, der mit Überbleibseln der Reaktion und mit dem Faschismus kämpfe.³⁰⁷

Durch den Krieg und unter der Okkupation war etwa ein Drittel der Journalisten umgekommen, unter ihnen überdurchschnittlich viele Juden und Polen jüdischer Abstammung.³⁰⁸ Gleichwohl fällt schon auf den ersten Blick ins Auge, daß polnische Juden bzw. Polen jüdischer Herkunft in der Regimepresse auffällig überrepräsentiert waren, und zwar auf einer inhaltlichen und einer personellen Ebene: unter der politischen Prominenz, d.h. unter den

³⁰³ PERKAL, S. 156: *Język kampanii propagandowych – słabo jeszcze przebadany – uderzał drastycznymi sformułowaniami i jednostronnością ocen, szafował inwektami. Całe społeczeństwo szantażowane było specyficznym używaniem takich słów jak „demokracja“, „ludowy“, „postępowy“, gdyż odbierano prawo posługiwania się nimi tym wszystkim, którzy nie zgadzali się na podporządkowanie PPR.*

³⁰⁴ Nur ein kleiner Teil der Journalisten arbeitete mit den deutschen Besatzungsbehörden zusammen, vgl. FRIEDRICH, *Publizistische Kollaboration*, S. 59-75. Vgl. auch die zeitgenössische Widerspiegelung in: *Głos Ludu*, Nr. 321 (361), 2.12.1945, *Dokumenty zbrodni niemieckich w Polsce*. Co zawierają „pamiętniki Franka“ [Dokumente der deutschen Verbrechen in Polen. Was steht in den „Diensttagebüchern Franks“?].

³⁰⁵ Vgl. CIEĆWIERZ, *Polityka prasowa*, S. 29 ff., sowie *Życie Warszawy*, Nr. 346, 15.12.1945, B.W.: „Pracujemy w zespołach ideologicznych a nie w niewoli przedsiębiorcy prywatnego.“ *Z pierwszego dnia Zjazdu Dziennikarzy* [„Wir arbeiten in ideologischen Kollegien und nicht in der Knechtschaft eines Privatunternehmers.“ Vom ersten Tag des Journalistenkongresses].

³⁰⁶ Leon Chajn (1910-1983), Jurist, Politiker; Studium Universität Warschau und Journalistik-Hochschule (WSD), seit 1932 KPP-Mitglied, 1944 SD-Mitglied, seit 1945 Generalsekretär SD; 1939-1944 in UdSSR, 1943/44 im ZPP, Juli-Dezember 1944 stellvertretender PKWN-Ressortleiter für Justiz, 1945-1949 stellvertretender Justizminister, Dezember 1944-47 KRN (MOŁDAWA, S. 340; TORAŃSKA, Oni, S. 193)

³⁰⁷ *Głos Ludu*, Nr. 279, 21.10.1945, Leon Chajn: *Sądy a prasa. Rola sądownictwa w dobie obecnej* [Die Gerichte und die Presse. Die Rolle des Justizwesens in der gegenwärtigen Zeit].

³⁰⁸ Vgl. die viele jüdische Namen enthaltende Liste in: *Głos Ludu*, Nr. 335, 16.12.1945, *Straty dziennikarstwa polskiego. Syndykaty prowincjonalne* [Verluste des polnischen Journalismus. Die Syndikate in der Provinz].

Mitgliedern des Kabinetts und den Parteiführern, deren Aussagen häufig und ausführlich wiedergegeben wurden, wie Industrieminister Hilary Minc oder die stellvertretenden Außen- bzw. Justizminister Zygmunt Modzelewski³⁰⁹ und Leon Chajn. Das PPR-Organ etwa druckte seitenlange Referate von Führungspersonlichkeiten der Partei, wie Jakub Berman und Roman Zambrowski, ab.³¹⁰ Im Vordergrund standen aber auch die ‚jüdischen‘ Leitartikler, Redakteure und Journalisten der Blätter selbst. Ihre überaus starke Präsenz in den regimetreuen Presseorganen leitet sich vor allem aus der Entstehungsgeschichte der Presse der sowjetpolnischen Armee, aber auch aus einem gewachsenen Übergewicht im kommunistischen Publikationswesen³¹¹ her.

Waren polnische assimilierte Juden und Polen jüdischer Herkunft dort – gemessen an ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung Polens – stets überrepräsentiert, so gilt dies in besonderem Maße für die Führungszirkel ihrer Presseorgane. Die Mitarbeiter des ZPP-Organs „Wolna Polska“ (Freies Polen) etwa, das seit Juli 1943 in Moskau erschien, waren außer Wanda Wasilewska alle polnisch-jüdische Journalisten und Publizisten.³¹² 1944/45 übernahmen dann Journalisten jüdischer Herkunft, die vor dem Krieg in der kommunistischen Bewegung tätig gewesen waren, viele der wichtigsten Posten in den Redaktionen der offiziellen Blätter. Es einte sie die gemeinsame Verfolgungserfahrung und eine verzerrte Vorstellung von der sozialen Wirklichkeit Polens in den Vorkriegsjahren, der eine idealisierte sowjetische Utopie gegenübergestellt wurde.³¹³ Nach Erhebungen von Elżbieta Ciborska sind fast die Hälfte der Chefredakteure der PPR-Blätter den Namen und Lebensläufen nach zu urteilen jüdischer Abstammung.³¹⁴ „Die journalistischen Kader der PPR wurden aus Moskau importiert, alle waren von ihrer geschichtlichen Mission überzeugt und richteten sich nach den aus Moskau kommenden Anweisungen.“³¹⁵ Ihre Artikel beeinflussten und prägten nicht nur die laufende

³⁰⁹ Vgl. bes. die zahlreichen Beträge über Modzelewskis Tätigkeit Anfang 1947 in *Polska Zbrojna*, Nr. 12, Nr. 15-17, Nr. 21 usw. Zygmunt Modzelewski (1900-1954), Ökonom, Diplomat, Politiker; seit 1918 in der kommunistischen Bewegung, zeitweise in Frankreich, 1937-1945 in UdSSR, 1944 in ZPP und CBKP, erster Leiter der Nachrichtenagentur Polpress; 1945 Botschafter Polens in UdSSR, 1945-1947 stellvertretender und 1947-1951 Außenminister (MOLDAWA, S. 399).

³¹⁰ Vgl. etwa *Głos Ludu*, Nr. 325 (365), 6.12.1945, Członkowie KC PPR o narodowym froncie demokratycznym [Mitglieder des ZK der PPR über die demokratische Volksfront] – drei der fünf Redner dieser Veranstaltung sind jüdischer Herkunft.

³¹¹ Anfang 1936 nahmen Juden drei Viertel der Funktionen im Partei-Verlagswesen der KPP ein. HENRYK CIMEK: *Komuniści Polska Stalin 1918-1939* [Die Kommunisten, Polen, Stalin 1918-1939], Białystok 1990, S. 107.

³¹² Vgl. SCHATZ, S. 363, Anm. 12.

³¹³ Vgl. CIBORSKA, *Dziennikarze*, S. 112 f.

³¹⁴ Ebenda, S. 113. Von der Autorin wird dieser Befund nicht weiter thematisiert. Ähnlich überrepräsentiert waren Journalisten jüdischer Herkunft übrigens auch zeitweilig im Deutschland der 1920er Jahre, vgl. HANS-HELMUTH KNÜTTER: *Die Juden und die deutsche Linke in der Weimarer Republik 1918-1933*, Düsseldorf 1971 (Bonner Schriften zur Politik und Zeitgeschichte, 4), S. 116. Über den Anteil von Juden in den US-Medien schreibt William D. Rubinstein: „The highest Jewish proportion found in any elite was among media leaders, where Jews counted for 25.8 per cent of the known total.“ W.D. RUBINSTEIN: *The Left, the Right and the Jews*, London u.a. 1982, S. 61.

³¹⁵ Ebenda, S. 115: *Kadry dziennikarskie PPR były przywiezione z Moskwy przeświadczone o swojej misji dziejowej i kierowały się wskazaniemi płynącymi z Moskwy.*

politische Berichterstattung, sondern begannen zudem, die nationalen Projekte neu zu definieren³¹⁶ und die polnische Geschichte im Sinne der neuen Machthaber umzudeuten.³¹⁷ Manche dieser Kommunisten gerieten sich als Volkspädagogen.³¹⁸ Andere, infolge des antijüdischen Vernichtungswerks für ihren gefährdeten Status in der Gesellschaft aufs höchste sensibilisiert, scharten sich dankbar um den von der Sowjetregierung in Polen installierten Machtkern. Sie gingen in ihren Reflexionen auf den Judenmord selbst ein³¹⁹, und sie beobachteten wachsam das innen- und außenpolitische Umfeld, das in ihrer Wahrnehmung den Faschismus begünstigte.³²⁰ Einige der Journalisten hatten auch unmittelbare politische Machtfunktionen im neuen Staatsapparat inne.³²¹

³¹⁶ Vgl. den Artikel von Roman Werfel in *Głos Ludu*, Nr. 118, 11.5.1945, Odbudowa Warszawy – sprawa narodu [Der Aufbau Warschaus – eine Sache des Volkes].

³¹⁷ Vgl. die *Głos Ludu*-Artikel von Roman Werfel, Nr. 110, 3.5.1945, Konstytucja trzeciego maja [Die 3. Mai-Verfassung]; Nr. 117, 10.5.1945, Jak doszliśmy do zwycięstwa [Wie wir den Sieg errangen]; Nr. 22, 22.1.1946, 1863 – 22 stycznia – 1946, seinen Blick auf den Januaraufstand von 1863; Nr. 55, 24.2.1946, W setną rocznicę Powstania Krakowskiego [Am hundertsten Jahrestag des Krakauer Aufstands]; vgl. auch von dems.: *Drogi nowej Europy* [Die Wege des neuen Europa], in: *Odrodzenie*, Nr. 4/5, 1.10.1944.

³¹⁸ *Robotnik*, Nr. 179 (209), 15.7.1945, Dr Marian Muszkat: Istoty praworządności demokratycznej [Das Wesen der demokratischen Rechtmäßigkeit].

³¹⁹ So polemisierte Marian Muszkat in der Art eines polnischen Ilja Ehrenburg gegen „Schöngeister“, die davor warnten, im Haßgefühl gegen die Deutschen auch deren kulturelle Errungenschaften („Kant, Schiller, Goethe und Beethoven“) abzulehnen – denn ihre Kultur zeige sich „in der Wiederbelebung des Gettos und der Finsternis mittelalterlicher Inquisition (*We wskrzeszeniu ghetta oraz mroków średniowiecznej inkwizycji*)“, und Ausdruck ihrer technischen Zivilisation seien „die Krematorien Majdaneks, die Gaskammern Treblinkas [...]“. Auch die – in Polen von alters her sprichwörtliche – deutsche „Ordnung“ könne kein Vorbild sein: „Es gibt nichts, was wir von den Deutschen lernen könnten (*Nie ma niczego, czego byśmy mogli się nauczyć od Niemców*)“ (*Robotnik*, Nr. 6, 7.1.1945). Der Autor, damals Kommunist, war von 1945-1949 als Leiter der Polnischen Militärmission in Deutschland zur Untersuchung der deutschen Kriegsverbrechen im Rang eines Obersten tätig (MUSIAL, NS-Kriegsverbrecher, S. 29); später Mitglied der UN-Kommission für Kriegsverbrechen in London, dann Professor für Völkerrecht an der Warschauer Universität. Er wanderte in den 1950er Jahren nach Israel aus; sein Vater wurde in Treblinka ermordet (MARIAN MUSHKAT: *Philo-Semitic and Anti-Jewish Attitudes in Post-Holocaust Poland*, Lewiston 1992, S. 17, 140, 144). Nicht alle „jüdischen“ Publizisten beteiligten sich an der Verschärfung der antideutschen Haßpropaganda, vgl. etwa Artur Sandauer: *Odwet w majestacie prawa* [Vergeltung gemäß Recht und Gesetz], in: *Polska Zbrojna*, Nr. 46, 20.3.1945.

³²⁰ Vgl. etwa die Stellungnahmen von Lucjan Szulkin, der unter dem Pseudonym Rudolf Lessel schrieb, in: *Robotnik*, Nr. 86, 10.4.1945, wo er dem amerikanischen Militär vorwirft, NS-Funktionäre in die Verwaltung berufen zu haben. Später feierte Lessel, den „Tag der Abrechnung“: „Für Majdanek, Auschwitz, Treblinka [...]“, *Robotnik*, Nr. 104 (134), 28.4.1945. Vgl. auch *Polska Zbrojna*, Nr. 170, 19.7.1946, wo Marian Muszkat die Befreiung von SS-Männern aus alliierten Internierungslagern in den westlichen Besatzungszonen kritisiert.

³²¹ Jerzy Borejsza, Jan Dąbrowski, Kazimierz Rusinek und Leon Kasman waren KRN-Abgeordnete.